



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Staat, Sozialismus und Entwicklung in Tanzania“

verfasst von

Peter Latschbacher

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil)

Wien, November 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057.390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuerin / Betreuer:

Univ. Prof. a.D. Dr. Walter Schicho

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

1.1 Ideologie

1.2 Sozialismus

1.3 Afrikanischer Sozialismus

1.4 Staat

1.4.1 Grundzüge des kapitalistischen Staates

1.4.2 Grundzüge kolonialer Staaten

1.5 Entwicklung

1.6 Der Entwicklungsstaat

2. Tansanischer Sozialismus

2.1 Tansanischer Sozialismus: Ujamaa – Grundannahmen, Ziele und Wege

2.1.1 Ujamaa als Geisteshaltung

2.1.2 Entwicklung

2.1.3 Wirtschaft

2.1.4 self-reliance

2.1.5 Die Partei

3. Der Staat in Aktion

3.1 Postkoloniale Staatlichkeit

3.2 Der Entwicklungsstaat

3.3 Die Nation

3.4 Die Partei

3.5 Ujamaa als Ideologisches Feigenblatt staatlicher Siedlungspolitik

3.6 Die Situation der Arbeiter_innen

4. Staat und Sozialismus

5. Literaturverzeichnis

Zusammenfassung/Summary

Lebenslauf

1 Einleitung

Diese Diplomarbeit soll sich mit dem Themenkomplex Sozialismus, Staat und Entwicklung im postkolonialen Tanzania beschäftigen. Wo ursprünglich nur eine interessierte Auseinandersetzung mit dem Phänomen afrikanischer Auslegungen von Sozialismus stattfand, stellte sich bei mir immer mehr das Interesse am Staat als Akteur_in in sozialistischen, beziehungsweise als solche bezeichneten Projekten ein.

Nicht wenige Staaten Afrikas bekannten sich nach ihrer Unabhängigkeit von ihren kolonialen Besatzer_innen zum Sozialismus und es interessierte mich als Student der Internationalen Entwicklung, welches Verständnis von Sozialismus damals vorgeherrscht hat und wie dieser das Handeln damals beeinflusst hat – wie hat Sozialismus ausgesehen, warum kenne ich keine sozialistischen Länder in Afrika, was hat funktioniert und was nicht?

Letztendlich fand ich eben das tanzanische Projekt eines Weges in Richtung der Verwirklichung eines afrikanischen Sozialismus als für mich am interessantesten und ambitioniertesten und ich habe angefangen, mich ausschließlich mit diesem zu beschäftigen. Nach dem Studium der zu meinem Glück bereits vorhandenen Literatur musste ich leider feststellen, dass das tanzanische Projekt gescheitert war.

Nun gibt es viele Thesen zu den Gründen für dieses Scheitern: Fehler werden intern (national) und extern (im internationalen Kontext) gesehen, oder in der politischen Ideologie und deren Umsetzung in die Lebenswelt der Menschen aufgefunden – je nach Autor_in werden diese angenommenen Ursachen für das Verfehlen der formulierten sozialistischen Ziele unterschiedlich gewichtet und bewertet (vgl. Watzal, 1982, S.202). Auch die Maßstäbe, nach denen bewertet wird, wie und woran der tanzanische Sozialismus gescheitert ist, sind unterschiedlich, oft sind es wirtschaftliche Zahlen wie die Menge der produzierten Nahrung, oder das Bruttoinlandsprodukt im Laufe der Jahre.

In dieser Arbeit möchte ich einen etwas anderen Weg gehen:

- erstens möchte ich mir genau anschauen, wie dieser Sozialismus in diesem speziellen Fall konzipiert war und welche Rolle der Staat gegenüber der Bevölkerung des tanzanischen Staatsterritoriums haben sollte

- zweitens hängt mit diesem Konzept auch eine Zielvorstellung zusammen: die Menschen, die hinter dieser Form des Zusammenlebens standen, hatten ja Gründe, diese und keine andere zu wählen. Wo sollte der Weg hinführen und was wurde dafür gemacht, welche Weichen wurden wie gestellt? Auch im endlich formal von „seiner“ Mandatsmacht Großbritannien unabhängigen Tanzania der 1960er Jahre spielte der Gedanke einer gesellschaftlichen Entwicklung eine große Rolle und an diesen Zielvorstellungen möchte ich letztendlich den tanzanischen Sozialismus messen

Es steht also vor allem der Staat und seine Aktionen im Mittelpunkt meiner Betrachtungen und Tanzania wollte ein sozialistischer Staat sein. Um also meine Fragestellungen nachvollziehbar behandeln zu können, möchte ich zuerst die Begriffe, die zentral in meiner Arbeit sind, klären, also Ideologie, Sozialismus allgemein und in seiner afrikanischen Ausformung als praktische Folge ideologischer Überlegungen, Staat und Entwicklung. Allein ob mensch diese definiert und hinterfragt entscheidet schon viel, welche Antworten mensch auf seine Fragen findet – und natürlich auch, welche Fragen gestellt werden.

1.1 Ideologie

Lyman Tower Sargent spricht davon, dass Ideologie als „essentially contested concept“ anzusehen ist (Sargent, 2009, S.2). Es gibt keine übereinstimmende Vorstellung und Definition was Ideologie ist, was sie macht und ob sie überhaupt existiert. Es stellt sich wohl auch die Frage, warum ich sie überhaupt hier einführe, doch will ich hier kurz zeigen, was es für mich bedeutet, den tanzanischen Sozialismus nicht nur als Parteiprogramm oder in seiner Umsetzung anzusehen, sondern auch als ideologisch verbrämt zu betrachten.

In meiner Vorstellung, was Ideologie ist, folge ich vor allem Terry Eagleton, der in seinem Buch „Ideologie – Eine Einführung“ (Eagleton, 2000) verschiedenste ideologiekritische Schulen vorstellt und diese zusammenführt.

Was ist also nun Ideologie? Allgemein werden darunter entweder verschiedene normative Wertesysteme und Zielvorstellungen verstanden, oder aber ein diskursives

Geflecht, welches uns unsere Umwelt (v)erkennen lässt (Eagleton, 2000; Herkommer, 1999, Sargent, 2009). Foucault war der Ansicht, dass Machtmaschinerien mit der Produktion von Ideologie einhergehen, welche durch Wissensapparate erzeugt und vermittelt werden (Demirovic, 2008, S.27) – sie hängt also mit der Erzeugung und Festigung von Macht zusammen. Sie ist einerseits eine Botschaft, wie die Welt gesehen werden soll, andererseits schon die Art, wie die Welt bereits gesehen wird. Ideologie hängt also mit dem Diskurs, der uns die Welt um uns vermittelt, zusammen. Damit wir die Welt um uns, so wie sie ist und wie das Leben in ihr organisiert wird, akzeptieren und in ihr leben können, müssen wir uns eine Legitimation dafür schaffen, dass alles eben so funktioniert wie es eben funktioniert und wir uns an diesen Rahmen anpassen müssen. Ideologie muss daher auf die Menschen und ihre Lebensbedingungen eingehen, aber auch in die Menschen eingehen (Herkommer, 1999, S.21). Sie muss also praktikabel sein (Eagleton nennt als Beispiel, dass ein Volk, dessen ideologischer Grundsatz ist, dass zwischen Salzsäure und Wasser kein Unterschied besteht, nicht lange überleben wird, oder diese Ideologie bald verwerfen würde), doch kann sie uns erstens falsch über die Welt informieren (Jüd_innen wären Untermenschen), oder das Gegenteil von dem, was sie vorgibt, bewirken (wie das Beispiel Tanzanias, das ich noch behandeln werde, zeigt: eine Reform, durch die mehr demokratische Mitsprache versprochen wurde, führte im Gegenteil dann doch zur Einschränkung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten):

„Es scheint also, daß zumindest ein Teil dessen, was wir ideologischen Diskurs nennen, wahr und zugleich falsch ist: wahr in seinen empirischen Inhalten, aber irreführend in seiner Stoßrichtung – oder wahr in seiner oberflächlichen Bedeutung und falsch in den zugrundeliegenden Annahmen.“ (Eagleton, 2000, S.25)

Am wirksamsten ist eine Ideologie, welche sich selbst naturalisiert, also dass die Art, wie die Umwelt in ihr gesehen wird, die einzig natürliche ist, dass sie immer schon so gesehen wurde und es keine Alternativen zu ihr gab und gibt – sie leugnet in diesem Fall also, dass sich Vorstellungen und Überzeugungen, aber auch wie die Gesellschaft organisiert ist, über Zeit, Raum und gesellschaftliche Schichten hinweg verändern können (Eagleton, 2000, S.67). Doch kann sich eine Ideologie nie vollkommen

universalisieren und unhinterfragbar machen, sie ist immer brüchig, umkämpft, oder wird sogar ignoriert. Von Menschen, in deren Interesse eine bestimmte Ideologie ist, oder die von dieser von Grund auf überzeugt sind, wird jedoch immer versucht werden, „den sonst unaufhörlichen Signifikationsprozeß um bestimmte herrschende Signifikanten zu fixieren, mit denen sich das einzelne Subjekt identifizieren kann“ (Eagleton, 2000, S.227), die Bedeutungen, die uns eine Ideologie vorgeben will, also ein für alle Mal gültig erscheinen zu lassen.

Es wäre müßig, jede Weltanschauung als ideologisch zu sehen (dies würde dem Konzept sein kritisches Potential rauben), Ideologiekritik betrachtet wie sich Macht und Herrschaftsverhältnisse in unseren Diskurs oder unsere Weltanschauungen einschreiben und sich dadurch selbst legitimieren oder verschleiern. Mit Hilfe des Konzeptes der Ideologie können die interessengeleiteten Konventionen in den Fokus gelangen, die jene selbstverständlichen Institutionen die uns umgeben, bestimmen – Ideologie soll Institutionen, Einstellungen und Handlungen legitimieren, nicht reflektieren (Herkommer, 1999, S.18) und im Falle der bürgerlichen Ideologie will sie, sich selbst als rational ausweisend, „als Komplex wissenschaftlicher Techniken akzeptiert werden“ (Eagleton, 2000, S.180).

In dieser Welt voller Widersprüche, was Besitz- und Eigentumsverhältnisse und damit auch dem Zugang zu Macht angeht, gilt es eben als Paradigma jeglicher Ideologie, imaginäre Lösungen für reale Widersprüche anzubieten, um den Menschen ein Weiterleben in ihr vorstellbar zu machen. Aber auch diese Legitimationen sind umkämpft und nie die einzigen Mittel zum Machterhalt, die Zustimmung zu einem Gesellschaftssystem kann auch recht pragmatische Gründe haben, da ein Staat zum Beispiel auch materielle Belohnungen für die Zustimmung zu der Gesellschaft, in die er eingebettet ist und die wiederum von ihm geformt wird, anbieten kann, was zum Beispiel Sozialleistungen, oder die soziale Gesetzgebung einschließen kann. Aber auch die Androhung von Gewalt durch Exekutive oder Militär kann Menschen dazu bewegen, die Welt um sie, zumindest öffentlich, nicht mehr zu hinterfragen. Ihre Kritik geht nicht in den Diskurs ein. Eagleton meint, wir sollten „zwischen einer >normativen< Akzeptanz und dem wahrscheinlich weiter verbreiteten Zustand der >pragmatischen< Akzeptanz unterscheiden, in dem die subalternen Gruppen ihren Herrschenden das Recht zu regieren gewähren, weil sie sich keine realistische

Alternative vorstellen können.“ (Eagleton, 2000, S.69). Es geht hier auch um die Frage, inwiefern die von Louis Althusser in die Ideologiedebatte eingeführte Anrufung überhaupt bei den Subjekten ankommt:

„Wir drücken in dem obigen Satz aus, daß die Ideologie derart "wirkt" oder "funktioniert", daß sie durch eine ganz bestimmte Operation, die wir Anrufung nennen, aus der Masse der Individuen (sie rekrutiert alle) Subjekte "rekrutiert" oder diese Individuen in Subjekte "verwandelt" (sie verwandelt alle). Man kann sich diese Anrufung nach dem Muster der einfachen und alltäglichen Anrufung durch einen Polizeibeamten vorstellen: "He, Sie da!" (Althusser, 1970, S.21)

Das Subjekt kann jedoch die Anrufung einfach nicht verstehen, oder sie zwar verstehen, aber ignorieren, oder ihr widersprechen. Offen bleibt noch, wer das Subjekt anruft: etwa eine bestimmte Klasse, der Staat, das gesellschaftliche System? Nach Karl Marx muss eine Ideologiekritik im Kapitalismus von den gesellschaftlichen Verhältnissen in diesem ausgehen, „von der Kritik der politischen Ökonomie und den hier dargestellten Stufen der Mystifikation – von der Ware zum Geld und den Formen des Kapitals bis zur “Trinitarischen Formel“ , in der sich die bürgerliche Gesellschaft an ihrer “Oberfläche“ darstellt“ (Herkommer, 1999, S.20). Solange wir unser alltägliches Leben und unser Bewusstsein unter kapitalistischen Bedingungen reproduzieren, lässt sich „von der in der Warenform begründeten Mystifikation (Fetischcharakter, Verkehrung von gesellschaftlichen Verhältnissen in sachliche)“ (Herkommer, 1999, S21) sprechen, unser Denken wird also durch die Institutionen und Mechanismen in unserer Umwelt mitgeformt, welche ihren Ursprung vergessen machen wollen.

Dem folgt auch Nicos Poulantzas, wenn er zum Beispiel Antonio Gramsci kritisierend darlegt, dass die hegemoniale Ideologie nicht einer herrschenden Klasse entspringt, sondern auf die Produktionsform zurückzuführen ist. Sie spiegelt somit die Gesellschaft als Ganzes, also das Verhältnis Herrscher_innen und Beherrschte, wider (siehe Eagleton, 2000, S.144). Nicht nur die unteren Schichten verkennen die systematischen Gesetze des Systems, die die Gesellschaft in Arbeiter_innen und Kapitalist_innen spalten, sondern auch jene, die von der kapitalistischen Produktionsweise profitieren. Ein Merkmal der bürgerlicher Ideologie ist es deshalb, dass in ihrem Diskurs Klassenherrschaft oder Entfremdung nicht vorkommen:

„Das Lohnverhältnis ist z.B. in Wirklichkeit eine ungerechte, ausbeuterische Angelegenheit, die sich jedoch als >natürlich< präsentiert, als gerechter, reziproker Austausch von soundso viel Geld für soundso viel Arbeit.“
(Eagleton, 2000, S.102)

Sebastian Herkommer sieht daher diesen objektiven Schein, mit seiner Funktion der Verschleierung der Produktion von ungerechten Verhältnissen, als wirksamstes Mittel zur Bestätigung der Ideologie einer Waren produzierenden Gesellschaft und nicht bewusste Manipulation, Lüge oder Propaganda (Herkommer, 1999: S.10).

Es ist jedoch davon abzusehen, rein auf die Ökonomie als Erklärung für das Entstehen von Ideologie zu bauen. Der Holocaust folgte zum Beispiel keineswegs kapitalistischen Imperativen und auch die Unterdrückung von Frauen und ihr Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt waren und sind keine Voraussetzung für die erfolgreiche Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse. Selbst wenn die Rolle der Frau im Reproduktionsprozess der Ware Arbeitskraft unter patriarchalen Verhältnissen das System in einer bestimmten Form erhielt, hätte es das kapitalistische System, wie mensch heute sieht, nicht nötig, dass dies in einer auf sexistischen Prämissen vonstatten gehenden Ausbeutung betrieben wird. Wie auch im Rassismus sind hier Herrschaftsverhältnisse eingeschrieben und ideologisch verbrämt - für die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind sie jedoch nicht notwendig, auch wenn sich ihre Auswirkungen und Ausformungen mit diesen verschränken. Außerdem sind auch heute noch vorbürgerliche Ansichten in unseren Gesellschaften manifest, weshalb Sebastian Herkommer im Gefolge von Karl Marx vorschlägt, von Ideologie im Singular, als der objektive Schein einer bürgerlichen Gesellschaft, und Ideologien im Plural, worunter Religionen, mythische Vorstellungen, Sexismus, Rassismus oder Nationalismen fallen, zu sprechen (Herkommer, 1999, S.21).

Auch das parlamentarische System mit seinem Beharren darauf, dass es an sich neutral ist und allen die selben (Eigentums-)Rechte zugesteht, ist ideologisch, eben indem es vorgibt, die Menschen würden, vermitteltst Wahlen, selbstbestimmt leben und alle hätten die gleiche Macht – Perry Anderson dazu:

„[T]he general form of the representative State - bourgeois democracy - is

itself the principal ideological lynchpin of Western capitalism, whose very existence deprives the working class of the idea of socialism as a different type of State, and the means of communication and other mechanisms of cultural control thereafter clinch this central ideological 'effect'." (Anderson, 1976, S22).

Die Menschen werden von ihrem sozialen Status abstrahiert und als gleichwertige BürgerInnen „angerufen“, wodurch sie sich auch als solche verkennen sollen. Das parlamentarische System kann somit auch selbst als Materialisation von Ideologie gefasst werden, durch welche diese Ideologie, beziehungsweise der von ihr verlangte Schein, reproduziert wird.

Ideologie hat also für die Einzelnen die Funktion der Orientierung und Legitimation von Handlungen, für die gesellschaftlichen Verhältnisse jene der Verschleierung von Interessen oder Strukturzusammenhängen, sowie zur Rechtfertigung von Herrschaft. Sie wirkt durch ideologische Praxen (Schulunterricht, Wahlen, Feste, Alltagsroutinen), welche über bereits vorbereitete Wahrnehmungs- und Distinktionsmuster vermittelt werden. Ideologie kann so einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Menschen in den Dienst eines bestimmten Entwicklungsprogramms zu stellen und gegenwärtige Einbußen mit dem Versprechen eines besseren Lebens in der Zukunft rechtfertigen. Andererseits kann sie aber auch den Blick auf alternative Wege der gesellschaftlichen Entwicklung verstellen (Berg, 1964, S.57).

„Wenn Sprache immer spezifische Interessen formuliert, dann scheint Sprache auch immer ideologisch zu sein. Wie wir jedoch gesehen haben, ist der klassische Ideologiebegriff keineswegs auf solche >interessierten Diskurse< beschränkt. Vielmehr verweist er genau auf jene Verfahren, durch die Interessen im Namen einer bestimmten Form politischer Macht verborgen, rationalisiert, naturalisiert, universalisiert und legitimiert werden.“ (Eagleton, 2000, S.233)

Die Verortung der Ideologie als interessierten Diskurs, der nicht zwangsläufig einem „falschen Bewusstsein“ entspringt, öffnet dieses Konzept insofern, als dass auch gegenhegemoniale Diskurse als Ideologie verstanden werden: auch sie versuchen sich selbst zu naturalisieren (wie zum Beispiel der wissenschaftliche Sozialismus den Kommunismus als natürliche Weiterentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft

darstellen wollte) und verwenden weitere Strategien um sich selbst zu legitimieren. Ideologien können innere Widersprüche in ihrem Gedankengebäude aufweisen, oder eben real existierende gesellschaftliche Widersprüche verschleiern (Eagleton, 2000, S.243). Im Falle des tanzanischen Sozialismus sind, wie ich versuchen werde zu zeigen, sowohl Widersprüche im Gedankengebäude Nyereres enthalten, als auch gesellschaftliche Widersprüche verschleiert worden, welche letztendlich die Umsetzung unterminierten. Es sind aber nicht nur Widersprüche, sondern auch weitere ideologische Strategien im tanzanischen Sozialismus auszumachen - wobei ich hier von der Ideologie und noch gar nicht von der praktischen Umsetzung spreche. Ein Beispiel wäre die Verschleierung staatlicher Macht oder der Macht einer Einheitspartei: ein Effekt von Ideologie ist eben das Verkennen der eigenen Position in einer Gesellschaft (Sargent, 2009, S.6). Es ist also nicht gesagt, dass Verschleierungen solcher Art überhaupt beabsichtigt sind:

„Subjekte werden jedoch immer auf eine unsichere, widersprüchliche Weise konstituiert; selbst wenn Ideologie subjektzentriert ist, läßt sie sich nicht auf die Frage der Subjektivität *reduzieren*. Einige der mächtigsten ideologischen Effekte werden durch Institutionen wie die parlamentarische Demokratie erzeugt, durch unpersönliche politische Prozesse also und nicht durch subjektive Seinszustände. Die Struktur des Warenfetischismus läßt sich ebenfalls nicht auf die Psychologie des Subjekts reduzieren.“ (Eagleton, 2000, S.255 – Hervorhebung im Original)

Ideologie wird erst durch äußere (diskursive, materielle und institutionelle) Bedingungen ermöglicht, welche durch Machtkämpfe bedingt sind, die eine Gesellschaftsordnung ermöglichen und legitimieren – oder zu Fall bringen : „ Die Kritik der Ideologie ist die Kritik der Verhältnisse, die sie täglich produziert und reproduziert“ (Herkommer, 1999, S.25).

1.2 Sozialismus

"Wir sind überzeugt, dass Freiheit ohne Sozialismus Privilegienwirtschaft und Ungerechtigkeit, und Sozialismus ohne Freiheit Sklaverei und Brutalität bedeutet." (Bakunin, 1984, S.3)

Es ist nicht leicht, eine verbindliche Definition zu finden, was Sozialismus konkret und allgemeingültig bedeuten soll, vor allem im Hinblick auf einen ausformulierten Entwurf politischer Organisation. Sozialdemokrat_innen und Kommunist_innen, aber auch Anarchist_innen berufen sich auf den Sozialismus, obwohl sie alle teilweise konträre Ziele verfolgen, bzw. unterschiedliche Ansichten haben, wie es zu einer sozialistischen Gesellschaft kommen kann. Als gemeinsame Klammer kann die Vorstellung einer gerechten Gesellschaft, in der es weder Armut, Ausbeutung und extremen Reichtum einzelner geben kann, gesehen werden – was es für eine solche bedarf, oder wie diese organisiert werden soll und von wem überhaupt, sind aber eben Fragen, auf die es unterschiedlichste sozialistische Antworten gibt.

Als grobe Kategorisierung bietet sich die Einteilung in utopischen und wissenschaftlichen Sozialismus an (Rodney, 1972, S.61), wobei nur dem wissenschaftlichen Sozialismus auch eine ausformulierte Agenda, wie eine sozialistische Gesellschaft auszusehen hat, zugeschrieben wird.

Ich werde die tanzanische Version, ihre Inhalte und Zielsetzungen nur aus den Schriften und Reden Nyereres (Nyerere 1967, 1976) und offiziellen Parteidokumenten, wie der Arusha-Deklaration (Nyerere, 1968), herleiten. Es kann nicht um die Frage gehen, ob von einem sozialistischen Standpunkt aus gesehen, der tanzanische Entwurf schon von Anfang an in sich „richtig“ oder „falsch“ gewesen wäre, sondern mensch sollte versuchen, ihn an seinen eigenen Vorgaben zu messen, da ich denke, dass Sozialismus nicht als ideologisches Konzept allein betrachtet werden sollte, sondern, dass auch seine praktische Umsetzung in den Blick genommen werden muss:

„Those who have been applauded and those who have criticized Tanzanian socialism often have been applauding and criticizing different things. The former tend to look at the vision, whereas the latter tend to look at the reality.“ (McHenry, 1994, S.15)

1.3 Afrikanischer Sozialismus

Wenn es um den tanzanischen Entwurf und seine praktische Umsetzung geht, wird dieser, in der von mir bearbeiteten Literatur, meist unter „afrikanischer Sozialismus“ kategorisiert, da zur Zeit der Entstehung des tanzanischen Sozialismus auch die Führungen anderer afrikanischer Staaten einen sozialistischen Entwicklungsweg gehen wollten. Diese gesellschaftlichen Visionen wurden unter „afrikanischer Sozialismus“ zusammengefasst. In der Zeit zwischen den 1950er und 1980er Jahren bekannten sich mehr als die Hälfte der afrikanischen Staaten zu sozialistischen Ideen (Pitcher/Askew, 2006, S.1).

Die Interpretationen, was unter Sozialismus verstanden werden soll und welche Implikationen daraus für die politische Gestaltung der betroffenen nationalen Gesellschaften gezogen werden sollten, variierten jedoch von Staat zu Staat (Pitcher/Askew, 2006; S.2, Berg, 1964, S.549). Auch die ökonomische Umsetzung blieb im Konzept des afrikanischen Sozialismus offen und so wurden auch unterschiedliche Wege auf diesem Terrain eingeschlagen (Berg, 1964, S.551).

Eine die verschiedenen Strömungen innerhalb des afrikanischen Sozialismus einende Grundannahme war, dass eine kapitalistische Ökonomie für afrikanische Verhältnisse nicht angebracht sei und nur ein sozialistischer Entwicklungsweg mit den kommunitaristischen Traditionen in Afrika im Einklang steht. Aus dieser Tradition sollte auch ein eben spezifisch afrikanischer Sozialismus entstehen (Berg, 1964, S.551). Mensch berief sich darauf, dass die vorkolonialen Gesellschaften klassenlos (aber nicht konfliktfrei!) gewesen sind (Sprinzak, 1973, S.636) und der afrikanische Sozialismus daher, im Gegensatz zu europäischen Ausprägungen des Sozialismus, nicht aus dem Klassenkonflikt und durch den Klassenkampf entstehen könne (Sprinzak, 1973, S.639). Ahmed Sékou Touré zufolge baute der afrikanische Sozialismus auf einer in der afrikanischen Gesellschaft angelegten „sozialen Brüderlichkeit“ auf und ist auf diese Grundhaltung und nicht, wie sein westliches Pendant, auf bestimmte Formalitäten und Institutionen bezogen. Während der westliche Sozialismus individualistisch sei, sei der afrikanische Sozialismus kommunitaristisch (Sprinzak, 1973, 637-638).

Elliot J. Berg erklärt die Ablehnung des Kapitalismus auch dadurch, dass dieser und seine freien Märkte einerseits als zu ineffizient in der Allokation der spärlich

vorhandenen (finanziellen) Mittel zum Zwecke einer schnellen Entwicklung gesehen wurden und andererseits die koloniale Erfahrung mit Kapitalismus und dem aus ihm resultierenden Imperialismus in Verbindung gebracht wurde. Aber auch die Gefahr, dass eine ökonomisch besser gestellte Klasse in kapitalistischen Verhältnissen heranwachsen und gegen die Herrschenden der kürzlich in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten opponieren könnte, war Bergs Argumentation zufolge ein Grund dafür (Berg, 1964, S.553-554).

Wichtige Elemente, die aus der Vorstellung, der afrikanische Sozialismus solle den Traditionen und sozialen Strukturen der vorkolonialen afrikanischen Gesellschaften gerecht werden, resultieren, sind die Forderung nach kommunalen Landbesitz, eine egalitäre Verteilung der Reichtümer und das neuerliche Erschaffen eines Netzwerkes sozialer Verpflichtungen (zum Beispiel zur Kooperation und zum Teilen) (Sprinzak, 1973, S.635). Die Ideologie des afrikanischen Sozialismus stellte den staatlichen Führer_innen des weiteren einen Diskurs der Modernisierung und Einigung der jungen Nationalstaaten, eine Legitimation der zentralen Kontrolle der ökonomischen Ressourcen und damit einer Expansion des Staates auf alle Lebensbereiche, zur Verfügung (Pitcher/Askew, 2006, S.7). Vor allem die Legitimation staatlicher Macht machte wohl einen großen Teil der Attraktivität des Konzeptes des afrikanischen Sozialismus für viele Politiker_innen aus (Berg, 1964, S.551).

1.4 Staat

Für eine Analyse des tanzanischen Sozialismus ist es unerlässlich, auch den Staat, seine Verfasstheit und seine auch daraus resultierenden Aktionen in den Blick zu nehmen. Großteils wird die Geschichte des postkolonialen Tanzanias so erzählt, dass es eine Kolonialherrschaft gegeben hat, der Staat unabhängig und in Folge sozialistisch wurde und dieses und jenes gemacht hat - was dann eher selten als Erfolgsgeschichte gelesen werden kann. Es wird aber nicht konzeptualisiert, was ein Staat überhaupt ist, welche Funktionen er hat, warum er deshalb institutionell so ausgestaltet ist wie er ist und welche Folgen dies haben kann. Auch in Nyereres Schriften und in den Parteiprogrammen gibt es einen Staat, dessen Grundstrukturen übernommen, aber im Grunde nicht hinterfragt werden.

Doch ist der Staat ein in einem bestimmten räumlich-historischen Kontext entstandenes Gebilde, das heutige tanzanische Staatsgebiet lag zum Beispiel anfangs in der Kolonie Deutsch-Ostafrika unter deutscher Herrschaft, welche unter anderem zum Zweck der Beherrschung und Ausbeutung der Menschen und Produktionsmittel (wie zum Beispiel Bodenschätze) auf seinem, von der Kolonialmacht beanspruchten Territorium, gegründet wurde. 1917 kam das tanzanische Festlandgebiet unter britische Kontrolle und wurde im Zuge der Versailler-Verträge von diesen als Mandatsgebiet des Völkerbundes unter dem Namen Tanganyika verwaltet (die Zugehörigkeit zu einem Staat namens Tanganyika hat es erst gegeben, als die betroffenen Menschen von den Kolonialmächten als einem bestimmten Staat zugehörig postuliert wurden). Solch ein Kolonialstaat hat zwar grundlegende Gemeinsamkeiten mit den in Europa entstandenen Staaten (zentrale Verwaltung einer in einem bestimmten Territorium ansässigen Bevölkerung, definierte Grenzen), aber eben auch seine spezifischen Eigenheiten, die ich auch noch herausarbeiten möchte (Schicho, 2004; Osterhammel, 2003; Watzal, 1985).

1.4.1 Grundzüge des kapitalistischen Staates

„Das materielle Gerüst seiner Institutionen wird durch die Beziehung des Staates zu den Produktionsverhältnissen und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung konstituiert, die sich in der kapitalistischen Trennung des Staates von diesen Verhältnissen konzentriert. [...] Der Staat hat eine eigene Dichte und Widerstandskraft und reduziert sich nicht auf ein Kräfteverhältnis.“ (Poulantzas, 2002, S.162)

„Der Kolonialismus trug zur Universalisierung des europäischen Staatskonzepts bei. Dies war eine seiner folgenschwersten Wirkungen.“ (Osterhammel, 2003, S.76)

Das liegt aber nicht nur daran, dass die Vorstellung vom Territorialstaat, seiner Judikative, Exekutive, Legislative und den Menschen als Staatsbürgern sozusagen „exportiert“ und implementiert wurden, sondern auch, dass es in den meisten Fällen zu einer Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt, samt der Vorgabe zur Mehrwertproduktion, kam.

Der moderne Staat in all seinen Ausformungen ist aber kein Ergebnis geplanten

politischen Willens und wurde nicht nach Belieben und Einzelinteresse geformt. Er ist vielmehr Antwort auf verschiedenste gesellschaftliche Verhältnisse und ihre Einbindung in den transnationalen Produktionsprozess: So ist der vorbürgerliche Staat anders organisiert als der bürgerliche, da eine geänderte Produktionsweise einer anderen gesellschaftlichen Organisation bedarf, um funktionieren zu können (vgl. Poulantzas, 2002, S.45).

Im Gegenzug ist der Staat wiederum von der Akkumulation von Kapital abhängig:

„Der bürgerliche Staat ist keine neutrale Einrichtung. Er ist als politisches Herrschaftsverhältnis eingelassen in Produktionsverhältnisse, die durch den Zwang zu Kapitalakkumulation und durch Lohnarbeit gekennzeichnet sind. Er trägt maßgeblich zur Aufrechterhaltung der durch strukturelle Ungleichheit gekennzeichneten Produktionsverhältnisse bei. Die Herausbildung von Lohnarbeit ist historisch durch den entstehenden bürgerlichen Staat befördert worden. Strategien der Akkumulation bedürfen der wirtschaftspolitischen Abstützung durch den Staat. Gleichzeitig ist der Staat abhängig vom guten Gang der Geschäfte.“(Becker, 2008, S.10)

So ist er einerseits für die Reproduktion der Produktionsverhältnisse zuständig (durch Eigentumsrechte und deren Durchsetzung, durch Erhaltung der Arbeitskräfte durch sanitäre und ärztliche Einrichtungen und anderem), hängt aber eben selber von diesen ab und verändert sich bei Bedarf auch mit diesen, wobei hier, da er „seine eigene Dichte und Widerstandskraft besitzt“, nicht von einem 1:1-Verhältnis auszugehen ist. Es wird hier aber nicht von einem äußerlichen, beziehungsweise dichotomen Verhältnis, in dem der Staat nur gewisse Voraussetzungen garantiert, ausgegangen, sondern der Staat vielmehr als Teil und Bedingung kapitalistischer Warenproduktion gesehen (vgl. Hirsch, 2005).

Die Sicht, der Staat schwebe über den Dingen und sei eine vollkommen neutrale Instanz, fetischiert diesen. Das heißt, seine Entstehungsgeschichte, die sich in seinen Formen einschreibt, wird ausgeblendet und der Staat nur verkürzt gesehen (Holloway, 2006, S24). In dieser Arbeit wird jedoch von einer materialistischen Staatstheorie ausgegangen, in der die Produktionsverhältnisse und ihre Arbeitsteilung in den Blick genommen werden (vgl. Poulantzas, 2002). Der Staat ist „ein Knoten im Netz gesellschaftlicher Verhältnisse“ (Holloway, 2006, S23), was letztendlich beschränkt wie

er ausgeformt ist und wie in und durch ihn gehandelt werden kann: „Entscheidend ist, dass dieses Netz sich um die Form dreht, in der die Arbeit organisiert ist. Da die Arbeit auf einer kapitalistischen Grundlage beruht, ist das, was der Staat tut und tun kann, von der Notwendigkeit begrenzt und bedingt wird (sic), das System kapitalistischer Organisation, dessen Teil er ist, aufrechtzuerhalten“ (Holloway, 2006, S23).

Die Produktionsverhältnisse und der Staat existieren nicht aus sich heraus, sondern durch das Handeln der Menschen in den Prozessen und Institutionen, welches durch den Staat wieder reproduziert wird, was schon Gustav Landauer bemerkte und den Charakter einer verstaatlichten Gesellschaft betonte (vgl. Kellermann, 2006). Somit ist der Staat auch als Produkt sowie Terrain von Kämpfen zu sehen: einerseits natürlich von den Kämpfen zwischen den Klassen (also jene im Besitz von Produktionsmitteln und jenen, die nur ihre Arbeitskraft anzubieten haben), als auch in den verschiedenen Machtblöcken selbst (es hat zum Beispiel nicht jedes Unternehmen die gleichen Interessen und eine Kleinunternehmerin hat andere Ansprüche an die Wirtschaftspolitik eines Staates als ein transnationales Unternehmen). Auch Politiker_innen und Staatsbedienstete haben je eigene Interessen, wie ihren Machterhalt und ihre Wiederwahl, beziehungsweise die Aufrechterhaltung des Status Quo:

„Therefore, the 'state', as used here, refers to the totality of the classes, institutions, groups and individuals which, acting as a public social force, dominates the society not impartially, but in terms of narrow group interests that make it a reality.“ (Omoweh, 2012, S.14)

So gravierend die Interessengegensätze zwischen den beiden Klassen, zwischen einem transnationalen Konzern und einem kleinen Betrieb, oder zwischen Politiker_innen mit scheinbar völlig unterschiedlichen Weltbildern sein mag und egal welche Seite sich durchsetzt und ihre Interessen staatlich durchsetzen kann, jede gesellschaftliche Veränderung durch den Staat kann zumindest nur so weit gehen, als dass sie die grundlegenden Bedingungen für ein Fortbestehen von Staat und Kapitalismus nicht infrage stellt.

Keine Klasse, also Kapitalist_innen oder Arbeiter_innen, geht dem Staat voraus und keine ist ihm äußerlich (Holloway, 2006, S24). Die Gesellschaft wird durch ihn organisiert, ihre Widersprüche und die in ihr bestehenden fundamentalen

Interessensgegensätze verschleiert. Diese Funktion ist nach Joachim Hirsch auch ein wichtiges Merkmal des Staates: Es wird der Anschein erweckt, als stünden sich nicht Klassen, sondern Privateigentümer_innen und Staatsbürger_innen gegenüber (vgl. Hirsch, 2005). Oder anders ausgedrückt:

„Somit ist der Staat also nicht nur zu dem Teil kapitalistisch, in dem er gewisse Voraussetzungen für diese Produktionsweise garantiert [...], sondern von Grund auf: er ist Ausdruck dessen, dass in einer Welt von individuellen Warenbesitzern sich eine politische Gemeinschaft nur in einer bestimmten Form ausdrücken kann.“ (Werner, 2009, S.22)

Somit wird der Widerspruch zwischen (ökonomischer) Herrschaft und formeller Freiheit „prozessierbar“ (Hirsch, 1994), die Gesellschaft bleibt trotz ihrer inneren Widersprüche stabil. Der Staat ermöglicht ökonomische Interaktion, indem er fundamentale Rechte garantiert (Einhalten von Verträgen, Wert des Geldes, Schutz der Eigentumsverhältnisse), die die Akteur_innen scheinbar auf Augenhöhe in Beziehung treten lässt und somit den Austausch von Waren (im marxistischen Sinn) ermöglicht (Cox/Negi, 2010, S.73). Eine instrumentelle Sicht auf den Staat, also, dass eine bestimmte Klasse oder Gruppe von Menschen die Staatsmacht übernimmt und die Gesellschaft und den Staat beliebig rein nach ihren Interessen formt, verbietet sich somit, da seine Verfasstheit auf das Reproduzieren eines der Kapitalakkumulation förderlichen Rahmens ausgerichtet ist:

„Hier gerät nicht die direkte Herrschaft eines Menschen über andere Menschen in die Kritik. Sie trifft vielmehr die Zwangsgesetze der Ökonomie, die als anonyme Macht herrschen und die demokratische Selbstbestimmung der Gesellschaft und Individuen unterminieren.“ (Fisahn, 2006, S.3)

Um die Funktion eines Staates verstehen zu können, muss auch seine Einbindung in transnationale Produktionsverhältnisse betrachtet werden, da diese und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse nie mit einer staatlichen Grenze übereinstimmen. Es sind also Außenabhängigkeiten und Machtasymmetrien miteinzubeziehen, vor allem, wenn „periphere Staatlichkeit“ untersucht werden soll (Atac/Lenner/Schaffar, 2008, S.5). Dort

sind vor allem die äußeren Wirtschaftsbeziehungen von Bedeutung, was auch eine Folge der Kolonialregime ist. Außerdem beschränkt die Verfügbarkeit von Devisen den Akkumulationsprozess dieser Staaten, womit deren fiskalische Basis – und damit tendenziell auch ihr allgemeiner Handlungsspielraum – konditioniert wird (Becker, 2008, S.15). Die Akquirierung externer Geldmittel kann so zum zentralen Staatsziel werden, die Abhängigkeit von „externen“ Geberstaaten und damit deren Macht, Einfluss zu üben, ist damit vorprogrammiert. Dadurch werden wiederum auch die inneren Kräfteverhältnisse dieser abhängigen Staaten beeinflusst. Auch dieser Umstand der strukturellen Außenabhängigkeit lässt eine Vorstellung des Staates als Instrument in den Händen dieser oder jener Klasse, oder aber auch Interessensgemeinschaft, mehr als fraglich erscheinen.

Eine weitere Besonderheit peripherer Staaten ist auch das Verhältnis vor-kapitalistischer zu kapitalistischen Produktionsweisen (vgl. die Arbeiten von Becker, 2008, Hyden, 1980), wobei hier unbedingt anzumerken ist, dass es solche Verhältnisse natürlich auch in den Staaten der Zentren gibt (wie zum Beispiel die patriarchale Arbeitsteilung einen wesentlichen Beitrag zur derzeit vorherrschenden Form der Reproduktion der Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsverhältnis liefert). Dadurch entsteht ein jeweils spezifisches Verhältnis zwischen dem Staat und der Sphäre der Produktion.

1.4.2 Grundzüge kolonialer Staaten

Aus den obigen Ausführungen ergibt sich, dass kein Staat in seiner Gesamtheit einem anderen gleichen muss - seine Institutionen und die Machtverhältnisse, die in und um diese Institutionen wirken, müssen jeweils in ihrer historischen Entstehung und ihrem aktuellen Kontext untersucht werden. Periphere Staaten sind meist postkoloniale Staaten und ihre Verfasstheit von dieser Geschichte mitbestimmt, wenn auch nicht determiniert, wobei jedoch ihre grundlegende Verflechtung mit den Produktionsverhältnissen, in die sie eingebettet sind, die Logik ihrer Ausgestaltung bestimmt.

Der koloniale Staat kann nun nicht als die einfache Ausdehnung der Zentrums-Staaten auf andere Gebiete gesehen werden, sondern hat eine eigene politische Form:

„Der koloniale Staat mußte die Kontrolle über die unterworfenen Völker

sichern und die Rahmenbedingungen für eine ökonomische Nutzung der Kolonie schaffen. Dies waren seine beiden Hauptzwecke.“ (Osterhammel, 2003 S.63)

Nach innen war er autokratisch von Regierenden und Beamten aus den Kolonialmächten regiert und nach außen immer den politischen Instanzen der Kolonialmacht, der er unterworfen war, untergeordnet. Die Wirtschaft wurde nach außen und auf den Rohstoffexport ausgerichtet. um der Kolonialmacht ihren monetären Gewinn zu sichern, während die Entfaltung anderer Wirtschaftszweige behindert wurde, beziehungsweise diese zerstört wurden. Finanznot war ein ständiges Problem, da die metropolitanen Regierungen in der Regel von den Kolonien erwarteten, sich fiskalisch selbst zu erhalten (Osterhammel, 2003, S.78). Noch immer sind viele ehemalige Kolonien auf den Export von Rohstoffen ausgerichtet und von diesen Devisen abhängig (Becker, 2008, S.13).

Das Bedürfnis nach Akkumulation und damit von monetären Gewinnen für die Kolonialmacht führte dazu, dass auch dazu übergegangen wurde, dass der koloniale Staat durch Infrastrukturprojekte, Landerschließungsprogramme, Zoll- und Währungspolitik, oder Garantie des privaten Eigentums und der Besitzverhältnisse mehrwertgenerierende Produktionsverhältnisse, beziehungsweise Rahmenbedingungen für diese, schaffen sollte. Daraus resultierend entstand auch ein bürokratischer Staatsapparat, der teilweise bereits ausgeprägter war als in den Metropolen selbst (Osterhammel, 2003, S.67). Unter diesem Gesichtspunkt kann auch die Periode der Fürsorge bzw. des Entwicklungskolonialismus, welche auch den Höhepunkt der Fremdbestimmung darstellte, gesehen werden (Osterhammel, 2003, S.45, S.68), da dadurch ein wichtiger Faktor für die Erhaltung einer zumindest stabilen Produktion, nämlich die Arbeitskraft, effektiver reproduziert werden konnte. Auch kam dem Staat oft die Rolle zu, Arbeitskräfte überhaupt erst zu schaffen, in dem er der Bevölkerung den Zwang, Steuern zu zahlen, auferlegte, womit viele ihr Auslangen in der Subsistenzwirtschaft nicht mehr gewährleisten konnten (vgl. Beiträge in Bockhorn/Grau/Schicho, 1998).

Ein weiteres schwerwiegendes Erbe des internationalen Kolonialregimes sind die meist völlig willkürlich gesetzten Grenzen, die Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit

einschränk(t)en und bunt zusammengewürfelte Gesellschaften in den Rahmen eines Nationalstaates zwangen – bis heute gehen viele Konflikte in der Peripherie auf diesen Eingriff von außen zurück.

Zusätzlich übernahm der Staat in Form seiner Beamt_innen die Rolle des Erziehers und des Schiedsrichters. Zweiteres ist auch sonst eine wichtige Rolle des Staates: die des neutralen Vermittlers zwischen „Einzelinteressen“, der Probleme zwischen individuellen Staatsbürger_innen verhandelt und sich damit nicht nur selbst, sondern auch das ihm zugrundeliegende System, legitimiert.

Letztendlich trug

„[d]er Kolonialismus [...] zur Universalisierung des europäischen Staatskonzepts bei. Dies war eine seiner folgenschwersten Wirkungen.[...] Überall hat er Formen bürokratischer Herrschaft verbreitet, die in der Verbindung mit vorkolonialen, aber nun ihrer religiösen Sanktionierung beraubten Traditionen der Selbstherrschaft und gelegentlich auch mit der Idee der „sozialistischen“ Parteidiktatur zur Herausbildung autoritärer Systeme in Asien und Afrika beitrugen.[...] Es behauptete sich auch im Gehäuse demokratischer Institutionen 'das Modell des Staates, der um seiner selbst willen existierte.'“ (Osterhammel, 2003, S.76-77)

1.5 Entwicklung

So wie „Sozialismus“, ist auch „Entwicklung“ ein Konzept, das in unterschiedlichen Epochen und in unterschiedlichen Strömungen jeweils anders definiert und verwendet wurde. In dieser Arbeit sollen die Erfolge und Misserfolge in Tanzanias Entwicklung jedoch nur an den dort formulierten Zielen einer sozialistischen Gesellschaftsentwicklung gemessen werden. Was wurde gefordert? Was wurde erreicht? Ich möchte hier möglichst keine Maßstäbe von außen anlegen, sondern vor allem Nyereres Ideologie und die daraus zu folgernden Konsequenzen mit dem damals tatsächlichen Gegebenheiten abgleichen. Es wird sich auch die Frage stellen, ob die formulierten Entwicklungsziele in sich überhaupt kompatibel waren und sich nicht sogar widersprachen.

1.6 Der Entwicklungsstaat

Entscheidende Fragen, wenn es um Entwicklung geht, sind, wer die Akteur_innen dieser Entwicklung sein sollen und durch welche Institutionen diese erfolgen soll. Nach dem 2. Weltkrieg wurde in der internationalen Gemeinschaft vor allem der Staat als Bringer von Entwicklung gesehen (Fritz/Rocha Menocal, 2006, S.2). In dieser Zeit entstand auch das Konzept des Entwicklungsstaates und wurde vor allem durch die Dependenztheorie politisch relevant. Die Dependenztheorie beschäftigte sich mit der Unterentwicklung in den peripheren Staaten und untersuchte auch Rolle, die der Staat in diesem Prozess spielte. Es wurde behauptet, dass nur ein unabhängiger, starker und dynamischer Staat statt Unterentwicklung eine rasche Entwicklung bringen könnte. Dieser Entwicklungsstaat lässt sich in seinem Ideal folgendermaßen definieren:

„It is a state that puts economic development as the top priority of governmental policy and is able to design effective instruments to promote such a goal.“ (Bagchi, 2000, S.398)

Ein Entwicklungsstaat soll die in seinem Staatsterritorium verfügbaren Ressourcen derart einsetzen, dass er in seinem Staatsgebiet schnelles wirtschaftliches Wachstum ermöglicht, um so schnell wie möglich den Entwicklungsstand der Industrienationen zu erreichen (hierbei wird impliziert, dass ein Entwicklungsstaat unterentwickelt ist und ökonomisch peripher verortet werden kann). Zu diesem Zweck muss es einen breiten Konsens darüber geben, dass Entwicklung erwünscht ist, wie diese aussehen soll und dass der Staat diese in die Wege leiten soll (Fritz/Rocha Menocal, 2006, S.4). Ein Entwicklungsstaat definiert sich auch durch dieses ideologische Bekenntnis, das als Triebfeder der erwarteten staatlichen Anstrengungen fungiert:

„Without doubt, the ideological underpinnings of the state are important, largely because they create the rationale, give legitimacy for its policies, and help to bind the ruling class together.“ (Omoweh, 2012, S.12)

Der Staat selbst muss aber auch in der Lage sein, Institutionen so zu bilden, dass sie

ökonomisches Wachstum ermöglichen und auch anregen (Fritz/Rocha Menocal, 2006, S.4). Ein Entwicklungsstaat verabschiedet Gesetze, die den Markt fördern, engagiert sich in der Förderung von Bildung und von Wissenstransfers (durch Patente), hilft durch Protektionismus und Patronage beim Aufbau strategisch wichtiger Industrien und bekämpft durch Landreformen den Feudalismus, um die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse den Wachstumsanforderungen entsprechend gestalten zu können (siehe Bagchi, 2000). Amiya Kumar Bagchi nennt als historische Beispiele die Niederlande (im 16. und 17. Jahrhundert), England (1560-1851), Deutschland (1850-1914), Japan ab den 1950er Jahren und die Sowjetunion (vgl. Bagchi, 2000). Es ist an dieser Auflistung wohl zu erkennen, dass vor allem ökonomische Kriterien dafür ausschlaggebend sind, ob ein Staat nun als Entwicklungsstaat angesehen wird.

Die Frage ist nun, ob nun das ideologische Bekenntnis zu Entwicklung auf der einen Seite, oder die tatsächlichen materiellen Fortschritte auf der anderen Seite, bei der Definition eines Entwicklungsstaates ausschlaggebend sein sollen. Bagchi meint, dass vor allem die für die nationale Entwicklung erbrachten Leistungen des Staates zu berücksichtigen sind, da ein Einschwören auf Entwicklung, ohne dass eine solche ermöglicht wird, nicht reicht, um ein Entwicklungsstaat zu sein (Bagchi, 2000, S.13). Das Problem, wenn der Entwicklungsstaat vor allem von diesem Aspekt her definiert wird, ist, dass diese Einordnung erst Jahre oder Jahrzehnte später gemacht werden kann, da zu einem gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesagt werden kann, ob sich eine Reform, eine Investition oder ein neues Gesetz langfristig positiv oder negativ auf die ökonomische Situation der Bevölkerung auswirken werden. Ist ein Grundkonsens vorhanden, durch staatliche Maßnahmen Entwicklung zu realisieren, werden die Institutionen von ihrer Intention her auf Entwicklung ausgerichtet sein und es wird wohl angenommen werden, dass sie dieser dienen. Ich denke deshalb, dass auch der Aspekt dieser Ausrichtung und des Bekenntnisses zu Entwicklung Einfluss darauf haben sollte, ob ein Staat als Entwicklungsstaat bezeichnet werden kann.

2 Tanzanischer Sozialismus

Bonny Ibhawoh und J. I. Dibua beschreiben den Zugang ihrer Untersuchung, inwiefern heute noch positive Lehren aus tanzanischer Sozialismus gezogen werden können, als Abkehr eines Blickes auf tanzanischer Sozialismus als „state - political ideology“ zu einer Betrachtung als „development paradigm“, da so Erreichtes und Unerreichtes dieses Projektes besser zu verstehen seien. Nun werde ich in dieser Arbeit aber versuchen, den tanzanischen Sozialismus eben als „state - political ideology“ zu untersuchen und auch das Entwicklungsparadigma „on the visions and imagery of emancipation and modernization“ (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.61) in dieser zu situieren, da diese Trennung, meinen Ausführungen zu Ideologie folgend, nicht zielführend ist und wichtige, auch für die darauf folgende Umsetzung des tanzanischen Sozialismus bedeutende Aspekte außen vor lässt. Vor allem wenn mensch bedenkt, dass diese Entwicklungszentriertheit, welche die Beiden in ihrer Arbeit kritisieren, selbst mit dem Staat und dem von ihm präsentierten Bild zusammenhängt und wichtige Implikationen auf das Verhältnis und die Zugriffslegitimation von Staat, Wirtschaft und Bevölkerung hat.

Dean E. McHenry Jr. beschreibt den tanzanischen Sozialismus als „body of ideas, rather than a set of state actions“ (McHenry, 1994, S216) und es ist so, dass das programmatische Bekenntnis zum Sozialismus keine Aussagen darüber macht, wie der Staat sich in der Praxis verhalten wird, sondern als Legitimation für diese Handlungen dient. Die Prämisse, dass es Entwicklung in diese oder jene Richtung bedarf, muss der Bevölkerung erst näher gebracht werden, es müssen Legitimationen bereitgestellt werden, um Entwicklung voranzutreiben:

„Die Ideologie muss daher die vor allem motivierende Kraft sein und Entwicklungsanstrengungen der Bevölkerung unter Verzicht auf hohe materielle Erwartungen bewirken.“ (Baldus, 1976, S.30)

Ideologie soll so, neben materiellen Anreizen, die Bevölkerung dazu bringen, die staatlichen Aktionen mitzutragen, um die Ziele des tanzanischen Sozialismus zu

erreichen. Damit ist nicht gesagt, ob diese Ideologie zielführend ist, oder nur gesellschaftliche Widersprüche verdeckt.

Worin ich mit Bonny Ibhawoh und J. I. Dibua übereinstimme, ist, dass der tanzanische Sozialismus und seine ideologische Grundlage „unique in its paradoxes“ (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.61) sind – ein Grund für mein Interesse an dieser Ausprägung des Sozialismus.

2.1 Tanzanischer Sozialismus: Ujamaa - Grundannahmen, Ziele und Wege

„I was the first to use the word ujamaa in order to explain the kind of life we wish to live in our country The word ujamaa denotes the kind of life lived by a man and his family – father, mother, children and near relatives“ (Nyerere, 1968, S. 137)

„Ujamaa, defined somewhat vaguely as “familyhood,” emphasized the community, calling for all members of society to pull together and work for the good of all. It was presented both as hearkening back to a golden precolonial age of traditional Africa life and as a radical new policy of social change.“ (Jennings, 2008, S.45)

Obwohl McHenry davor warnt, den tanzanischen Sozialismus mit Julius Nyereres Ideen allein gleichzusetzen und darauf verweist, dass in Partei und Regierung wohl auch andere Ansichten vertreten wurden, ist es doch anerkannt, dass Nyerere der ursprüngliche Initiator und Propagandist des tanzanischen Sozialismus war (McHenry, 1994, S. 16). Die meisten programmatischen Schriften und Reden wurden von ihm verfasst und das Bild von Ujamaa als Idee wurde dadurch durch ihn vermittelt: „Bis zur Mitte der 1980er Jahre bestimmten die Persönlichkeit und das Denken Nyereres die politische und sozio-ökonomische Ausrichtung des Landes“ (Schicho, 2009, S.179). Dieses ideologische Grundgerüst, welches die Politik des tanzanischen Staates leiten und legitimieren sollte, wird nun Gegenstand dieses Kapitels sein.

Nyerere leitet Ujamaa als tanzanischen Sozialismus aus der Vergangenheit des Landes her:

„By the use of the word 'ujamaa', therefore, we state that for us socialism

involves building on the foundation of our past, and building also to our own design. We are not importing a foreign ideology into Tanzania and trying to smother our distinct social patterns with it. We have deliberately decided to grow out of our own roots, but in a particular direction and towards a particular kind of objective.“ (Nyerere, 1968, S. 2)

Nach Nyerere war jene Kultur, die auf dem Staatsgebiet Tanzanias vor der Kolonisation durch die Deutschen gelebt wurde, bereits sozialistisch, was für ihn mit ein Grund ist, warum es keiner Beispiele von Außen bedarf, um in der Bevölkerung eine sozialistische Haltung zu erwecken. Die Menschen in Tanzania hätten schon allein durch ihre Geschichte die Konzepte von Gleichheit, Demokratie und Sozialismus gegenwärtig:

„Traditionally we lived in families, with individuals supporting each other and helping each other on terms of equality. We recognized that each of us had a place in the community, and this place carried with it rights to whatever food and shelter was available in return for the use of whatever abilities and energies we had. The old and the sick, or those whose crops had been destroyed by natural disasters, were not left alone in their suffering. Other people shared with them, and did so without any feeling on their side that this was 'charity' from the better off, or involved any loss of human dignity for the one who was (through no fault of his own) in need. Certainly, the good hunter, or the good farmer, was honoured in the community, and was usually given specially favoured treatment in return for his great contributions. But the community was a unit in which every individual was important, and among which the goods available were shared without too great inequality.“ (Nyerere, 1968, S. 198)

Viktoria Stoger-Eising hat in „Ujamaa Revisited: Indigenous And European Influences In Nyerere’s Social And Political Thought“ diesen Rückgriff, vor allem durch Nyereres eigene Sozialisation bedingt erklärt. Er selbst wuchs in einem noch traditionell geprägten Umfeld auf und viele seiner späteren politischen Forderungen sind dadurch erklärbar: „It is entirely reasonable – indeed, almost inevitable – to understand Nyerere’s egalitarian philosophy in terms of his acephalous Zanaki background.“ (Stoger-Eising, 2000. S.8). Nyerere selbst sieht drei fundamentale Säulen des traditionellen Lebens in Ujamaa: Anerkennung/Respekt, gemeinschaftlicher Besitz an Grund und Produktionsmitteln und drittens die Pflicht zu arbeiten, um damit einen Beitrag zum Wohle der Gemeinschaft zu leisten:

„In our traditional societies every member was fully aware of his membership of the society – his responsibility to his fellows as well as their responsibility to him. All individuals lived the same sort of life; it was a hard one in which the need for co-operation was an obvious fact.“ (Nyerere, 1968, S. 184).

Somit ist Ujamaa auch gruppenzentriert auf einen Ausgleich der ökonomischen Lage der Mitglieder fokussiert, was ja tatsächlich als eine sozialistische Charakteristik angesehen werden kann. Die Art der Solidarität, auf die Nyerere sich hier beruft, ist nach Émile Durkheim die der mechanischen Solidarität. Hyden und Baldus heben jedoch hervor, dass eine moderne Produktionsweise im Gegensatz dazu der organischen Solidarität bedarf (vgl. Baldus, 1976, S.52).

Als Grundsäulen dessen, was Nyerere als das traditionelle Ujamaa-Leben beschrieben hat, möchte ich nun die drei fundamentalen Grundsätze von Nyereres Ideologie benennen: „freedom, equality and unity“ (Ibhawoh/Dibua, 2003, S62). Nur auf der Basis von Freiheit kann das Individuum die vollen Vorteile einer Gesellschaft genießen und selbst von größtmöglichem Vorteil für diese sein. Gleichheit ist Voraussetzung dafür, kooperativ miteinander zum Wohle aller zu arbeiten und außerdem ist für Nyerere das Wohlergehen aller Menschen von Bedeutung, weshalb keine_r vom Wohlstand der Gesellschaft ausgeschlossen werden soll. Dies bedeutet aber auch, dass keine Führungs- oder Machtposition, oder mehr Besitz, zum Beispiel durch ein viel höheres Gehalt, dazu berechtigt, gegen diesen Grundsatz zu verstoßen (Schicho, 2009, S.175). Einheit wird benötigt um in Frieden und Sicherheit leben zu können.

Wiederholt betont Nyerere, dass es bei Ujamaa vor allem darum geht, diese traditionelle „attitude of mind“ (Nyerere, 1968, S. 100) wieder zurück zu erlangen, das Erbe der vorkolonialen Gesellschaften sollte von den Menschen wieder verinnerlicht werden, damit sie ihr Zusammenleben danach organisieren - „Das war Sozialismus. Das *ist* Sozialismus“ (Nyerere, 1979, S.12, Hervorhebung im Original). Dies bedeutet eine soziale und ökonomische Revolution auf Basis konsensueller Kooperation der Bevölkerung (Nyerere, 1968, S 97). Nyerere will sich dabei wiederholt von einer kapitalistischen Produktionsweise distanzieren, bei der Reichtum in den Händen weniger akkumuliert wird, was durch die Ausbeutung der Mitmenschen geschieht und

soziale Ungleichheit hervorbringt – was ja den von ihm postulierten Grundsätzen und Nyereres christlich-humanistischen Menschenbild fundamental widersprechen würde.(Nyerere, 1968, S.304, Baldus, 1976, S.33). Grundsätzlich will er solchen Tendenzen entgegenwirken, indem er die Produktionsmittel nicht in den Händen weniger belassen will. Wenn diese von den Menschen selbst verwaltet werden, wird auch der Gewinn gerechter verteilt, so die Überlegung. Schon früh wurde daher versucht, die Produktionsmittel der staatlichen Kontrolle zu übergeben (da wie ich noch zeigen werde, die Bevölkerung mit der Partei und diese mit dem Staat gleichgesetzt wurde), was letztendlich in der Arusha-Deklaration festgeschrieben wurde (Nyerere, 1968, S. 231). Auch die Vermarktung sollte mittels von den Bäuer_innen gemeinsam geführten Genoss_innenschaften kontrolliert werden, um ihre Position zu stärken. Diese Rückgriffe auf Tradition bedeuten nicht, dass Nyerere sich nicht bewusst war, welchen Vorteil moderne Techniken, die teilweise eng mit der kapitalistischen Entwicklung verbunden waren, für das Erlangen von Wohlstand einer Gesellschaft haben können! Dies alles bedeutete für Nyerere ein Rückerlangen der traditionellen afrikanischen Geisteshaltung, stellte aber noch kein ausformuliertes Entwicklungsprogramm dar. Es handelte sich noch um einen Wertekanon, es wurde ein ideales Bild der Gesellschaft vorgestellt, ohne auf die gesellschaftlichen Strukturen einzugehen, die für die Erreichung dieser Ideale notwendig wären: „In der Phase des afrikanischen Sozialismus wurden somit keine Folgerungen für die politische und ökonomische Praxis gezogen“ (Baldus, 1976, S. 35). McHenry sieht dabei den tanzanischen Sozialismus ohnehin von Grund auf nur als „body of ideas, rather than a set of state actions“ (McHenry, 1994, S.216).

Erst durch die Zwänge staatlichen und politischen Handelns entwickelten sich Nyereres Gedanken zu einem Entwicklungsprogramm weiter und es sollte ein Weg aus der traditionellen „equality of poverty“ (Nyerere, 1968, S. 407) gefunden werden. Diese Zäsur wird vor allem durch die im Jänner 1967 verabschiedete Arusha-Deklaration verkörpert. In dieser wurde erstmals ein konkretes staatliches Programm für den Weg einer sozialistischen Entwicklung vorgelegt (Baldus, 1976, S. 35, Benzing/Schadeberg, 1965, S. 122). Nyereres Gedankengebäude wurde staatstragend, was auch in seinen darauf folgenden Schriften zu erkennen ist, wie etwa im etwa ein halbes Jahr nach der Arusha-Deklaration erschienen Aufsatz „Socialism and Rural Development“, in dem

schon konkrete Handlungsanweisungen, wie sich Tanzania entwickeln muss, enthalten sind (Nyerere, 1968, S. 337). Da diese politischen Programme auf den Überlegungen Nyereres zu einem afrikanischen Sozialismus beruhen, muss also auch ihr Inhalt auf diese bezogen sein. Wie nun versucht wurde, Wirtschaft, Staat und Partei zu organisieren und auf welches Ziel dabei hingearbeitet wurde, versuche ich im folgenden herauszuarbeiten.

2.1.1 Ujamaa als Geisteshaltung

„In 1962, Mr. Principal, I wrote a pamphlet called 'Ujamaa'. And its first sentence began 'Socialism, like Democracy, is an attitude of mind'. I still believe that to be true. Rules and regulations are necessary in any society, but the real basis of a society of free individuals is the attitude of mind of the individuals who form that free society.“ (Nyerere, 1968, S.227)

So, wie Nyerere es schon 1962 formuliert und 1966 wiederholt hat, kann mensch es auch in der Arusha-Deklaration nachlesen: Sozialismus ist ein „way of life“, eine Frage der richtigen Einstellung, um auch Realität zu werden. Egal wie die Institutionen, mit denen das Leben der Menschen reguliert wird, ausgestaltet sind, ein sozialistisches Leben ist nur mit Menschen möglich, die selbst in Überzeugung, Wort und Tat Sozialisten sind (Nyerere, 1968, S.234).

Nyerere berief sich im Bezug auf diese Geisteshaltung auf vorkoloniale, traditionelle Werte, welche die Menschen wieder zurückerlangen sollten: „Unser erster Schritt muss daher die eigene Umerziehung sein, um unsere frühere Geisteshaltung wiederzugewinnen“ (Nyerere, 1979, S.14) – früher lebten die Menschen in Tanzania Nyerere zufolge ohnehin nach den Prinzipien von Ujamaa und genau diese Art des Denkens, des Lebens und des über das Leben Denkens sollte durch die Individuen zu einer sozialistischen Gesellschaft führen (Nyerere, 1968, S.337).

Ujamaa kann daher meines Erachtens nach getrost auch als Ideologie, oder als Versuch, eine Ideologie als Raster, nach dem die Menschen ihr Leben und ihre Handlungen beurteilen, gesehen werden und die Arusha-Deklaration war ihre Ausformulierung. Parteifunktionär_innen wurden dazu angehalten, Transmissionsriemen zu sein, damit diese Ideologie auch bei den Arbeiter_innen und Bäuer_innen ankommt (Nyerere, 1968,

250):

„We need people, especially in the rural areas, who accept the underlying doctrines of the Arusha Declaration and who are both willing and able to work with, and to lead, their fellow citizens in the promotion for socialist growth. If we have enough people who are purposeful and dedicated in this manner, we shall succeed.“ (Nyerere 1968, S326)

Als Konsequenz aus diesen Ansichten nahm Nyerere auch die Rolle der Lehrer_innen in Tanzania außerordentlich ernst (sein geläufiger Beiname war mwalimu, also Lehrer), da auch sie Transmissionsriemen für die Ideologie der Ujamaa waren und durch ihren Unterricht diese Ideologie den Menschen vermitteln konnten:

„And the truth is that it is teachers more than any other single group of people who determine these attitudes and who shape the ideas and aspirations of the nation.“ (Nyerere, 1969, S226)

So war ihm auch Bildung nicht nur für die Vermittlung von Wissen über das Schreiben, oder Rechnen wichtig, sondern vor allem für die Bewusstseinsbildung des tanzanischen Volkes.

Ujamaa steht natürlich letztendlich für mehr als nur eine Geisteshaltung, sondern auch für ein Entwicklungsprogramm, eine Richtschnur, an der die Menschen in Tanzania ihr Leben orientieren sollten. So sind nun auch die folgenden Erläuterungen zu Nyereres Texten und der Arusha Deklaration nicht so zu verstehen, dass dies in Tanzania damals Realität und die tatsächliche Politik gewesen wäre, sondern als Entwurf für eine sozialistische Gesellschaft. Ein Entwurf mit inneren Widersprüchen und dem allzu oft die „pragmatischen“ Handlungen Nyereres und der Einheitspartei TANU widersprachen.

2.1.2 Entwicklung

„Entwicklung‘ bedeutet für Menschen, die Sklaven waren oder die durch Kolonialismus oder Kapitalismus unterdrückt, ausgebeutet und erniedrigt

worden sind ‚Befreiung‘. Jede Aktion, die ihnen mehr Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten gibt, stellt einen Beitrag zur Entwicklung dar, sogar wenn es dadurch nicht mehr Brot oder bessere Gesundheit für sie gibt. Alles, was ihren Anteil an der Bestimmung ihres eigenen Lebens vermindert, bedeutet keine Entwicklung, sondern Rückschritt, auch wenn dadurch ihre Gesundheit und Ernährung etwas besser werden.

Für uns bedeutet Entwicklung die Beseitigung von Unterdrückung, Ausbeutung, Versklavung und Erniedrigung, die Förderung unserer Unabhängigkeit und Menschenwürde. Wenn wir daher an die Entwicklung unseres Landes und an die Erstellung von Entwicklungsplänen denken, muß unser Hauptanliegen jederzeit die Entwicklung der Menschen und nicht die der Sachen sein. Wenn Entwicklung dem Volk dienen soll, muß das Volk auch an der Beratung, Planung und Erfüllung seiner Entwicklungspläne beteiligt sein.“ (aus den TANU-Richtlinien zur Sicherung, Stärkung und Förderung der Revolution in Tanzania und ganz Afrika, Nyerere, 1975, S. 108)

In seiner Schrift „Freiheit und Entwicklung“ definiert Nyerere Entwicklung in einer Zeit, in der diese hauptsächlich durch ökonomische Indikatoren gemessen wurde, als das Ausweiten der Freiheit der Menschen (Nyerere, 1976, S. 15-25). Kumiko Sakamoto arbeitet drei Säulen dieser Freiheit heraus: die nationale Freiheit, die Freiheit von Hunger und Krankheit und die individuelle Freiheit in Würde und Gleichheit zu leben und sich frei zu artikulieren (Sakamoto, 2003). Bezug nehmend auf Kritik, dass durch das Beharren auf diesen Prinzipien das ökonomische Wachstum leide, meint Nyerere, dass es eben nicht nur um Wachstum gehe, sondern darum, wie das Leben der Bevölkerung in den nächsten Jahren aussehen sollte (Nyerere, 1968, S. 188).

Dies gesagt, geht es aber letztendlich dann doch um wirtschaftliches Wachstum und die Akkumulation von Waren. Im Rahmen des neuen Nationalstaates sollte durch neue Technologien in der Produktion mehr produziert werden, damit in Tanzania genug produziert werden könne, um grundlegende Bedürfnisse, wie Nahrung, Bekleidung und Behausung für alle bereitstellen zu können, und kein Mensch in Armut leben müsse (Nyerere, 1968, S.199). Dafür hat mensch mehr Kapazitäten, wenn mehr Geld verfügbar ist, zum Beispiel auch durch Entwicklungshilfegelder aus dem Ausland. Auch hier stellt Nyerere jedoch fest, dass trotzdem die sozialistischen Prinzipien wichtiger sein sollen, als der Drang, jedes Geld anzunehmen, egal von welchem Staat und unter welchen Bedingungen auch immer (Nyerere, 1968, S. 197). Tatsächlich hat Tanzania die Kooperation mit bestimmten Staaten verweigert und deren Gelder abgelehnt, da deren

Politik abgelehnt wurde. Selbstbestimmung wäre nur eine leere Worthülse, wenn die Entwicklung von Tanzania von Zahlungen von außen abhängig wäre (Nyerere, 1968, S. 240).

Da aber sowieso nicht genug Geld (durch interne und externe Ressourcen) vorhanden war, um alle ambitionierten Ziele und Ansprüche zu erreichen, wurde versucht, mit der Arusha Deklaration einen neuen Weg zur Entwicklung zu gehen und sich nicht so sehr auf das Fehlen von Geld zu konzentrieren: „It is stupid to rely on money as the major instrument of development when we know only too well that our country is poor.“ (Nyerere, 1968, S. 238). Geld wird hier als „Waffe“, um Entwicklung zu erlangen, bezeichnet, welche in Tanzania einfach nicht zur Verfügung steht. Geld sollte durch Entwicklung verfügbar sein und nicht Entwicklung durch Geld. Dies kann als Antwort auf die Fehler im *Five-Year Development Plan* gesehen werden, in dem darauf vertraut wurde, dass Entwicklung durch Entwicklungshilfegelder und die monetären Gewinne von verstaatlichten Betrieben erlangt werden kann – beide Geldflüsse waren nicht ausreichend, um die von der Regierung gesteckten Ziele zu erreichen und ihre Versprechen einzulösen (Nyerere, 1968, S.251).

Die Konklusion daraus war, dass Entwicklung durch die harte Arbeit der Bevölkerung und nicht durch Geld eingeleitet werden sollte. Da so gut wie alle in Tanzania in ruralen Gegenden und nicht in Städten lebten und durch den eigenen Anbau von Agrargütern ihr Auskommen sicherten, richteten sich die Anstrengungen, Wirtschaftswachstum zu erreichen, auf die Landwirtschaft: „Tanzanian socialism must be firmly based on the land and its workers“ (Nyerere, 1968, S.346). So wurden zwei Voraussetzungen für Entwicklung benannt:

- Harte Arbeit: Es sollte den Menschen klar gemacht werden, dass durch härtere und mehr Arbeit die Wirtschaft wachsen könnte. Es sollte nicht so wie in entwickelteren Ländern darum gehen, weniger zu arbeiten, sondern die Bevölkerung sollte mehr als bisher arbeiten. Es wird hervorgehoben, dass es die harte Arbeit aller ist, welche Fortschritt bringt. Jeder hatte das Recht, aber vor allem die Pflicht, hart zu arbeiten. Herausgestrichen wurde auch die Rolle der Frauen, auf welchen unproportional mehr Arbeit lastete.
- Intelligenz: Es sollte mehr in die Bildung der ländlichen Bevölkerung

investiert werden, damit diese neue Anbautechniken erlernt und mehr produzieren kann. (Nyerere, 1968, S.244)

Auf dieser Grundlage sollte sich die Regierung auf vier Felder konzentrieren, um Wachstum voranzutreiben:

- Das Land: Surplus (Überschuss, der über das zum Leben notwendige Maß hinaus produziert wird) aus der Agrarwirtschaft sollte Devisen für Entwicklungsprojekte und einen höheren Lebensstandard in Tanzania bringen. Dies sollte durch das Anbieten von Werkzeug, Wissen und Führung durch den Staat geschehen.
- Die Leute: Die Menschen sollten die Politik der *self-reliance* verstehen, welche ich auch noch vorstellen werde. Arbeit sollte ein hochgeschätzter Wert sein und Faulheit oder Trunkenheit verachtet werden.
- Good Policies: Dies alles sollte in einem sozialistischen Rahmen geschehen, damit die Ernten gerecht verteilt werden. Auch hier wird wieder auf die Pflicht von allen, hart zu arbeiten, hingewiesen.
- Good Leadership: Der Einheitspartei TANU kommt die Aufgabe zu, die Menschen in die richtige Richtung zu führen. Zu diesem Zweck sieht die Arusha-Deklaration Trainings für die Führer_innen vor, damit diese die Politik der TANU verstehen und vermitteln können. (Nyerere, 1968, S.246)

Der Endpunkt der in der Arusha Deklaration geforderten Entwicklung wäre ein industrialisierter Staat, wie sie die westlichen Staaten damals waren. Deren Wirtschaft und Lebensstandards waren das Ziel, es ging also um ein Aufholen in Relation zu den damaligen Industriestaaten (Nyerere, 1968, S.242). So verwundert es nicht, dass der häufigste Begriff in der Arusha Deklaration dann doch „money“ war (gefolgt von „government“ und „development“ - Benzing/Schadeberg, 1971, S. 121).

2.1.3 Wirtschaft

Nachdem ich die Grundlagen, auf denen sich Tanzania entwickeln sollte, benannt habe,

möchte ich mich nun mit folgender Frage beschäftigen: Wie sollte die Wirtschaft aufgebaut werden, um die Entwicklungsziele, die von Nyerere propagiert und in der Arusha Deklaration dargelegt wurden, auf einem sozialistischen Weg zu erreichen?

Durch harte Arbeit der Menschen sollte mehr produziert werden, aber wie sollte diese Produktion organisiert sein? Aus der Arusha Deklaration wird ersichtlich, dass es der Staat ist, der die Wirtschaft kontrollieren muss, damit nicht durch den kapitalistischen freien Markt Ungleichheit, also Reichtum auf der einen und Armut auf der anderen Seite, entsteht:

„That is the responsibility of the state to intervene actively in the economic life of the nation so as to ensure the wellbeing of all citizens, and so as to prevent the exploitation of one person by another or one group by another, and so as to prevent the accumulation of wealth to an extent which is inconsistent with the existence of a classless society“ (Nyerere, 1968, S.232)

Die Regierung sollte aktiv in die wirtschaftliche Entwicklung eingreifen und Kontrolle über die zentralen Produktionsmittel haben, welche aber auch kollektiv verwaltet werden sollten:

„To build and maintain socialism it is essential that all the major means of production and exchange in the nation are controlled and owned by the peasants through the machinery of their Government and their co-operatives. Further, it is essential that the ruling Party should be a Party of peasants and workers.“ (Nyerere, 1968, S.234)

Charakteristisch für diese Wirtschaftsweise sollte im Gegensatz zum Kapitalismus Kooperation statt Konkurrenz sein und ein besserer Lebensstandard für alle Individuen wichtiger als die Akkumulation von privatem Besitz (Nyerere, 1968, S.348). Privater Besitz wird, neben dem Einsatz von Gewalt, als einer der beiden Hauptfaktoren im Entstehen von Ungleichheit gesehen und daher, was die Produktionsmittel oder Luxusartikel betrifft, abgelehnt. Die Produktionsmittel sollten in den Händen derer sein, deren Leben und Überleben von diesen abhängen (Nyerere, 1968, S.256).

Dies steht nun nicht im Widerspruch zum Vorhaben, mehr und effektiver zu produzieren, was ja kein rein kapitalistischer Wesenszug ist. Nyerere wies wiederholt

darauf hin, dass es im Hinblick darauf egal ist, ob ein Staat kapitalistisch, kommunistisch, faschistisch oder sozialistisch organisiert ist, denn in jeder Gesellschaftsform in der Armut vorherrscht, ist die Steigerung der Produktion nötig, um den Menschen die Möglichkeit eines „guten Lebens“ bereitzustellen (Nyerere, 1968, S.346). Dies vor allem in einem Land, das nun, da es seine Unabhängigkeit erlangt hat, vor dem Problem steht, dass kaum Geld und Güter zur Verfügung stehen, um den Menschen ein Leben ohne existenzielle Ängste zu ermöglichen. Nyerere wollte aus der „equality of poverty“ (Nyerere, 1968, S.404) ausbrechen und den Lebensstandard der Menschen erhöhen:

„Both before and since the Arusha Declaration, the Government and Party in Tanzania have been emphasizing the need to increase output – to increase the production of wealth. [...] We have to increase our production of goods if we are to enable everyone to live in conditions of human dignity. [...] An increase in production must have a very high priority in our social plans; it is the cornerstone of all our other ambitions. It is necessary to stress this because the production of wealth for its own sake is not a socialist purpose.“
(Nyerere, 1968, S.9)

Eine zentraler Punkt in einer Wirtschaft ist nicht nur wie, sondern auch was produziert wird und wer entscheidet, was produziert wird. Nyerere zufolge ist ein zentraler Unterschied zum Kapitalismus, dass im Sozialismus nicht nur „mehr ist besser“ gilt, sondern eben darauf geachtet wird, was produziert wird. Die Priorität soll auf Grundgüter für ein würdiges Leben liegen, also Essen, Kleidung, eine Behausung. Erst wenn diese zur Genüge zur Verfügung stehen, können andere (Luxus-)Güter produziert werden (Nyerere, 1968, S.10). Auch Bildung und die Erhaltung einer nicht zerstörten und vergifteten Natur sollen einen hohen Stellenwert genießen. Weiters plädiert Nyerere für die Produktion von cash-crops um Devisen für wichtige Investitionen zu erwirtschaften (Nyerere, 1968, S.41). Diese Entscheidungen werden aber eben nicht durch am Markt tätige Individuen, die ihren privaten Reichtum vergrößern wollen, getroffen, sondern eben durch den Staat und seine Organisationen. Mit der Vorstellung, dass Entwicklung durch Wirtschaftswachstum, welches durch staatliche Institutionen initiiert und unterstützt wird, eingeleitet wird, bewegte sich der Sozialismus damals innerhalb eines weltumspannenden Konsenses, welcher sowohl für sozialistische, als

auch kapitalistische Staaten galt (Hobsbawn, 1995, S.350). „Change through growth“ fordert Nyerere und zu diesem Zweck dürfe Tanzania nur wegen seiner sozialistischen Ausrichtung nicht auf bereits vorhandene ökonomische Werkzeuge verzichten. Die sozialistische Revolution sollte durch eine auf weiterem Wirtschaftswachstum basierende Evolution erreicht werden (Nyerere, 1968, S. 325).

Kapitalismus war für Nyerere damals keine Option für Tanzania, da seiner Ansicht nach die Ressourcen fehlten und Kapitalismus und seine Grundsätze der Kultur den Menschen in Tanzania fremd waren. Die Ressource, auf die die tanzanische Wirtschaft aufbauen konnte, war, wie bereits dargelegt, der Mensch und seine Arbeitskraft – wenn schon kein Geld zur Verfügung steht (Nyerere, 1968, S.242).

Auf der Grundlage der als in großem Ausmaß zur Verfügung stehend angenommenen Arbeitskraft im ruralen Bereich, sollte also die Landwirtschaft die Grundlage und das Rückgrat der tanzanischen Wirtschaft werden:

„Yet it remains true. Agricultural progress is indeed the basis of Tanzanian development – and thus of a better standard of living for the people in Tanzania.“ (Nyerere, 1968, S.104)

Das Ziel war, durch den Einsatz neuer Techniken die Produktivität zu steigern. Dies war einer der Gründe, die Bäuer_innen in (im Vergleich zu traditionellen Streusiedlungen bevölkerungsreichere) Ujamaa-Dörfer zu transferieren, um die Verbreitung des Wissens um moderne Anbaumethoden besser verbreiten zu können. Dieser Ansatz wurde nach der Veröffentlichung der Arusha Deklaration mit Nachdruck verfolgt (Jennings, 2008, S. 47). Auch infrastrukturell war dieses Zusammenlegen von Vorteil, da so staatliche Angebote in Bildung und Gesundheitswesen mit weniger Aufwand auf mehr Menschen ausgeweitet werden konnten. Ujamaa-Dörfer sollten die Grundlage der tanzanischen Entwicklung bilden und den Weg in eine sozialistische Gesellschaft weisen:

„[...]es sollten Dörfer mit moderner Infrastruktur gebaut werden, deren Bewohner genossenschaftliche Produktions- und Vermarktungsformen verbanden und die als attraktives Angebot, als Gelegenheit die Lebensbedingungen zu verbessern, von den verstreut lebenden Bauernfamilien bereitwillig (und freiwillig) angenommen werden sollten.“ (Schicho, 2009, S.182)

Michael Jennings dazu:

„The concept of the Ujamaa village had been established: a community where all people were to live and work together, for the good of all and for the good of the nation“ (Jennings, 2008, S.47)

Aufgrund der zentralen Stellung des Konzeptes des Ujamaa-Dorfes in Nyereres tanzanischen Sozialismus noch ein Zitat, diesmal von diesem selbst:

„We must, in other words, aim at creating a nation in which ujamaa farms and communities dominate the rural economy and set the social pattern for the country as a whole.“ (Nyerere, 1968, S.151)

Vorbild für dieses Projekt der auf Landwirtschaft basierenden Entwicklung waren wohl die Kollektivierungspolitik in China, die Kibbutzbewegung in Israel und Empfehlungen der Weltbank, welche schon während des kolonialen Regimes auf dem Gebiet Tansanias von dieser vorgelegt wurden (Jennings, 2008, S.46, Schicho, 2009, S.179). Die Weltbank und ihre Ansätze zur Entwicklung der ländlichen Produktion lassen sich als Vorläufer der Entwicklungsstrategie Nyereres sehen (Hyden, 1980, S. 71). Als Pilotprojekt kann die Ruvuma Development Association gesehen werden, welche schon Anfang der 1960er Jahre genossenschaftliche Produktion und Zusammenleben vorgeführt hatte, jedoch aufgrund ihrer Unkontrollierbarkeit für den Parteiapparat aufgelöst wurde – zu diesem Fall möchte ich später noch einmal zurück kommen (Jennings, 2008, S. 139).

Die industrielle Produktion bzw. die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten sollte nach den Idealvorstellungen Nyereres dezentral erfolgen, da damit eher an die lokale Situation angepasste Techniken verwendet werden können und weniger soziale Ungleichheiten, durch das schnellere wirtschaftliche Wachstum in einer bestimmten Stadt, entstehen (Nyerere, 1968, S.99, S.107). Auch im Bereich der Landwirtschaft sollten die Anbaumethoden lokal gewählt werden:

„The interim steps and the detailed organization should be adapted to the local circumstances – which includes an understanding of the people’s traditional attitudes as well as the degree of the people’s political

understanding and their acceptance of this social objective.“ (Nyerere, 1968, S.357)

Ich möchte das hier gezeichnete Bild, wie Tanzania seine Wirtschaft planen wollte (ich behandle hier in Reden und Deklarationen geäußerte Pläne und nicht die damalige tanzanische wirtschaftspolitische Wirklichkeit), noch einmal ausdifferenzieren, denn Nyereres Reden und Texte, oder die Parteiprogramme waren nie völlig konsistent (McHenry, 1994, S. 17). So hören sich wirtschaftliche Pläne auch anders an, wenn sie in einem Grundsatzpapier niedergeschrieben werden, als wenn Nyerere in seiner Funktion als Präsident vor der Nationalversammlung eine Budgetrede hält (vgl. Nyerere, 1968, S.157). Zwar wird auch hier betont, dass Geld an sich keinen Wert hat, sondern das Hauptaugenmerk auf die Produktion von Konsumgütern zu richten ist, aber wenig später wird wieder auf die Wichtigkeit der Akquirierung von Devisen hingewiesen, um Infrastrukturprojekte finanzieren zu können:

„Always we come back to the need of money if we want to develop our nation and our particular area. Nothing can be done without money – which is a claim on the total resources of the country.“ (Nyerere, 1968, S.165)

Devisen können entweder durch den Verkauf von Produkten auf dem Weltmarkt erlangt werden, was im Fall von Tanzania den Anbau von cash-crops bedeutete (Nyerere, 1968, S.134), oder durch Entwicklungshilfegelder, welche dafür, dass Geld eigentlich kein Thema sein sollte, auch außergewöhnlich oft erwähnt werden (Nyerere, 1968, S.165).

2.1.4 self-reliance

„Industries will come and money will come but their foundation is THE PEOPLE and their HARD WORK, especially in AGRICULTURE. This is the meaning of *self-reliance*.“ (Nyerere, 1968, S.246)

„For a community, *self-reliance* means that they will use the resources and the skills they jointly possess for their own welfare and their own

development. They will not take the attitude that the Government, or Local Council, or anyone else, must come and do this or that for them before they can make any progress.“ (Nyerere, 1968, S.390)

Tanzanischer Sozialismus kann nicht ohne das Konzept von *self-reliance* verstanden werden, manche Forscher_innen sahen darin sogar eines der wichtigsten Ziele für den Sozialismus in Tanzania (vgl. McHenry, 1994, S.164). McHenry beschreibt, dass dieser Begriff additiv gesehen wurde und auch Nyerere betont, dass er von unten nach oben gedacht werden muss (Nyerere, 1968, S.248). Das heißt, dass es darum geht, für sich selbst sorgen zu können, ohne von anderen abhängig zu sein, um das eigene Überleben sichern zu können:

„[...]the *self-reliance* of an individual would promote that of a group of which the individual was a member, and the *self-reliance* of one group would promote that of a larger group of which it was a member. National *self-reliance* was seen as both a means to and a goal of socialist construction.“ (McHenry, 1994. S.224)

Dies sollte von unten nach oben so weit gehen, bis die gesamte Nation *self-reliance* für sich beanspruchen kann: wenn das Individuum *self-reliance* lebt, ist auch die Gemeinschaft aus solchen Individuen „self-reliant“ und eine Nation aus solchen Gemeinschaften ebenso. Auf jeder dieser Ebenen ist es jedoch legitim, Hilfe von einer höheren Ebene zu beanspruchen, zum Beispiel wenn ein Gut nicht selbst produziert werden kann. Gilbert Rist führt diesen Aspekt, dass *self-reliance* vom Individuum aus bis zur Ebene der gesamten Nation gelebt werden sollte, auf Mahatma Gandhi zurück (Rist, 1997, S.S.124).

Auch was Ideen und Ziele bezüglich der Organisation der eigenen Gesellschaft anbelangt, spielte *self-reliance* eine wichtige Rolle. Der Weg zum Sozialismus sollte von jedem Staat selbst gefunden werden, allein schon aufgrund der unterschiedlichen ökonomischen und kulturellen Ausgangslagen (Nyerere, 1968, S.20). So sollte auch die Regierung dafür verantwortlich sein, dass Tanzania als Staat seine Politik unabhängig von äußeren Vorgaben gestaltet. Die Menschen sollten die Möglichkeit besitzen, selbst zu entscheiden, welchen Weg Tanzania gehen sollte (Nyerere, 1968, S.189). Dazu

gehört auch, nicht auf Kredite und Entwicklungshilfegelder von außen angewiesen zu sein (Nyerere, 1968, S.239). Auch die Errichtung großer Industriekomplexe durch ausländische Investor_innen musste im Hinblick auf die Vorgabe zu *self-reliance* hinterfragt werden, da damit das Schicksal vieler Tanzanier_innen von diesen abhängen würde (Nyerere, 1968, S.317).

Diese Sicht und das gesamte Konzept der *self-reliance* sind stark vom damaligen entwicklungspolitischen Diskurs der Dependenztheorie beeinflusst, welche vor allem in den als unterentwickelt wahrgenommenen Ländern rezipiert wurde. Auch diese ging davon aus, dass die Entwicklungsländer zu ihrem Nachteil in den Weltmarkt integriert wurden und ein Ausstieg aus diesem mehr zu ihrem Vorteil sei als eine weitere Integration, vor allem wenn diese einen sozialistischen Weg einschlagen wollen (McHenry, 1994, S.8):

„It was at this difficult time that the Tanzanian President, Julius Nyerere, decided to tackle the problem of 'underdevelopment' by urging his fellow-citizens to rely upon their own forces.“ (Rist, 1997, S.123)

Eine als Konsequenz propagierte Lösung für dieses Problem war die importsubstituierende Industrialisierung, welche auch im Konzept der *self-reliance* eingebettet war und einen wichtigen Platz in Tanzanias Entwicklungsplänen einnahm:

„The main aim of our new industries is 'import substitution' – that is, to produce things which up to now we have had to import from foreign countries.“ (Nyerere, 1968, S.242)

Auch dabei sollte es darum gehen, Devisen, die sonst für einfache Gebrauchsgüter ins Ausland geflossen wären, für Infrastruktur und „kompliziertere Güter“ (Nyerere, 1976, S.65) ausgeben zu können. Waren, die technologisch gesehen auch in Tanzania leicht herstellbar waren, sollten daher auch dort hergestellt werden und das dafür aufgewandte Geld (für Produktion und Konsum) im Land zirkulieren. Auch die Verstaatlichung wichtiger Industrien hatte oft den Hintergedanken, dass die Gewinne aus diesen nicht ins Ausland fließen sollen.

Damit war aber nicht gemeint, dass sich Tanzania ganz aus dem Welthandel zurückziehen sollte. Es wurde viel eher die „pragmatische“ Sichtweise (McHenry, S.160) vertreten, dass die Handelsbilanz auf dem Weltmarkt zugunsten Tanzanias verändert werden sollte (also weniger importieren und gleichzeitig mehr exportieren, bei etwa gleichem Handelsvolumen), um das Handelsbilanzdefizit einzudämmen und trotzdem die Vorteile des weltweiten Handels, wie den Zugang zu moderner Technologie, zu genießen (Nyerere, 1968, S.322). Zu bedenken wäre jedoch wohl auch gewesen, dass mit dem internationalen Wettbewerb gewisse Sachzwänge, denen gefolgt werden muss, verbunden sind, um am Weltmarkt zu bestehen.

Das Konzept von *self-reliance* enthielt auch keine Absage an Entwicklungshilfegelder, nur die Warnung, dass jene, die solche für sich beanspruchen, diese auch wieder zurückzahlen müssen, wenn sie sich wirklich als selbstbestimmt sehen wollen (Nyerere, 1968, S.390). Mit *self-reliance* sollte im tanzanischen Kontext also keine Autarkie herbeigeführt werden: die Arusha-Deklaration hält fest, dass Entwicklungshilfe und private Investitionen grundsätzlich willkommen sind (Rist, 1997, S.131).

Self-reliance war aber eben nicht nur auf Industrialisierung und Außenhandel beschränkt, sondern hat auf die gesamte gesellschaftliche Organisation Auswirkungen. Gilbert Rist nennt folgende Eigenschaften von *self-reliance* (wobei sich seine Beschreibung nicht auf Nyereres Formulierungen beschränkt, sondern unter anderem aus diesem historischen Beispiel folgende Punkte herausgearbeitet hat):

- *self-reliance* ist kein abstraktes Konzept, sondern ein historischer Prozess
- *self-reliance* ist nicht auf das Konzept der importsubstituierenden Industrialisierung beschränkt
- Güter, die auch von allen gebraucht werden, werden lokal beziehungsweise national produziert (dadurch kommt es auch zu weniger Entfremdung der Arbeiter_innen im Produktionsprozess, da diese auch einen Bezug zu den von ihnen produzierten Gütern haben)
- diese Form der Produktion ist ökologisch nachhaltiger, da sie lokal ist und die Menschen bestrebt sein werden, ihren Lebensraum zu schützen
- es entsteht ein ausgeprägtes Selbstwertgefühl als Voraussetzung und Folge einer Gesellschaft, die die zum Leben notwendigen Güter selbst herstellt und

nicht von äußeren Akteur_innen abhängig ist

- die Produktion wird demokratisch kontrolliert
- es wird ein eigener Weg gesucht, um die vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen
- damit einhergehend wird auch die eigene Kreativität gefördert
- *self-reliance* kann nicht von oben angeordnet werden (Rist, 1997, S.134)

2.1.5. Die Partei

„Our aim is to abolish this division of people between masters and servants, and to make every person a master – not a master who oppresses others, but one who serves himself. A person who serves himself is a true master.“ (Nyerere, 1968, S.139)

„Our aim is to hand over responsibility to the people to make their own decisions.“ (Nyerere, 1968, S.140)

Als mit der Weltwirtschaftskrise auch eine koloniale Krise das zu dieser Zeit von Großbritannien beherrschte Tanganyika erreichte, wurden auch Stimmen immer lauter, die eine Unabhängigkeit von der Kolonialmacht und die Existenz als eigenständiger Staat forderten. Um mit der Struktur einer Partei diese Forderungen durchzusetzen, wurde schließlich am 7.7.1954 die Tanganyika African National Union (TANU) gegründet, die aufgrund des wachsenden Widerstandes gegen die Kolonialverwaltung regen Zulauf hatte. Da die einzige nennenswerte konkurrierende Partei UTP (United Tanganyika Party) als koloniale Gründung kaum Stimmen bekam, war die TANU von Anfang an die einzige relevante politische Kraft in Tanzania (Mlimuka, A.K.L.J./Kabudi, P.J.A.M., 1986, S.59). So konnte Druck auf Großbritannien ausgeübt werden, um rasch eine Unabhängigkeit herbeizuführen (wobei die Unabhängigkeit auch der internationalen Entwicklung der Dekolonialisierungen geschuldet war). So wurden 1961 tatsächlich die Bedingungen für eine Stellung als Dominion im Rahmen des Commonwealth ausgehandelt und 1962 Tanganyika durch das Parlament als Staat mit einer Präsidialverfassung, durch die der gewählte Präsident das Staatsoberhaupt - mit entsprechender Machtfülle - darstellt, deklariert. 1964 entstand durch den

Zusammenschluss von Tanganyika und den Inseln Zanzibar und Pemba Tanzania. 1977 vereinte sich die TANU mit der Regierungspartei auf Zanzibar zur Chama Cha Mapinduzi (CCM) (Schicho, 2004, S.312-327; Watzal, 1985, S.201).

Der neue, unabhängige Staat sollte nach der Vorstellung Nyereres von einer Einheitspartei regiert werden, welche aus Arbeiter_innen und Bäuer_innen bestehen und nur deren Interessen repräsentieren sollte, was eine Bedingung für einen sozialistischen Staat sei (Nyerere, 1968, S.242). Auch hier griff Nyerere zur Legitimation auf die traditionelle Lebensweise zurück und behauptete, dass die Konkurrenz verschiedener Parteien der afrikanischen Kultur fremd sei und Probleme und Richtungsstreitigkeiten innerhalb der Struktur der Einheitspartei, ähnlich dem traditionellen Palaver, geschlichtet werden sollten (Stoger-Eising, 2000, S.6, Nyerere, 1968, S.113). Die Institutionen einer demokratischen Regierung sollten auch die nationale Kultur, die nationalen Ziele reflektieren und diesen entsprechend gestaltet werden (Nyerere, 1968, S.37). Nyerere argumentierte 1965, nach der abgelaufenen Amtszeit des 1960 gewählten Unabhängigkeitsparlaments, das Umschwenken auf ein Einparteiensystem auch damit, dass das Mehrparteiensystem die Demokratie in Tanzania gefährde, da die Menschen ihre Repräsentant_innen in der TANU nicht direkt wählen könnten und die TANU eigentlich die einzige Partei sei, die den Willen des Volkes im Parlament repräsentieren würde (Nyerere, 1968, S.36, S.76):

„In Tanzania for example, the overwhelming support for our nationalist movement, and the complete absence of a rival to it, meant that from the beginning of independence we had in effect a one-party state.“ (Nyerere, 1968, S.209)

Dadurch würden interne Spaltungen Tanzanias verhindert und der Wähler_innenwille besser durchgesetzt:

„The provision that the people shall have a choice between two TANU candidates is designed to eliminate the present apparent conflict between, on the one hand, freedom to choose the representative, and, on the other hand, the preservation of national unity.“ (Nyerere, 1968, S.39)

Tatsächlich gab es vor dem Beschluss, dass Tanzania ein Einparteienstaat werden sollte, andere Parteien, diese wurden jedoch aktiv bekämpft, ihre Versammlungen verboten und ihre Führungen deportiert und eingesperrt (Mlimuka, A.K.L.J./Kabudi, P.J.A.M., 1986, S.62-63).

Mitbestimmung sollte den Menschen durch Wahlen und die Mitgliedschaft in der Partei und das Mit-diskutieren in deren Versammlungen möglich sein (Nyerere, 1968, S.74). Die Partei sollte dabei die Vermittlungsinstanz zwischen Volk und Regierung sein, durch sie das Volk regieren, da die Regierung die politischen Vorgaben der Partei umsetzen sollte: „For the people are, and must be, Government and TANU (Nyerere, 1968, S. 274). Anders ausgedrückt oblag der Partei die Ausformulierung der nationalen Politik und der Regierung die administrative Umsetzung (McHenry, 1994, S. 56). Es sollte durchgeführt werden, worauf sich das Volk geeinigt hat (Nyerere, 1976, S.108).

Nyerere gab der Frage der Führung einen hohen Stellenwert: ausgehend von den kolonialen Erfahrungen und mit den Ansprüchen auf eine sozialistische Gesellschaft ohne Unterdrückung als Richtschnur, sollte es keine Herrscher_innen und damit auch keine Beherrschten geben:

„In Wahrheit haben wir nicht nur koloniale Regierungsstrukturen ererbt, sondern auch koloniale Arbeitshaltungen und Führungsmethoden angenommen. So haben wir in Regierung, Industrie und anderen Institutionen die Haltung übernommen, daß ein Mann die Anordnungen austeilt und die anderen ihm lediglich gehorchen. Wenn man nicht das Volk selbst in die Erstellung von Arbeitsplänen miteinbezieht, führt das dazu, daß diese Menschen nationale Institutionen nicht als ihre Angelegenheiten ansehen und konsequenterweise daher Arbeiter das Verhalten von angeheuerten Bediensteten annehmen. Die Partei ist verpflichtet, ihrer Führungskompetenz in dieser Angelegenheit besonderen Nachdruck zu verleihen.“ (Nyerere, 1976, S.105)

Parteifunktionär_innen sollten einerseits dem Volk dienen, aber das Volk, auf der Grundlage der national allgemein anerkannten sozialistischen Prinzipien und Ziele, auch führen, um diese Prinzipien und Ziele auch zu erreichen. Die Pflicht der Partei sei, „alle Aktivitäten der Massen zu leiten“ (Nyerere, 197, S.104). Regierung, verstaatlichte Unternehmen und von der Partei gebildete nationale Organisationen sollten ihre Mittel sein, um die Parteipolitik auszuführen.

Von Anfang an betonte Nyerere, dass Parteifunktionär_innen und Führer_innen vorbildlich ein den sozialistischen Werten entsprechendes Leben führen müssen, um eine Vorbildwirkung zu erzielen und damit die politische Arbeit nicht in Misskredit gerät. Auch sei es unmöglich, die Menschen auf den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft zu führen, wenn die FührerInnen selbst keine sozialistische Geisteshaltung aufweisen, was sich daraus ergibt, dass Sozialismus, wie ich bereits ausgeführt habe, ein Glaube, eine Ideologie ist (Nyerere, 1968, S.235).

Schon 1972 erarbeitete die Regierung ein neues System für dezentralisierte Planung und Administration, um, wie betont wurde, durch die Partei den lokalen Wünschen und Bedürfnissen besser entsprechen zu können, da befürchtet wurde, dass in den Augen des Volkes Macht noch immer etwas sei, dass von anderen ausgeübt wird (Nyerere, 1976, S.86). Eine Machtdelegation an lokale Behörden sollte die lokalen Entwicklungsbestrebungen befördern und einen zentralistischen Bürokratismus eindämmen. Lokal sollten mehr Entscheidungs- und Machtfreiheiten gewährt werden, dies auch im Hinblick auf das Entwicklungsziel der *self-reliance*: mehr und mehr Menschen sollte Verantwortung überlassen werden, den TANU Bezirksexekutivkomitees sollte lediglich die Aufgabe zukommen, die beschlossene Politik zu beobachten (Nyerere, 1976, S.88).

3 Der Staat in Aktion

Gemessen an wirtschaftlichen Daten wie dem BIP, den Anstrengungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und dem allgemeinen Lebensstandard in Tanzania kann dem tanzanischen Sozialismus nicht der Vorwurf gemacht werden, er hätte die Menschen in Armut und Chaos gestürzt und ein kapitalistischer Weg wäre für wirtschaftliches Wachstum und einen höheren Lebensstandard der Gesamtbevölkerung wohl auch kaum förderlicher gewesen (zumindest wenn die wirtschaftlichen Daten Tanzanias mit jenen vergleichbarer Nachbar_innenstaaten in Relation gesetzt werden: McHenry, 1994, S.226/Hyden, 1980, S.122). Die Frage ist zwar, ob wirtschaftliche Indikatoren für einen Staat, der seinem Selbstverständnis nach auf dem Weg in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft gewesen sein soll, sonderlich wichtig und für seine gewünschte Entwicklung aussagekräftig sind, aber bei Nyereres wiederholtem Beharren auf der Wichtigkeit dieser, ist dieser Vergleich mit den Wirtschaftsdaten der Nachbar_innenstaaten wohl zulässig. Ohnehin war der Weg, den Tanzania unter dem Banner seines afrikanischen Sozialismus einschlug, jenem anderer Staaten der Peripherie nicht unähnlich (Schicho, 2009, S.184) und letztendlich hängt ein Großteil der wirtschaftlichen Entwicklung von peripheren Staaten von deren Stellung am Weltmarkt ab, egal welcher Vision von einer erstrebenswerten Gesellschaft diese folgen (McHenry, 1994, S.237). McHenry kommt so auch zum Schluss, dass die Entscheidung, entweder einen sozialistischen oder einen kapitalistischen Weg zu gehen, keinen großen Einfluss auf die wirtschaftlichen Probleme haben wird, mit denen ein Staat in der Peripherie zu kämpfen hat (McHenry, 1994, S.226). Interessant ist bei der Bearbeitung der Frage, inwiefern der tanzanische Sozialismus wirtschaftlichen Schaden angerichtet haben könnte, auch, dass in Tanzania der private Konsum im Vergleich zu staatlichem Konsum ausgeprägter war als z.B. in Kenya oder Côte d'Ivoire, was dem Bild von einem sozialistischen Land, in dem der Staat im Interesse seiner Staatsbürger_innen das wirtschaftliche Leben leitet, wohl widerspricht (McHenry, 1994, S.227). In diesem Lichte könnte angesichts der hier eingangs erwähnten Fortschritte bei Bildung und Gesundheit wohl eher vom Versuch eines peripheren Wohlfahrtsstaates gesprochen werden, als von einer sozialistischen Gesellschaft.

Trotz dieser Umstände wurde in Nyereres Schriften und offiziellen Parteipapieren auf die herausragende Rolle, die der Staat auf dem Weg zu einem tanzanischen Sozialismus einnehmen sollte, betont. Er sollte das zentrale Instrument für diese Entwicklung darstellen. Im Hinblick auf die formulierten sozialistischen Ziele führt dies jedoch zu grundsätzlichen Widersprüchen, etwa jenem zwischen den Ansprüchen, die staatliches Handeln nach sich zieht und dem Ziel der Selbstbestimmung und Autonomie der Bevölkerung. Alleine, dass diese Selbstbestimmung von staatlicher Seite eingefordert wurde, ist wohl ein fundamentaler Widerspruch in sich. Oft wurde im Rückblick auf dieses sozialistische Experiment auch ein Widerspruch zwischen Ideologie (und ihrem Diskurs) und Praxis gesehen (Schicho, 2009, S.182). McHenry zufolge war dieses Auseinanderklaffen auch innerparteilichen Richtungskämpfen zuzuschreiben. Er unterscheidet hier zwischen einem pragmatischen und einem sozialistischen Flügel. Seine Bestandsaufnahme für die Jahre zwischen 1967 und den 1990er Jahren liest sich folgendermaßen:

„During this period, the ideological socialists successfully moved Tanzanian socialist ideas toward a less pragmatic form, whereas the pragmatic socialists successfully moved Tanzanian *policies* toward a less ideological form“ (McHenry, 1994, S.218)

„It is apparent from this brief review of major party documents that until about 1990 the ideology became increasingly radical; i.e., it came more and more into accord with the ideas of „leftist“ elements among the ideological socialists. At the same time, the actions of the state became increasingly pragmatic; i.e., they came more and more into accord with the ideas of „rightist“ elements among the pragmatic socialists. Examples of the latter include trade liberalization and the acceptance of IMF and World Bank conditionalities. In other words, there were two opposing trends: a „pragmatization“ of policy and a „radicalization“ of ideology.“ (McHenry, 1994, S.22)

Bei Baldus wird sogar schon davon gesprochen, dass dieser krasse Widerspruch mit dem Versuch, die Bevölkerung ideologisch zu besänftigen, zusammenhängen könnte (Baldus, 1972, S.39). Diese Ansicht, dass je mehr die politischen Aktionen Richtung Kapitalismus gingen, der offizielle politische Diskurs vehementer sozialistisch wurde, wird auch von A.K.L.J. Mlimuka und P.J.A.M. Kabudi geteilt (McHenry, 1994, S.25).

Letztendlich wurde an den Produktionsverhältnissen kaum etwas geändert (Boesen, 1977, S.20) und selbst Verstaatlichung und das Organisieren der Produktion der ländlichen Bevölkerung in Ujamaa-Dörfern änderte nichts daran, dass eine Abkehr von kapitalistischen Grundannahmen fast nicht vollzogen wurde – obwohl Nyereres Schriften anderes vermuten lassen hätten (Nyerere, 1968, S.10):

„Wie in anderen Ländern, die einen afrikanischen Sozialismus zur nationalen Ideologie erklärt hatten, wurde eine kapitalistische Entwicklung eingeleitet und fortgeführt. [...] In der Phase des afrikanischen Sozialismus wurden somit aus der vertretenen Ideologie keine Folgerungen für die politische Praxis gezogen.“ (Baldus, 1972, S.35)

Manager_innen in den verstaatlichten Firmen sollten ihre Arbeit fortführen, als hätte (unter kapitalistischen Bedingungen) nur der/die Besitzer_in gewechselt (Nyerere, 1968, S. 256'), Investor_innen wurde eine profitable und sichere Rendite versprochen: so sie ihr Geld in Tanzania investieren würde es kein Problem sein, ihre Profite wieder ins Ausland zu transferieren (Nyerere, 1968, S.240). Die Aufgabe der Gewerkschaften sollte wiederum zuerst sein, die Produktivität zu fördern, um erst dann für die Arbeiter_innen einen gerechten Anteil am Profit zu fordern (Nyerere, 1968, S.404). Immerhin erkannte Nyerere, dass Geld nicht Wohlstand bedeutet, für sein Modernisierungsprojekt und sein Ziel der Produktionssteigerung brauchte er es aber dann doch (Nyerere, 1968, 396). Denn: „We shall become more wealthy by producing more wealth.“ (Nyerere, 1964, S.3). Jannik Boesen spricht hier von „an overemphasis on production and productivity“ (Boesen, 1977, S.18) und Benzing/Schadeberg sehen nicht das Erreichen einer sozialistischen Gesellschaft, sondern wirtschaftlichen Fortschritt im Zentrum der Arusha-Deklaration (Benzing/Schadeberg, 1965, S.128). Noch 2010 galt die Verfassung von 1977 weitgehend unverändert (Hofmeier/Hirschler, 2011, S.13), womit sich die Frage stellt, wie revolutionär und im Widerspruch zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen diese war. Waren sollten von Arbeiter_innen und Bäuer_innen hergestellt werden und Mehrwert für weitere Investitionen erbringen (Nyerere, 1975, S35). Die ökonomischen Grundannahmen der Industrienationen wurden übernommen, ohne deren Auswirkungen auf sozialistische Grundprinzipien wie Selbstbestimmung, Freiheit und Egalität zu hinterfragen. Eine dieser Grundannahmen, welche in Nyereres Werk oft zu finden ist (z.B. Nyerere, 1975, S.43), ist jene des

Gesetzes des Mangels, welches von Gustavo Esteva und Madhu Suri Prakash als eurozentristisch und bestimmte gesellschaftliche Interessen befördernd entlarvt wurde (Esteva/Prakash, 2001, S.194). Wird nämlich auf dieser Grundlage der Zwang zu Fortschritt und Wachstum formuliert, muss auch gefragt werden, in wessen Interesse und nach wessen Vorstellungen dies geschehen soll (McHenry, 1994, S.73): Bäuer_innen, ihre Lebensweise und ihre damit verbundenen Interessen können zum Beispiel einer Produktionssteigerung oder einer Industrialisierung der Landwirtschaft entgegenstehen (Bello, 2010, S.17) – sollen diese Interessen für das Ziel der Produktionssteigerung ignoriert und diesen widersprechende Aktionen umgesetzt werden?

McHenry berichtet von einer Konferenz, welche 1986 in Arusha abgehalten wurde und die Fortschritte in Richtung Sozialismus seit der Arusha Deklaration beleuchten sollte (McHenry, 1994, S.3). Der Grundtenor dieser Tagung war, dass Tanzania keinesfalls eine sozialistische Gesellschaft sei und noch nicht einmal jemals in seiner Geschichte auf dem Weg dort hin gewesen ist. McHenry meint zwar, dass es zwar Anstrengungen gegeben habe, sozialistisch zu werden, Tanzania aber eher als Beispiel gelten kann, welche Probleme beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auftreten können (McHenry, 1994, S.4).

3.1 Postkoloniale Staatlichkeit

Eines jener Probleme, mit denen Tanzania beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu kämpfen hatte, war das koloniale Erbe, welches die wirtschaftlichen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen des neu gegründeten Staates bestimmte. Mit der Unabhängigkeit sollte das Zusammenleben völlig neu geregelt werden. Zu diesem Zwecke wurde aber auf bestehende staatliche Institutionen zurückgegriffen, obwohl eine Gesellschaft, die sich auf eine vorkoloniale Lebensweise beruft, auch deren Institutionen wieder aufbauen hätte müssen. Institutionen und Einstellungen, bzw. Erwartungen, die fortbestehen, erschaffen sich gegenseitig immer wieder neu und ermöglichen oder verunmöglichen, hier im Falle des Staates, bestimmtes Handeln: „A society's socio-economic structure has a heavy impact on the development or suppression of the human resources available to that society“ (Boesen,

1977, S.19). Neue Ziele bedürfen neuer Institutionen (Bana/McCourt, 2005, S.19).

Eine komplexe Institution wie der Staat bedarf erfahrener Beamt_innen, die mit seinen Anforderungen umgehen und diese auf die Bevölkerung umlegen können. Im Falle Tanzanias waren dies aber nur Beamt_innen des kolonialen Verwaltungsapparates. Der unabhängige Staat jedoch, wollte er sich von seiner kolonialen Vergangenheit lossagen, „had to be run by politicians who themselves lacked the necessary functional skills and experience to manage the various apparatuses of the modern state“ (Rugumamu, 1997, S.107). Da in solch einer Situation die staatlichen Funktionen nur unzureichend aufrecht erhalten hätten können, musste also erst recht wieder auf erfahrene, ehemalige koloniale Beamt_innen zurückgegriffen werden. Da nationale Expert_innen im Führen des staatlichen Apparates fehlten, konnten die Kolonialbeamt_innen den Staat weiter nach ihren, in einer kolonialen Situation entstandenen, Vorstellungen führen und nationale Probleme nach ihren Ansichten formulieren:

„As I will point out momentarily, during the early post-independence period their conventional development theories, policies, strategies, and institutions were adopted virtually unchallenged“ (Rugumamu, 1997, S.108).

Nicht lange vor der Unabhängigkeit Tanganyikas sandte die britische Regierung eine Weltbankkommission in dieses Land, um Entwicklungsstrategien für die Zukunft herauszuarbeiten. Im daraus resultierenden Report waren besonders der „improvement approach“ (Förderung individueller Farmer_innen, welche einen Modernisierungsschub einleiten sollten) und der „transformation approach“ (institutionelle Veränderungen um moderne Landwirtschaft durch fortschrittliche Farmer_innen zu ermöglichen) von Bedeutung (Freyhold, 1979, S.xi). Die Vorschläge dieses Weltbankdokumentes waren letztendlich die Grundlage für die Entwicklungspläne der ersten acht Jahre nach der Unabhängigkeit – in der Kolonialzeit entwickelte Rezepte wurden übernommen, um einen tanzanischen Sozialismus aufzubauen (Rugumamu, 1997, S. 112, Jennings, 2008, S.39). Auch der Vorschlag, die rurale Bevölkerung in Kooperativen zusammenzufassen, um sie staatlichen Anreizen (in Form von technischer Beratung und materiellen Gütern) aussetzen zu können, war in diesem Papier enthalten (Rugumamu, 1997, S.113). Schon während der britischen kolonialen Verwaltung Tanganyikas als Mandatsgebiet wurde

die Ansiedlung von Bäuer_innen, die bisher großteils in Streusiedlungen lebten, in kompakte Dörfer, verfolgt. Die ländliche Bevölkerung sollte staatlichen Leistungen zugänglich gemacht und der Rückzug in die Subsistenz verhindert werden (Schneeweis, 2002, S.63, Jennings, 2008, S.39). Ujamaa lässt grüßen:

„The recommendations and suggestions that were made by those foreign consultants came to serve [...] as the basis for future development policies and plans in Tanzania.“ (Rugumamu, 1997, S.114)

Auch das Kontrollsystem für das *Management* der National Development Corporation, welche weitreichende Befugnisse hatte, um die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Tanzania voranzutreiben, wurde im Auftrag Tanzanias von der international agierenden Beratungsfirma McKinsey entwickelt und überwacht. Dieser Umstand veranlasste Beobachter_innen der Entwicklungen in Tanzania zu der Feststellung, dass die wichtigsten, die Zukunft des Landes betreffenden Entscheidungen, von ausländischen Akteur_innen getätigt wurden (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.65).

Eine die rurale Entwicklung betreffende Handhabe war jene, nur „produktiven“ Teilen der Bevölkerung zu erlauben, in den Städten zu leben, während der „unproduktive“, also arbeitslose bzw. „unterbeschäftigte“ Teil der Bevölkerung aufs Land verfrachtet wurde, „where their labour could be utilized more effectively“ (Brennan, 2006, S.391). Der erbrachte Gewinn aus der erhofften Steigerung der Produktion sollte über Steuern und sonstige Abgaben der herrschenden Klasse zugeführt werden. James Brennan zufolge übernahmen die Bürokrat_innen im unabhängigen Tanzania diese Vorstellungen, denen zufolge die Bevölkerung (außer sie selbst) am besten in der Landwirtschaft eingesetzt werden sollte und verfolgten diese Politik, nach der dieser „unproduktive“ Teil der Bevölkerung einer „produktiven“ Arbeit in der Landwirtschaft zugeführt werden sollte, noch vehementer als die Kolonialadministration (Brennan, 2006, S.403). Aber auch die Städte wurden weiter nach kolonialen Rezepten verwaltet (Brennan, 2006, S.413).

Goran Hyden klassifizierte Tanzania als postkolonialen Staat mit Einbindung in das kapitalistische System, in dem jedoch vorkapitalistische Produktionsverhältnisse, wenn auch deformiert, weiterbestehen:

„Colonialism did not erase the pre-capitalist modes of production. It did destroy the pre-colonial ones but it generated a new pre-capitalist mode based on independent peasant production.“ (Hyden, 1980, S.42)

Hyden betont zwar, dass die afrikanische Geschichte so gelesen werden muss, dass Afrika eben nicht kapitalistisch beeinflusst war (Hyden, 1980, S.39), aber ich denke, dass das koloniale Unternehmen der Zentrumsstaaten und deren Versuch, eine extraktive, international arbeitsteilige Ökonomie zwischen Zentrum und Peripherie aufzubauen, großen Einfluss auf das Leben in Afrika hatte und im Grunde auch kapitalistischen Prämissen der Mehrwertgenerierung unterlag. So wurden Produktionsweisen, die zwar im Grunde nicht kapitalistisch organisiert waren, in den kapitalistischen Weltmarkt eingebunden und dessen Anforderungen ausgesetzt, Geld ersetzte Kooperation (vgl. Baldus, 1976, S.48). So zieht auch Freyhold den Schluss, dass die sozio-ökonomische Basis, auf der Ujamaa nach Nyereres Vorstellungen aufbauen sollte, durch den Einfluss des Kolonialismus zerstört wurde. Arbeitskraft wurde extrahiert und traditionelle Strukturen wurden aufgebrochen:

„Within the colonial framework the peasant was economically isolated from other peasants and indigenous industries and dependent on foreign capitalist companies or – at a later stage – their local subsidiaries. Almost no other division of labour was allowed except the one between peasants and the outside market.“ (Freyhold, 1979, S.4)

Das Erbe dieser kolonialen Einflussnahme auf die Ökonomie der kolonialiserten Staaten der Peripherie war „a disintegrated dependent economy, usually characterized by its weak industrial base and the export orientation of agricultural production (and mining)“ (Boesen, 1977, S.19). Kolonialismus und Weltmarkt führten ihnen genehme Produktionsverhältnisse ein und zerstörten die indigenen wirtschaftlichen Systeme, was erst zu jenem Zustand führte, der als Unterentwicklung gekennzeichnet werden konnte (Freyhold zeigt dies am Beispiel Tangas: Freyhold, 1979, S.6-20).

Auch jene entwicklungspolitischen Vorschläge der Weltbank, die ich bereits erwähnte, sind diesem Erbe geschuldet. Der Export landwirtschaftlicher Rohstoffe sollte, zum Beispiel durch die Mechanisierung der Landwirtschaft, gefördert werden. Dies hätte die

untergeordnete Rolle Tanzanias als rohstoff-exportierender Staat auf dem Weltmarkt nur weiter verfestigt. So war auch die von der Kolonialverwaltung geerbte Infrastruktur, vor allem die Straßen und die Eisenbahnen, noch nach kolonialen Bedürfnissen gebaut, um billige landwirtschaftliche Güter ins Ausland zu schaffen (Boesen, 1979, S.137).

Die koloniale Verwaltung baute nicht nur Institutionen auf, die der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen dienen sollten, sondern hatte natürlich auch Einfluss auf die Haltung der verwalteten Bevölkerung dem Staat gegenüber. Nyerere beklagt in diesem Zusammenhang, dass die Kolonialherrschaft in der Bevölkerung Angst und Misstrauen staatlichen Beamten und Institutionen gegenüber hinterlassen hat (Nyerere, 1968, S.139). Das autoritäre Durchsetzen von Bestimmungen, die entweder ökonomisch sinnlos waren oder den Interessen der Bäuer_innen entgegenstanden, ließen bäuerlichen Widerstand gegen staatliche Programme entstehen, der aus der Sicht der Bäuer_innen auch gerechtfertigt war (Schicho, 2004, S.319). Nyerere hätte sich gewünscht, dass mit der Unabhängigkeit und der Formulierung sozialistischer Entwicklungsziele, dieses Misstrauen verschwinden würde. Da aber der Staat erstens nach ähnlichen Rezepten wie die Kolonialadministration vorging und auf deren Scheitern bzw. auf den Widerstand der Bevölkerung genauso mit Zwang reagierte (Jennings, 2008, S.172), ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung sich wieder vom Staat zurückzog. Dies erinnert an die bei Esteva und Prakash vorgestellten Taktiken von Menschen, die sich den Anforderungen eines ihnen gegenübertretenden kolonialen Systems ausgesetzt sehen: entweder ein gutes Subjekt sein und mitspielen, ein schlechtes Subjekt sein und revoltieren, oder ein Nicht-Subjekt sein, dass sich diesen Ansprüchen so weit wie nur möglich entzieht (Esteva/Prakash, 2001, S.45).

Zwei letzte Kontinuitäten zu kolonialer Verwaltung, die ich hier noch anführen möchte, ist jene mit den Methoden der indirect-rule und jene, die zwischen den Vorgaben und Vorstellungen der kolonialen Administration und den Vorgaben und Vorstellungen der Beamten_innen, welche mit der Entwicklung eines nun unabhängigen Staates beauftragt wurden, zu beobachten sind.

Partizipation der Bevölkerung ist, so wie nach Nyereres Vorstellungen, erwünscht bzw. wird diese erwartet, um Zielvorstellungen, welche aber durch die zentrale Regierung vorgegeben werden, zu erreichen (Cooke, 2003, S.49) – was eine Kontinuität mit den Methoden der indirect-rule bedeutet. Dass koloniale Erwartungs- und Verhaltensmuster

von den Beamt_innen auch in die Zeit der Unabhängigkeit mitübernommen wurden, lässt sich an deren Einstellung gegenüber den von ihnen verwalteten Menschen ablesen: Zum Beispiel wenn sie Forderungen nach härterer Arbeit an diese stellen und Drohungen aussprechen, falls diese Forderung nicht erfüllt wird (siehe Freyhold, 1979, S.36).

Zusammenfassend kann also auch für Tanzania Folgendes festgehalten werden:

„An den „neuen Staaten“ war wenig neu, sehen wir von den Flaggen und Hymnen ab: es blieben die Grenzen, die fremd bestimmten Ökonomien und ihre nach Außen weisende Infrastruktur, eine durch autoritäre Politik unmündig gehaltene Bevölkerung, die zum Eigennutz erzogene moderne Elite, eine koloniale bzw. kolonial sozialisierte Bürokratie, und nicht zuletzt die noch im kolonialen Kontext formulierten Entwicklungspläne.“ (Schicho, 2009, S.175)

3.2 Der Entwicklungsstaat

„I have suggested that the fundamental cause of Tanzania's development crisis should be sought not in the strategy of socialism and *self-reliance*, but rather in the nature of the state and the ideology that informed its policies.“ (Rugumamu, 1997, S.267)

Konzepte der Modernisierung und nachholenden Entwicklung und Diskurse des Südens, wie die Dependenztheorie oder die Ideologie der Bewegung der Blockfreien, bildeten in den 1950er und 1960er Jahren den Rahmen, in dem Nyereres Ideen zu seiner Form des afrikanischen Sozialismus entstanden sind (Schicho, 2009, S.175). Das Primat für staatliches Handeln wurde Entwicklung, in diesem Fall jenes der nachholenden Entwicklung, wobei, was Ziel und Weg betrifft, großteils die „entwickelten“ Staaten der Zentren als Blaupause dienten. So verfolgte auch Tanzania bis 1967 eine orthodoxe Entwicklungspolitik, die sich trotz sozialistischer Rhetorik kaum von der anderer Staaten der Peripherie unterschied (Hofmeier/Hirschler, 2011, S.44). Dies war aber keine tanzanische Eigenart, sondern für sozialistische Staaten der Regelfall:

„Revolutionary transformational projects identified with socialism over the

past two centuries were supported by theories of progress, by faith in the ascending linearity of historical development, and the claim that it was possible to guide the whole of society in one direction, towards a predefined horizon, the general attributes of which were considered to be known.“ (Lander, 2012, S. 75)

Dem damaligen Zeitgeist entsprechend, sollte auch in Tanzania der Staat bei diesem Projekt der nachholenden Entwicklung die Zügel in der Hand haben. Er sollte Architekt, Manager und letzte Kontrollinstanz auf dem Weg in eine entwickelte Zukunft sein (Jennings, 2008, S.199), egal ob diese kapitalistisch oder sozialistisch sein sollte. Parallelen zur in Lateinamerika ausformulierten importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) und der Dependenztheorie sind wohl, vor allem in der Frühphase der Unabhängigkeit in Tanzania, nicht von der Hand zu weisen (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.63).

Zentral in diesem Diskurs der Entwicklung und für die Legitimation des Staates als Ausführenden eben dieser war das Versprechen des Fortschritts, der die Menschen aus ihrer erlebten Armut führen sollte (Nyerere, 1968, S.98). Wenn der Staat von „seinen“ Bürger_innen Loyalität und Einsatz erwartet, muss er diese Erwartung auch legitimieren können, sonst wendet sich die Bevölkerung von ihm und seinen Forderungen ab. Das Entwicklungsprojekt war einer der hauptsächlichen Kanäle, um diese Legitimation, wenn auch nur durch Versprechen für die Zukunft, herzustellen – und auch um das Projekt der Nation-Bildung voranzutreiben (Jennings/Merker, 2011, S.11). Entwicklung kann sozusagen als Karotte, als Anreiz, gesehen werden, damit die Anrufung durch den Staat auch bei der Bevölkerung ankommt: „Still others view Tanzanian socialism as a form of Developmentalism“ (McHenry, 1994, S.24).

Um sich und seine Macht über die Bevölkerung zu legitimieren, kann der Staat die Kontrolle des Produktionsprozesses übernehmen, damit positive Entwicklungen auf ihn zurückzuführen sind. So können Entscheidungen, die ökonomisch erscheinen, eigentlich politische Hintergründe haben (vgl. Jennings, 2008, S.56):

„Development had become, by the late 1960s, so integral to the identity of the state that its needs overrode all other concerns.“ (Jennings, 2008, S.57)

Tanzania folgte wie viele andere Staaten einer „high modernist aesthetic“, welche darauf fußt, die Zivilgesellschaft zu schwächen, damit diese keinen Widerstand gegen die staatlichen Pläne ausüben kann. Der Staat wiederum gilt in dieser Weltsicht als zentrales Instrument für gesellschaftlichen Wandel und muss dieser Logik folgend auch mit der entsprechenden Macht ausgestattet sein. Zugrunde liegt diesem Unterfangen letztendlich die Ansicht, dass sich Natur und Gesellschaft rational durch staatliche Organe administrieren lassen (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.75, Jennings, 2008, S.60).

Diese Vorstellung, wie Entwicklung durch den Staat funktioniert, sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Staat nichts desto trotz stark von externen Akteur_innen, wie die Kirche und staatliche Entwicklungshilfeinstitutionen der Staaten der Zentren, abhängig war, um das Geld, das für seine ambitionierten Entwicklungsprojekte nötig war, zu lukrieren. Auch in ihrem Inneren war die Staatsmacht nicht vollends entfaltet, Gesetze wurden z.B. ignoriert. Dies liegt jedoch in der Natur eines so jungen und weitläufigen Staates und es soll in dieser Arbeit nicht das Bild eines allmächtigen Staatsapparates gezeichnet werden (vgl. Rugumamu, 1997, S.196).

Michael Jennings schlägt das Konzept der „development front“ von Lionel Cliffe und John S. Saul vor, um zu veranschaulichen, dass ein ganzes Set an Akteur_innen unter dem Banner des Developmentalismus versammelt war (McHenry, 1994, S.24) und die staatlich vorgegebenen Pläne im Rahmen des damaligen Konsenses bereitwillig unterstützten (Jennings, 2008, S.63). Ziel dieser „development front“ sollte die gesteigerte Produktion sein, die wie ein Fetisch alle anderen Fragen und Probleme überlagerte und als Versprechen von Fortschritt und Modernisierung die Machtausübung über die Bevölkerung legitimierte (Svampa, 2012, S.49). Dies kam der TANU gelegen, da ihre ursprüngliche Legitimation durch den Unabhängigkeitskampf nun durch jene der nachholenden Entwicklung ersetzt werden konnte:

„Die herrschende Klasse Afrikas bemächtigte sich des 'Developmentalismus' als ihrer ideologischen Legitimation. Es war eine Ideologie der Beherrschung, denn sie duldete keine Opposition; das war der Altar, auf dem alles, Demokratie mit eingeschlossen, geopfert werden musste.“ (Tiyambe Zeleza, zitiert nach Schicho, 2009, S.177)

Unter dem scheinbar neutralen Begriff der Entwicklung konnte der Staat seine Macht

ausüben und ausweiten (Jennings, 2009, S.196) - der tanzanische Sozialismus war ein top-down Projekt (McHenry, 1994, S.6).

Eine zentrale Maßnahme, um die Macht des Staates auch in das kleinste Dorf im Hinterland auszuweiten, stellte die Dezentralisierungspolitik dar. Distriktvertretungen wurden durch Distriktentwicklungsbüros ersetzt, was nach der offiziellen Rhetorik die lokale Eigenständigkeit fördern und die Einflussnahme des Lokalen auf die staatliche Parteipolitik stärken sollte (Nyerere, 1976, S.86). Tatsächlich hatten diese neuen Behörden mehr Macht, doch diese Macht unterlag der Kontrolle der zentralen Autoritäten und nicht unter der Kontrolle lokal gewählter Repräsentant_innen, die zumindest mit den lokalen Verhältnissen vertraut gewesen wären – im Gegensatz zu den staatlich eingesetzten Beamt_innen: „This represented a massive transfer of power to the state [...].“ (Jennings, 2008, S.59). Goran Hyden beschreibt diesen Prozess als „moving the government closer to the people“ (Hyden, 1980, S.135), also als Schritt der Macht zu den Menschen und nicht als einen der Menschen an die Macht (Freyhold, 1979, S.57, Mlimuka, A.K.L.J/Kibundi, P.J.A.M, 1986, S.67). Die Bäuer_innen sollten stärker der staatlichen Macht ausgesetzt werden, um sie für das staatliche Entwicklungsprojekt erreichbar zu machen, Initiativen, die außerhalb staatlicher Einflussnahme und außerhalb des nationalen Entwicklungskonsenses standen, sollten entmachtet werden, um eine reibungslose Umsetzung staatlicher Entwicklungspläne zu gewährleisten (Hyden, 1980, S.134). Dies lässt sich damit erklären, dass die Bäuer_innen oft kein Interesse an den zentral formulierten Entwicklungsplänen haben und der Staat darauf bedacht ist, sie so weit wie möglich seiner Macht auszusetzen (ebd., S.218). Durch die Dezentralisierungspolitik reichte der staatliche Einfluss bis in die Dorfverwaltungen (Schneeweis, 2002, S.85), nur so konnte der Staat auch im Lokalen materielle Wirklichkeit erlangen. Auch auf die landwirtschaftlichen Kooperativen dehnte der Staat seinen Einfluss aus, um auch über diese Vermarktungsagenturen Macht über die ländliche Bevölkerung ausüben zu können (Jennings, 2008, S.195). Technisch gesehen waren diese Kooperativen keine staatlichen Institutionen, doch wurde der Einfluss von Staat und Partei durch Personalentscheidungen gefestigt und die Kooperativen als Vehikel angesehen, um Parteibeschlüsse umzusetzen (McHenry, 1994, S.105). Das selbe galt auch für der Partei nahe stehende Massenorganisationen wie die Tanzania Youth Organisation (VIJANA),

die Union of Tanzanian Women (UWT) und die Gewerkschaften (McHenry, 1994, S.53; zur UWT: Donner-Reichle, 1988). Organisationen, die eigentlich den Zweck gehabt hätten, die Anliegen bestimmter Bevölkerungsgruppen an die Partei heranzutragen, wurden nun dafür benutzt, die Anliegen der Partei zu formulieren.

Persönliche Freiheiten, wie das Streikrecht und die Meinungsfreiheit, wurden dem Primat der staatlich verordneten Entwicklung untergeordnet (siehe Brennan, 2006, S.412): „Für den Staat ist der einzelne Mensch nur ein totes Rad in einem großen Mechanismus, dessen Platz in der Maschine genau bestimmt ist“ (Rocker, 2012, S.109). So schreckte der Staat letztendlich auch nicht vor autoritären Mitteln zurück:

„Wo es um die Durchsetzung seiner Konzepte und die Macht seiner politischen Bewegung ging, bediente er sich jedoch auch autoritärer Mittel, wie des Preventive Detention Act, der die „Verwahrung“ politisch missliebiger Personen auf unbestimmte Zeit zuließ, und des Streikverbots.“ (Schicho, 2004, S.326)

Dieser Einsatz von Gewalt entspringt nun nicht dem schlechten Charakter der tanzanischen Führer_innen, er resultiert vielmehr aus den strukturellen Logiken eines Entwicklungsstaates, ob mit kapitalistischem, oder sozialistischem Anstrich: „The state, assumed as the subject or principal agent of transformation, finally imposes authoritarianism, thereby undermining the possibilities for building a democratic society.“ (Lander, 2012, S.87). Zwang unterminiert nicht nur das auch in Tanzania formulierte Ziel einer demokratischen Gesellschaft, sondern ist auch im Hinblick auf die gewünschte Partizipation und den erhofften Einsatz der Bevölkerung kontraproduktiv (Baldus, 1976, S.163). Nur mit Zwang wäre jedoch die gewünschte Geschwindigkeit bei der Umsetzung der staatlichen Vorgaben möglich gewesen, wobei die hastige Umsetzung selbst wieder das sozialistische Projekt in Tanzania konterkarierte, die Erwartungen waren einfach zu hoch gesteckt und konnten nicht erfüllt werden – Entwicklung muss eben schnell sichtbar sein, damit der Staat sich und sein Handeln, aber auch Anforderungen an die Bevölkerung legitimiert (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.69).

Wenn der Staat plant und den Weg, den die Bevölkerung beschreiten muss, vorgibt (vgl. Nyerere, 1964, S.2), stellt sich die Frage, wessen Interessen dieser Weg dienen soll.

Wenn der Staat (wie ich noch versuchen werde zu zeigen), die Partei und deren Institutionen auf eine Top-down-Implementierung der tanzanischen Ausformung des Developmentalismus ausgelegt waren, kann wohl davon ausgegangen werden, dass es nicht die Interessen der armen Bevölkerung auf dem Land und in der Stadt gewesen sein können, die in den Partei- und Entwicklungsprogrammen ausformuliert wurden. So es ist kaum verwunderlich, dass der Großteil der Umsiedlungen im Zuge von Ujamaa in den ärmsten Gegenden von Tanzania durchgeführt wurde (Jennings, 2009, S.51). Wieder klaffen die ideologische Verbrämung der nationalen Meinungsbildung als durch die Partei demokratisch vermittelter Palaver durch Nyerere und die Realität einer Klassengesellschaft, in der von oben nach unten die Interessen und Ansichten einer autoritären Führung durchgesetzt werden, auseinander:

„Liberale Pluralisten haben nicht unrecht, wenn sie einen offenen Dialog der Differenzen als erstrebenswertes Ziel betrachten; sie täuschen sich lediglich, wenn sie glauben, dies ließe sich in einer Klassengesellschaft jemals adäquat realisieren, in der akzeptable Interessen von vornherein durch die herrschende Macht bestimmt werden.“ (Eagleton, 2000, 203)

Nyerere betonte, dass Tanzania keine Klassenstrukturen aufweise und deshalb nicht durch Taktiken des Klassenkampfes zum Sozialismus geführt werden könne. Selbst wenn dies den Tatsachen entsprochen hätte (dagegen argumentiert Baldus, dass während der Kolonialzeit die Bildung von Klassen sogar gefördert wurde: Baldus, 1976, S.60; Coquery-Vidrovitch erteilt der Behauptung, in Afrika hätte es keine Klassen gegeben, auch eine Absage: Coquery-Vidrovitch, 1998, S.96;), so wäre dennoch zu bedenken gewesen, dass allein durch die Existenz eines Staates und seiner Bürokratie ein Machtungleichgewicht erschaffen wird, das politische Führer_innen und staatlich angestellte Bürokrat_innen selbst wieder zu einer bestimmenden Klasse werden lässt. So wird selbstbestimmte, lokale Demokratie unterlaufen. Dies auch deshalb, da erstens eher begüterte Menschen, deren Bedürfnisse und Zielvorstellungen von jenen der ärmeren Bevölkerung abweichen, in Führungspositionen aufgestiegen sind (sie haben mehr Zeit, ihnen wird eher zugetraut, vom staatlichen Entwicklungspersonal materielle Zugeständnisse zu erreichen), und zweitens, weil ein Großteil der Entscheidungsfindung ohnehin in den Händen des vom Staat entsandten Entwicklungspersonals lag, welches

oft das eigentliche Steuerungszentrum der Dörfer darstellte (Baldus, 1976, S.170, S.233).

Das Entwicklungspersonal wurde oft entweder aus Kolonialzeiten übernommen, oder von außerhalb Tanzanias rekrutiert (Nyerere, 1968, S.45) und hatte eigentlich auch wieder nur die Aufgabe, der Bevölkerung zu erklären, was die Partei von ihr erwartet (Boesen, 1979, S.132). Um diese Aufgabe erfüllen zu können (es wurde ja auch von ihnen verlangt, dem Staat genehme Ergebnisse vorweisen zu können), waren Entwicklungspersonal und Bürokrat_innen mit staatlich sanktionierter Macht ausgestattet:

„Finally, the government and TANU leaders have the power and the resources to use material inducements to bring about the decisions desired by them.“ (Boesen, 1977, S.132)

Dieses Machtungleichgewicht wurde genutzt, um die eigene materielle Position auszubauen und zumindest die eigene Macht zu erhalten – was für den Staat gilt, gilt hier auch für sein Personal: keine_r von beiden gibt gerne seine Machtstellung an die Bevölkerung ab. Der Staat wird so zum Instrument der Machtkonsolidierung und produziert durch seine Aktionen und Institutionen eine Klasse von Bürokrat_innen mit den ihr eigenen, der Bevölkerung entgegenstehenden, Klasseninteressen. Ein Indiz, dass diese Interessen auch tatsächlich umgesetzt wurden, ist, dass zum Beispiel Einkommen aus Kapitalerträgen weniger hoch besteuert wurde als das Einkommen durch Arbeit (McHenry, 1994, S.81). Auch die Kreditprozeduren im Zuge der Wohnpolitik Tanzanias favorisierten jenen Teil der Bevölkerung, der ohnehin mehr Einkommen und Bildung vorzuweisen hatte (ebd., S.90). Diese Klasse hatte natürlich kein Interesse, selbst als Klasse mit eigenen Interessen identifiziert zu werden, weshalb im nationalen Diskurs eine Klassengesellschaft in Tanzania geleugnet wurde (Brennan, 2006, S.409), obwohl nur eine auch Klassengegensätze ansprechende Bewegung revolutionär sein kann (Boesen, 1979, 127):

„Ujamaa is utopian socialism in classic form; it is based on a vision in which the real class differences of the Tanzanian society played no part. At its crudest, it was a blend of idealized precapitalist practice coupled to developmentalist goals.“ (Freund, zitiert in Rugumamu, 1997, S.134)

Selbst wenn es nun also in Tanzania keine Klassen gegeben hätte, so war doch auch der Staat in ein kapitalistisches Weltsystem, in dem die Interessen bestimmter Klassen und Staaten befördert werden, eingebunden, wodurch seine Möglichkeiten, eine unabhängige Politik zu betreiben, eingeschränkt waren (Rugumamu, 1997, S.244). Aber da es eben auch in Tanzania Klassengegensätze gab, integrierte sich auch die tanzanische Oberschicht in das kapitalistische Weltsystem, wodurch deren Interessen mit jenen ausländischer Kapitalist_innen verschmolzen (Rugumamu, S.135). So werden auch die Beschwichtigungen ausländischer Investor_innen in Nyereres Texten und der Arusha Deklaration verständlich (vgl. Nyerere, 1968, S.240, S.256, S.263). Nur wird ein transnational agierender Kapitalismus sich nicht in einen einem bestimmten Staat dienenden Kapitalismus verwandeln lassen, wie es sich schon andere Staatenlenker_innen erträumt haben (Rocker, 2012, S.80).

Auch die Positionierung als Primärgüter exportierender Staat entsprach eben kolonialen Mustern, durch die das Machtungleichgewicht international verfestigt wurde und die Interessen des kapitalistischen Zentrums nach billigen Rohstoffen für seine Industrien bedient wurden:

„Some of the major functions of the state machinery, then, are to coordinate relations between a largely pre-capitalist rural economy and international capitalism and, simultaneously, to ensure an increasing internal appropriation of surplus.“ (Boesen, 1979, S.141)

Die Kollektivierungspolitik kann in dieser Tradition verortet werden: Koloniale Politiken der Mehrwertextraktion wurden unter einem neuen ideologischen Deckmantel fortgesetzt (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.68) und die Abhängigkeit der Bäuer_innen vom Weltmarkt sogar vergrößert, zum Beispiel durch das Einführen von Hybridsamen, Düngern und Insektiziden (Rugumamu, 1997, S.135).

Vor diesem Hintergrund ist auch der massive Entwicklungshilfebezug Tanzanias zu verstehen: eine in ein internationales System eingebundene Führungsklasse war auf externe Gelder angewiesen, um ihr engagiertes Entwicklungsprojekt voranzutreiben. Dies musste in einer Geschwindigkeit geschehen, die bald (am besten vor der nächsten Wahl) sichtbare Erfolge zeitigt, um die eigene Existenz und Machtposition zu legitimieren, auch wenn das eine größere Abhängigkeit von externen

Geber_innenstaaten bedeutete und das Ziel der *self-reliance* untergrub (McHenry, 1994, S.166):

„To the political establishment, foreign aid was a blessing in disguise. Compared to other Sub-Saharan countries, the state in Tanzania was able to enjoy sustained political legitimacy and stability. As earlier emphasized, the primary goal in politics is survival.“ (Rugumamu, 1997, S.184)

Severine Rugumamu legt in seinem Werk „Lethal Aid – The Illusion of Socialism and self-reliance in Tanzania“ dar, wie Entwicklungshilfe immer auch Abhängigkeiten (finanziell, technisch, politisch) und Konditionalitäten bedeutet (Rugumamu, 1997) und auch Nyerere selbst sah, dass Entwicklungshilfe eine Abgabe der eigenen Staatssouveränität nach sich zieht (Nyerere, 1968). Noch 1966 hatte Nyerere einige Prinzipien für Tanzania festgelegt, darunter auch folgendes, den hier dargelegten tatsächlichen Entwicklungen widersprechendes, Prinzip:

„The first responsibility of the Government – its first principle – is the protection of Tanzania’s independence and its freedom to determine its own policies, both internal and external. This is really nothing more than the continuation of the freedom struggle under new circumstances.“ (Nyerere, 1968, S.189)

Doch nicht nur der Developmentalismus als Leitideologie des neuen Staates führte dazu, dass sich der Staat mit externen Mitteln schnelle Erfolge erkaufen wollte. Ein weiterer Grund, warum sich die herrschende politische Klasse bereitwillig in die Abhängigkeit von Geber_innenstaaten begaben, lag auch darin, dass diese nach der Unabhängigkeit neu formierte Klasse danach strebte, sich eine eigene ökonomische Basis aufzubauen: Durch den Kolonialismus hatten die neuen politischen Führer_innen großteils noch keinen nennenswerten Reichtum aufbauen können und auch der TANU-Leadership-Code verbot ihnen, Landbesitz, Fabriken oder sonstige Reichtümer aufzubauen. In der Politik ließ sich jedoch gutes Geld verdienen und solange das Geld aus der Entwicklungshilfe floss und klientelistisch verteilt werden konnte, war auch der eigene Posten sicher: „Power is, after all, about wealth, status, and influence for those who wield it“ (Rugumamu, 1997, S.267).

Ein Entwicklungsstaat benötigt auch Devisen, um mehr und mehr moderne Technologien aus den Staaten der wirtschaftlichen Zentren importieren zu können, die die wirtschaftliche Entwicklung, zum Beispiel durch erhöhte Produktivität, beschleunigen sollen (Nyerere, 1968, S.321, S.168). Diese Teilnahme am Weltmarkt war, wie bereits beschrieben, noch nach kolonialen Mustern organisiert und stellte Tanzania vor ein auch heute noch gültiges Dilemma:

„Even when these nations try to break free from their colonial heritage, that is, their dependence on the export of primary products, through the implementation of development plans directed at diversifying their economies, they generally need foreign currency to achieve this. But they can only access foreign currency by exporting primary products, which again increases their dependence on exports.“ (Coronil, zitiert in Svampa, 2012, S.43)

Am Weltmarkt werden jene Staaten, die bereits große wirtschaftliche und politische Macht inne haben, bevorzugt, Ungleichheiten werden reproduziert und vertieft (Rugumamu, 1997, S.32). Mit der Entscheidung, am Weltmarkt reüssieren zu wollen und auch mit jener, internationale Investor_innen dazu zu bringen, ihr Geld in Tanzania zu investieren, ist jedoch eine weitere tiefgreifende Konsequenz verbunden: Wer in diesem Spiel mitspielen will, muss sich auch an die Regeln halten und die kapitalistische Funktionsweise des Weltmarktes akzeptieren und übernehmen. Auch wenn der Staat in Tanzania zum Beispiel die landwirtschaftlichen Exporte kontrollierte, so waren die Bäuer_innen vermittelt über die Vermarktungsagenturen der Konkurrenz am Weltmarkt, seinen terms of trade und deren Preisschwankungen ausgesetzt und unterworfen. Eine sozialistische, von den Produzent_innen getragene Entwicklung mit ihrem eigenen Tempo wird damit unmöglich, will sich der Staat durch schützende Subventionen nicht heillos überschulden, denn letztendlich muss er als staatlicher Gesamtkapitalist für die „Versäumnisse“ seiner Produzent_innen gerade stehen. Auch die Renditenerwartungen der Investor_innen wollen erfüllt werden, was zum Beispiel den uneingeschränkten Respekt vor privatem Eigentum, ein Grundpfeiler des Kapitalismus, erfordert. Allein schon das Anerkennen von am Weltmarkt handelbarem und konvertiblem Geld bedeutet anzuerkennen, was Geld repräsentiert, bzw. verschleiert. Sozialismus wird durch die Zwänge, denen ein Entwicklungsstaat bei

seinem Modernisierungsprojekt unterworfen ist, „auf eine Verstaatlichung kapitalistischer Kategorien reduziert, statt ihre Abschaffung ins Auge zu fassen“ (Kurz, 2009).

„Capital seems to have been understood as physical machinery of even finance, but not as a social relation embodying certain defined objectives.“
(Rugumamu, 1997, S.139)

Das Eintreten in den Weltmarkt, das Übernehmen kapitalistischer Kategorien und der selbst auferlegte Zwang zu immer mehr Produktion hatten nicht nur Auswirkungen darauf, wie sich der Staat institutionell organisieren und verhalten sollte, sondern bedingten auch, dass der Entwicklungsstaat bestimmte Anforderungen an die ihm unterworfenen Bevölkerung stellte. Jede_r einzelne musste produktiver werden und ein Schlüssel dazu war, neben einer auf das Arbeitsleben ausgelegten Bildung, vor allem, ausgehend von der Armee und der Schule, die Disziplin als politische Technologie (Demirovic, 2008, S.28). Weltweit war immer wieder von Kolonialadministrator_innen und den ihnen nachfolgenden Entwicklungsbeamt_innen die Klage von „faulen“ Untertanen mit zu wenig Arbeitsdisziplin zu hören (Hafner, 1998, S.80). Auch in Tanzania wurde individuelles oder gruppenspezifisches Handeln, welches wirtschaftliches Wachstum gefährdete, oder sich nur der staatlichen Kontrolle entzog, in wachsendem Ausmaß als Gefahr für das nationale Entwicklungsprojekt angesehen (Jennings/Mercer, 2011, S.12). Diese Einstellung, dass eine höhere Produktivität über individuellen Freiheiten steht, stand jedoch wieder im krassen Widerspruch zur ausgegebenen Losung der *self-reliance*:

„Implementation of national *self-reliance*, then, may require subordinate groups to act in ways that make them less self-reliant. This is a major problem for those charged with the task of achieving national *self-reliance*, for it involves getting people to behave in ways that violate the principle whose achievement is sought.“ (McHenry, 1994, S.162)

Es ging dabei aber nicht nur um die *self-reliance* des Staates, sondern auch um jene der führenden Klasse, da nur eine gesteigerte Produktion im landwirtschaftlichen Sektor ihre Abhängigkeit von der Bourgeoisie der wirtschaftlichen Zentren vermindern hätte

können (Hyden, 1980, S232).

Mit der Forderung nach vermehrter Disziplin der Bäuer_innen und Arbeiter_innen ging vor allem auch in den sozialistischen Staaten ein Fetisch der Arbeit einher und Tanzania war auch in diesem Punkt keine Ausnahme. Arbeit muss von der Bevölkerung als Lebensinhalt, als „end in itself“ gesehen werden, um eine moderne, produktive Gesellschaft aufzubauen. Wenn diese Ideologie von den Arbeiter_innen und Bäuer_innen nicht angenommen wird, muss eben Zwang angewandt werden, um das gewünschte Verhalten herbeizuführen (Hyden, 1980, S.222/S.223), Passend zum aus dem militärischen übernommenen Topos der Disziplin, wurde auch der Armut der Krieg erklärt:

„It is a declaration of war; and everyone of us is a soldier. Our weapons are our hands and brains; our ammunition is our disciplin and our determination.“ (Nyerere, 1964, S.9)

In solch einem heraufbeschworenen Ausnahmezustand ist kein Ausscheren aus der Ordnung erwünscht und es ist bekannt, wie mit desertierenden Soldat_innen im Krieg verfahren wurde und wird. In diesem Ausnahmezustand kommt auch eine Ethik des Verzichts zum Tragen, die Leiden und Entbehrungen in der Gegenwart mit einer versprochenen goldenen Zukunft legitimiert. Dies ist eine zutiefst eurozentristische (christliche) Einstellung, die von den Menschen in Tanzania verlangt wurde (Esteva/Prakash, 1998, S.209). So ist auch Nyereres Vorstellung von den Aufgaben einer Gewerkschaft, dass diese zuallererst mithelfen soll, die Produktivität zu steigern, und sich erst danach, also in der goldenen Zukunft, für faire Arbeitsbedingungen und höhere Löhne einsetzen soll, zu verstehen (Nyerere, 1968, S.404). Wieder soll eine Organisation, statt die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, diesen die Interessen des Staates aufoktroieren:

„Workers' committes and TANU branch committees were no longer permitted to echo only the worker's voice. Instead, they were expectet to educate workers, discipline them, and where necessary, serve as conciliatory organs.“ (Hyden, 1980, S.169)

Nur die Forderung, hart zu arbeiten, wird natürlich meist ins Leere laufen und so ist es

auch immer eine der Aufgaben des Staates gewesen, die Menschen von Lohnarbeit bzw. von der Geldwirtschaft abhängig zu machen. Eine Möglichkeit, die Menschen dazu zu bringen ihre Arbeitskraft fremdbestimmt zu veräußern, besteht darin, ihnen den Zugang zu den von ihnen benötigten Produktionsmitteln zu verwehren (Holloway, 2006, S.44). Diese Möglichkeit ist bei Bäuer_innen, die sich in die Subsistenz zurückziehen können, natürlich beschränkt, wobei die in Tanzania durchgeführten Umsiedlungen und das Gebot, in für den Staat produzierenden Kollektiven statt für die eigene Subsistenz zu arbeiten, dieser Möglichkeit entgegenarbeiten sollte: ihre eigenen Produktionsmittel werden ihnen so genommen und ihre Arbeitskraft dem Markt zugeführt. Neben Zwang war auch das Eintreiben von Steuern schon in der Kolonialzeit ein probates Mittel, die ländliche Bevölkerung in die Geldwirtschaft einzugliedern (nur nicht zu ihrem eigenen Vorteil), wobei Zwang und Steuern in diesem Bestreben auch Hand in Hand gehen konnten: Wer nicht zahlen kann, muss zusätzlich eine Strafe zahlen und seinen/ihren Schuldendienst sogar in Naturalien abbezahlen. Wer dazu nicht fähig war, wurde inhaftiert. In Tanzania wurde diese Praxis zwar 1969 abgeschafft, jedoch in den frühen 1980er Jahren wieder eingeführt. (McHenry, 1994, S.81/S.82).

Der Staat, seine Institutionen und Gesetze waren auf die totale Entwicklung ausgelegt und die Bevölkerung verkam zum fremdbestimmten Werkzeug auf dem Weg in die Moderne.

3.3 Die Nation

Noch 2011 wurde Nyerere von Jennings und Mercer in ihrem Artikel „Rehabilitating nationalisms“ dafür gelobt, erfolgreiches nation-building betrieben und damit mit zur Stabilität des tanzanischen Staates beigetragen zu haben (Jennings/Mercer, 2011). Auch bei Hyden (Hyden, 1980) und Stoger-Eising (Stoger-Eising, 2000) wird dies als eines der als positiv zu bewertenden Erbe des tanzanischen Sozialismus genannt.

Tanzania als Nation kann auch als eines der Erben des Kolonialismus angesehen werden. Zwar nicht, was daraus wurde, aber die Grenzen, in denen sich die Menschen als der Nation Tanzania zugehörig zu fühlen hatten, waren aus dieser Zeit vorgegeben – und willkürlich. Dennoch wurde von Nyerere postuliert, dass innerhalb dieser Grenzen, von einem Tag auf den anderen, nur ein Volk gelebt hat (Nyerere, 1976, S.25).

Nach Franz Fanon ist nation-building ein wichtiger Teil von state-building, wenn der Mensch als Teil einer Nation, einer Schicksalsgemeinschaft (zb. vereint durch die Erfahrung des Kolonialismus und den Befreiungskampf) angerufen wird, um dann doch die Interessen der herrschenden Klassen zu bedienen (Jennings/Mercer, 2011, S.10). Nationalismus wird so zu einer Kraft des Fortschritts und Wandels, auch, da durch diesen definiert wird, wer ein_e gute Tanzanianer_in ist und wer nicht und wie mensch sich dafür verhalten muss. Eine Voraussetzung, um ein_e gute_r Bürger_in zu sein, war die Loyalität zum Staat (Brennan, 2006, S.398). Die alles umfassende Klammer in diesem nationalen Projekt war der Kampf gegen die Armut und für rasche wirtschaftliche Entwicklung (ebd., S.11).

Mit dem Konzept der Nation kann der Staat die Richtung für Millionen (abstrahierter) Menschen, die als nationale Volksgemeinschaft imaginiert werden, vorgeben, da auch dieses eine Legitimationsquelle seiner Macht darstellt. Zu diesem Zweck wurde und wird gerne das Bild der Nation als großer Familie bemüht (Brennan, 2006, 395), was oft zu dem Trugschluss führt, auch eine Nation kann wie eine Familiengemeinschaft gesehen und geregelt werden (siehe Nyerere, 1979, S.18 – wobei ich Nyerere keinen so engstirnigen Nationalismus wie jenen europäischer Prägung vorwerfen möchte, da dieser die sozialistische Solidarität auf alle Menschen, vor allem in Afrika, ausdehnen wollte):

„Attempting to modernise a state composed of many languages and about 140 ethnic groups thrown together by arbitrary colonial boundaries is surely dissimilar from respected elder sitting under a tree and talking till they agree.“ (Stoger-Eising, 2000, S.12)

Auch die Referenz auf eine gemeinsame, nationale, vorkoloniale Vergangenheit ist vor diesem Hintergrund von Grund auf zu hinterfragen (Jennings/Mercer, 2011, S.8). Auch die ideale kommunistische Gesellschaft hat vor dem Kolonialismus so kaum, bzw. nie, existiert und schon bevor die Kolonialmächte Tanzania beherrschten, war die Geldwirtschaft verbreitet und die Gesellschaft sozial geschichtet (Baldus, 1976, S.229; Schicho, 1998, S.132). Auch jene Aspekte vorkolonialer Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse, auf die sich Nyerere tatsächlich beziehen konnte, waren durch Kolonialismus und Weltmarkteingliederung irreversibel verschüttet (Baldus,

1976, S.50):

„Universalisierung ebenso wie Naturalisierung sind Teil der enthistorisierenden Stoßkraft von Ideologie, die stillschweigend leugnet, daß Vorstellungen und Überzeugungen spezifisch für eine bestimmte Zeit, einen bestimmten Ort oder eine bestimmte Gesellschaftsgruppe sind.“ (Eagleton, 2000, S.73)

Die Nation als Akteurin im Entwicklungsprozess anzurufen, verschleiert auch den Umstand, dass gesellschaftliche Verhältnisse nie nur national bestehen, die Vermittlung dieser Verhältnisse durch Geld enthebt sie jeglicher territorialer Bindung (Holloway, 2006, S.25). Wird die Existenz einer Nation mit ihrer Nationalökonomie als gegeben hingenommen, wird auch die Grundlage für den Gedanken geschaffen, dass der Staatsapparat übernommen werden muss, um die Gesellschaft zu verändern (ebd., S.115). Auf dieser Illusion gründet auch die Vorstellung der Demokratie (ob jetzt in einem demokratischen oder sozialistischen Staat), obwohl trotz unterschiedlicher Wahlergebnisse der Staat intern und eben auch extern strukturellen Zwängen unterworfen ist, wodurch sich seine Versprechen, bzw. jene der Parteien, oft als leer erweisen (ebd., S.218; Nyerere, 1968, S.189). Selbst wenn der Staat wirtschaftlich und politisch erfolgreich im Weltsystem agiert, heißt das aber ja auch nicht, dass dadurch die individuelle Freiheit und *self-reliance* vergrößert wird - Individuelle Selbstbestimmung und Staatssouveränität sollten daher nicht durcheinandergebracht werden (McHenry, 1994, S.165):

„Selbstbestimmung und Staatssouveränität werden durcheinandergebracht, obgleich tatsächlich die Existenz des Staates selbst, als Form gesellschaftlicher Verhältnisse, der absolute Gegensatz zu Selbstbestimmung ist.“ (Holloway, 2000, S.27)

Ein weiteres gewichtiges Argument dagegen, die Nation als Vehikel der Staatskonsolidierung und als Legitimation für die Teilnahme am staatlichen Entwicklungsprojekt zu verwenden, ist jenes, dass die Definition von Menschen innerhalb arbiträrer Grenzen als Volk mit einem gemeinsamen Schicksal auch immer ein Außen, also Menschen, die nicht der Nation zugehörig sind, produziert und „[s]chon

allein die Existenz des Staates ist eine Diskriminierung der Nicht-Staatsbürger als ‚Ausländer‘ (Holloway, 2000, S.118). Nyerere verwehrt sich gegen jeglichen Rassismus und Ausschluss aufgrund der Nationalität, doch durch die Mechanismen staatlicher Machterhaltung konnten nicht wenige Politiker_innen und Beamt_innen nicht widerstehen, Sündenböcke zu finden, die nicht zur Nation gehörten, oder einfach so definiert wurden. Dieser ausschließende nationalistische Diskurs war jedoch nicht nur in der Hand der Partei, sondern wurde auch von der Bevölkerung diskriminierend aufgenommen, um dann wieder von Politiker_innen aufgegriffen zu werden:

„Nationalists thus could be pragmatic enough to utilize such profoundly 'unmodern' means to meet distinctly modern goals of *maendeleo* or 'development'. (Brennan, 2006, S.413)

Dies ging so weit, dass 1983 staatenlos gestrandeten Menschen aus Indien, so wie anderen Flüchtlingen, die Einreise verweigert wurde (ebd., S.408). Vor allem „asiatische“ Tanzanianer_innen bekamen den nationalistischen Hass zu spüren (Jennings/Mercer, 2011, S.11). Auch staatsintern wurden jene Menschen, die nicht dem Idealbild, wie ein Mitglied der Nation zu sein hat, entsprachen und denen unterstellt wurde, das nationale Entwicklungsprojekt zu untergraben, als nationale Feinde abgestempelt (Brennan, 2006, S.397; Nyerere, 1975, S.44).

3.4 Die Partei

Die TANU übernahm ein koloniales Erbe und ihr Ziel war es, die vormals von der Kolonialmacht kontrollierte Macht nun selbst, im Interesse der Bevölkerung, auszuüben. Viel von der Bürokratie (deren Einstellungen, Gebäude, Habitus) wurde übernommen, nur natürlich mit anderen Zielen (Nyerere, 1976, S.105). Damit wurden auch Funktionsweisen der kolonialen Macht übernommen (Holloway, 2000, S.26).

Der Befreiungskampf der TANU richtete sich gegen die staatliche Beherrschung, die von einer Kolonialadministration ausging, aber nicht gegen die staatliche Beherrschung und die daraus folgenden Systemzwänge selbst (Esteva/Prakash, 1998). Bei der Übernahme des Staates wurde nur die Frage gestellt, wessen Macht abgelehnt werden

sollte und nicht jene, ob die Machtausübung über andere selbst infrage gestellt werden sollte. Die Partei ist selbst Ausdruck dieser Staatsfixiertheit und darauf ausgelegt, letztendlich durch den Staatsapparat Macht über andere auszuüben (Holloway, 2000, S.28; Rugumamu, 1998, S.132). Die Partei wurde als institutionalisierte Ideologie betrachtet, durch deren Kanäle sozialistische Haltungen bis in den letzten Winkel Tanzanias getragen werden sollte (Boesen, 1977, S.13) – es wurde also davon ausgegangen, dass die Partei die richtige Einstellung, die dem Rest der Bevölkerung noch fehlte, vertrat.

Dem eigenen Selbstverständnis nach sollte die TANU letztendlich die gesamte Staatsmacht repräsentieren und die Richtlinien, nach denen die Regierung ihre Politik ausführen muss, vorgeben: „Praktisch führt unsere Partei die Nation“ (Nyerere, 1975, S.45). Nach der Unabhängigkeit war es ein Ziel der Partei, die Kontrolle über die ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Belange immer mehr zu übernehmen (Boesen, 1979, S.138). McHenry beschreibt das Tanzania zur Zeit der Einparteienherrschaft als Part-Party-State, da es formal zwar eine Regierung gab, diese aber ohnehin untrennbar mit der Partei verflochten war und ihr letztendlich unterstand (McHenry, 1994, S.58).

Dieses Supremat der Partei wurde durch die Gleichsetzung der Bevölkerung mit der Partei und dieser mit dem Staat gerechtfertigt (McHenry, 1994, S.49): die Partei sollte den Willen der Bevölkerung repräsentieren und der Staat unter der Kontrolle der Partei aktiv in die ökonomische Entwicklung Tanzanias eingreifen, um diesen Willen zu erfüllen (vgl. Nyerere, 1968, S.232, Nyerere, 1976, S.11). Zu diesem Zweck sah es Nyerere als angebracht an, dass das Volk seine Macht und Verantwortungen an die Parteiführung weitergab. Einen Grund dafür sah Nyerere darin, dass das Volk die ökonomischen Probleme nicht verstehen würde und eine gebildete Führungsschicht die Führung übernehmen müsste, um die Nation zu entwickeln. Sozialismus kann nach seinen Ausführungen den Menschen nicht aufoktroziert werden, aber aufgeklärte Führer_innen können sie zum Sozialismus führen (Nyerere, 1968, S.39, S.310).

Damit das sozialistische Projekt auch funktioniert, sollten diese Führer_innen kompromisslos sozialistische Ideale vertreten (Nyerere, 1968, S.235), denn immerhin ist es die „Pflicht einer sozialistischen Partei [...] alle Aktivitäten der Massen zu leiten“ (Nyerere, 1976, S.104):

„Die Regierung, staatliche Unternehmen und nationale Organisationen etc. sind Mittel zur Ausführung der Parteipolitik. Die kurze Geschichte unserer Unabhängigkeit läßt Probleme erkennen, die dann entstehen, wenn eine Partei nicht den Einsatz ihrer Mittel beherrscht. Jetzt ist für die Partei die Zeit gekommen, die Zügel in die Hand zu nehmen und alle Aktivitäten des Volkes zu leiten.“ (Nyerere, 1976, S.104)

1981 wurde die *mwongozo* (was in etwa Richtlinie, Anleitung bedeutet) verabschiedet, in der der Status der Parteiführung (zu diesem Zeitpunkt war die TANU durch den Zusammenschluss mit Zanzibar in der CCM aufgegangen) als „frontline fighter“ im Kampf um die Errichtung eines sozialistischen Staates beschrieben wurde und schon 1967 deklarierte Nyerere, dass die Parteiführung den Weg zur Entwicklung des Landes und der Nation zeigen müsse (Nyerere, 1968, S.395), was einiges über das Selbstbild dieser Führer_innen verrät. Die Menschen seien bereit gewesen für Entwicklung, nur die richtige Führung hätte ihnen noch gefehlt (Nyerere, 1968, S.31; Boesen, 1979, S.126).

Eine weitere Aufgabe dieser Führung war, den Menschen die sozialistischen Grundsätze Tanzanias zu erklären, sie sollte neben der Leitung auch die Erziehung des Volkes übernehmen (Nyerere, 1976, S.23). Dass diese Vorstellung einer avantgardistischen Parteiführung den demokratischen Prinzipien eines Sozialismus von unten widersprach, wurde dabei nicht berücksichtigt:

„There is an apparent irony in Tanzanian socialism: On the one hand, it stresses the importance of leadership; on the other hand, it stresses the importance of democracy. The former emphasis implies that Tanzanian socialism is known at the top and propagated to the masses, whereas the latter implies that Tanzanian socialism is known at the bottom and propagated to the top.“ (McHenry, 1994, S.47)

Vor diesem Hintergrund ist auch die Dezentralisierungspolitik der Einheitspartei zu analysieren: Als diese ihre Macht über die Regierung konsolidiert hatte, bzw. eine Symbiose mit dieser eingegangen war, war es an der Zeit, auch lokale Kommandostrukturen der zentralen Kontrolle zu unterwerfen (Bana/McCourt, 2005, S.5), obwohl verlautbart wurde, dass diese Maßnahmen die Eigenverantwortlichkeit auf

lokaler Ebene verwirklichen sollte (Rauch/Alff, 1997, S.161). Zivilgesellschaftliches Engagement war nicht erwünscht, dieses hätte ja auch der Parteilinie widersprechen können (Hofmeier/Hirschler, 2011, S.6). In den Schriften Nyereres wird ein freiwilliger, demokratischer Sozialismus gepredigt, während die Bürokratie und auch Nyerere in manchen Aussendungen und Schriften genau erkannten, dass eine demokratische Teilhabe der ländlichen Bevölkerung, mit den ihr eigenen Interessen und Bedürfnissen, das Modernisierungsprojekt des Entwicklungsstaates, so wie es sich die Elite vorgestellt hatte, behindert hätte (Boesen, 1979, S.142). Diese Konklusion wird quer durch die Literatur zu Ujamaa und den tanzanischen Sozialismus gezogen und an diesem Beispiel zeigt sich wieder die Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Geschehnissen und der propagierten Ideologie:

„Denn der wirklich lebenswichtige Faktor der Dezentralisierung ist unsere Bereitschaft, das gegenwärtig anscheinend vorhandene Bedürfnis, alles vom Zentrum her zu leiten, aufzugeben.“ (Nyerere, 1976, S.90)

Wie bereits erwähnt, hatte die Parteiführung zu Beginn der Unabhängigkeit keine eigene ökonomische Basis und auch sonst waren die Posten in der „Parteiaristokratie“ begehrt, da diese ein erkleckliches Gehalt und den Zugang zu Macht versprachen (Schicho, 2004, S.332), wobei der Zugang zu staatlicher Macht auch für jene, die durch Stellung und Besitz ohnehin schon mächtig waren, noch mehr Macht versprach (Popkin, 1979, S.140), da die Regierenden aufgrund der Verflechtung von Partei und Regierung ohnehin machen konnten was sie wollten (McHenry, 1994, S.220). Nyerere selbst war bewusst, welche Macht mit den Posten in der Bürokratie einherging, eben weil diese in einem Staat der Peripherie einer der wenigen Kanäle um an Geld zu gelangen waren (Nyerere, 1968, S.28).

Issa Shivji kam zu dem Schluss, dass spätestens seit 1967, als die Hinwendung zum Sozialismus auch in der staatlichen Politik angekommen war, das Projekt des tanzanischen Sozialismus in den Händen einer bürokratischen Bourgeoisie bzw. einer Staatsbourgeoisie lag, die auch mit dem Privatkapital in Freundschaftlichkeit verwoben war (vgl. Shivji, 1986, S.2-4; McHenry, 1994, S.9; Ibhawoh/Dibua, 2003, S.66; Rugumamu, 1997, S.109). Dass diese Klasse trotz wechselnder Ausrichtungen in der

Politik die selbe blieb, interpretiert McHenry so, dass die Veränderungen in der staatlichen Politik innerparteilichen Richtungskämpfen zuzuschreiben sind. Meine Beschäftigung mit dem tanzanischen Sozialismus bringt mich jedoch zu der Ansicht, dass strukturelle Zwänge, auf die sich die TANU mit der Übernahme der Macht, in einem in das kapitalistische Weltsystem eingebundenen Staat, einließ, diese Umorientierungen und Widersprüche in der staatlichen Politik eher erklären können. Das Streben nach Machterhalt und der mit dem Entwicklungsstaat einhergehende Akkumulationszwang erklärt meiner Meinung nach eher das Auseinanderklaffen von Ideologie und Praxis (vgl. Donner-Reichle, 1988, S.31).

Selbst innerhalb der Partei war mensch sich spätestens in den 1980er Jahren bewusst, dass der Großteil der in der Bevölkerung vorherrschenden Interessen nicht repräsentiert wurde (McHenry, 1994, S.55), wobei ich mir kaum vorstellen kann, dass die Führer_innen so ideologisch verblendet waren, dass sie das nicht schon vorher erkannt hatten. Viele der Führer_innen kamen zwar selbst aus bäuerlichen Verhältnissen, doch mit ihrer neuen Position hatten sich auch ihre Interessen verschoben und der Wunsch nach dem langfristigen Erhalt ihrer Macht bestimmte ihre politischen Handlungen (McHenry, 1994, S.230). So läuft auch die ständige Forderung Nyereres, dass die Bevölkerung über die staatliche Politik entscheiden sollte, ins Leere, wenn diese in Parteiführung und Regierung nicht repräsentiert wurde und im Zuge der top-down Politik eigentlich die Anforderungen des Entwicklungsstaates umzusetzen hatte (Nyerere, 1968, S.407). Der ideologische Widerspruch, dass einerseits die Partei die Bevölkerung zu führen habe (Nyerere, 1976, S.104), aber andererseits die Bevölkerung der Partei, der Bürokratie und den Fachleuten die Pläne vorgeben sollte (ebd., S.108), wurde letztendlich im Sinne der ersten der beiden Alternativen aufgelöst.

So konnte es dazu kommen, dass Politik auf Kosten der gesamten Gesellschaft gemacht wurde, um den Machterhalt von Partei und Bürokratie sicherzustellen (Rugumamu, 1994, S.267). Dieser Logik folgend, bauten Parteivertreter_innen auch ein Patronagesystem auf, um sich durch materielle Versprechungen (oft blieb es auch nur bei Versprechungen) die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern – wobei dies aber kein tanzanisches oder sozialistisches Unikum darstellt. Vor allem wenn, wie in Tanzania, ein Großteil der Bevölkerung einfach die Exit-Option in die landwirtschaftliche Subsistenz wählen kann, muss der Staat versuchen, diesen nicht

unbedingt von Staat und Markt abhängigen Menschen einen Anreiz zu geben, sein Entwicklungsprojekt mitzutragen. Die Macht und Legitimation der Herrschenden ist immer von den von ihnen Beherrschten abhängig (Hyden, 1980; Holloway, 2000, S.50), selbst die grausamste Diktatur kann nicht bestehen, solange sie nicht die Unterstützung entscheidender Teile der Bevölkerung auf ihrer Seite weiß:

„Obwohl ganz offensichtlich in einem bestimmten Sinne jede Klasse von der anderen abhängig ist, hängt doch die ausgebeutete Klasse von der ausbeutenden Klasse nur für die Reproduktion ihres Status als Ausgebeutete ab, wohingegen die Existenz der ausbeutenden Klasse überhaupt von der Arbeit der ausgebeuteten Klasse abhängig ist.“ (Holloway, 2000, S.205)

Damit sollte das Bild einer bösen herrschenden Klasse zurechtgerückt werden: Bürokrat_innen und Parteiführer_innen nutzten ihre Macht zwar zu ihren Gunsten aus, diese Macht wurde ihnen jedoch von der Bevölkerung übertragen, indem sie die Mechanismen des Staates, die Mechanismen einer zentralistischen Partei, die Versprechen des Entwicklungsstaates und die Geldwirtschaft akzeptierten (vgl. Esteva/Prakash, 1998, S.156). So verwehrt sich auch Karl Marx gegen solch eine Dichotomisierung:

„Aber es gibt kein 'sie', es gibt nur uns. Wir sind die einzige Wirklichkeit, die einzige kreative Kraft. Es gibt nichts als uns, nichts als unsere Negativität“ (Marx, zitiert in Holloway, 2000, S.202)

Auch die Partei selbst war kein ideologischer Monolith (McHenry, 1994, S.234) und die Regierung mit ihrer Politik oft im Widerspruch zu den Parteivorgaben (eben durch die strukturellen Vorgaben, in denen sich ihre Staatspolitik bewegen musste):

„In theory, the two institutions are distinguished by their functions; i.e., the party makes policy and the government implements it. In other words, the former performs the political function and the latter the administrative one. But the reality is different. There has been a worldwide trend toward assumption of the political function by those who administrate.“ (McHenry, 1994, S.56)

Nyerere selbst erkannte in einer Rede im Jahr 1981 klar, dass die Regierungsorgane immer das letzte Wort hatten und die Notwendigkeit den Staat zu administrieren, also den status quo aufrecht zu erhalten, immer Vorrang vor den Wünschen der Bevölkerung hatte (vgl. McHenry, 1994, S.59).

Ohnehin dürfte die „socialist attitude of mind“ des Führungskaders in Partei und Regierung nicht so ausgeprägt gewesen sein, wie es für jene, die das noch unwissende und ideologisch noch nicht gefestigte Volk, in eine sozialistische Zukunft führen hätten sollen, zu erwarten gewesen wäre: Nyerere klagte darüber, dass das sozialistische Verständnis der Parteimitglieder kaum vorhanden war (ebd., S.28). Auch innerhalb der Partei wurden patronale Verhältnisse aufgebaut und viele Mitglieder der unteren Ränge nahmen aus rein opportunistischen Gründen die offizielle Rhetorik an, um von der Partei aufgenommen zu werden (ebd., S.32). Macht korrumpiert.

3.5 Ujamaa als ideologisches Feigenblatt staatlicher Siedlungspolitik

Nachdem die ländliche Bevölkerung nicht in gewünschter Geschwindigkeit und nicht im angestrebten Ausmaß in Ujamaa-Dörfer zog und kooperative (Mehrwert)Produktion die Ausnahme blieb, begann die enttäuschte Führung ab 1969 eine massiv betriebene Siedlungspolitik, um das Zusammenleben und die Produktionsverhältnisse der Bäuer_innen den Anforderungen des Staates und der Mehrwertproduktion unterzuordnen (Jennings, 2008, S.49). Aus Bäuer_innen sollte staatliche Arbeitskraft werden.

Diese Siedlungspolitik stellte einen massiven Eingriff von außen in das Leben der Landbevölkerung dar, stand im Gegensatz zu ideologischen Losungen der Freiwilligkeit und stieß tatsächlich auf das Misstrauen der Bäuer_innen – bis zu offener Ablehnung (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.68). Die unter modernisierungstheoretischen Prämissen geplanten Siedlungen und die mit diesen einhergehende Intention, die Produktion in der Landwirtschaft neu zu organisieren, widersprachen massiv den landwirtschaftlichen Praktiken der meisten Bäuer_innen, sie waren ja auch nicht von diesen geplant und eingeführt (ebd., S.70; Hyden, 1980, S.149).

Die Bäuer_innen waren bestrebt, ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zu erhalten (auch der informelle Sektor war eine Exit-Option; Tsurata, 2006, S.1, S.11) und die Einführung eines neuen Produktionssystems, bei dem sie auf den Ankauf von Düngern oder technischen Hilfsmitteln angewiesen sind, bedrohte diese Freiheit, das eigene Leben selbst zu bestimmen (Hyden, 1980, S.64). Die Vorstellung, für den Staat zu arbeiten, befremdete die Landbevölkerung und so wurden immer wieder Schlupflöcher gesucht, um die eigene Subsistenzautonomie zu erhalten (Boesen, 1979, S.131, S.141, Hyden, 1980, S.105):

„Die Schwierigkeiten, die der Staats- und Parteiapparat den Bauern gemacht hatte, führten auch dazu, dass diese sich vor dem Staat in die Subsistenz zurückzogen oder mit ihrer Produktion auf parallele Märkte gingen.“
(Schicho, 2009, S.184)

Der ideologische Appell an ihre moralische Verpflichtung, der Entwicklung der Nation zu dienen, reichte anscheinend nicht aus (Schicho, 2004, S.329; Baldus, 1976, S.231), höchstens staatlich bereitgestellte materielle Anreize zogen, vorerst, das gewünschte Verhalten nach sich – dies war erstens nicht nach Nyereres Intention der *self-reliance*, zweitens Grundlage für ein staatliches Patronagesystem und drittens außerhalb der finanziellen Kapazitäten des Staates (Baldus, 1976, S.161).

Schon Marx attestierte den Parzellenbauern, dass sie für politische Organisation unerreichbar wären und nur durch autoritäre Führung in Bewegung gebracht werden könnten (Marx, 1869) – er beklagte dies und übersah dabei, dass sich Subsistenzbäuer_innen sehr wohl politisch organisieren, doch eben nur, wenn dies in ihrem Interesse ist (vgl. Popkin, 1979). Auch Kooperation wurde angewandt und Tanzania hätte eigentlich selbst Beispiele dafür geliefert, wie sich die ländliche Bevölkerung selbst organisieren kann, wenn sie darin Vorteile für sich erkennt (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.68 - zum Beispiel der Ruvuma Development Association später).

Subsistenzbäuer_innen brauchen Karl Polanyi zufolge keinen Markt und keinen Staat, da sie ihre Bedürfnisse durch ihre eigenen Institutionen befriedigen können. Um sie für die Ziele des Entwicklungsstaates einzuspannen, müssen die traditionellen Institutionen zerstört und ihre Adaption bzw. ihre Wiederkehr verhindert werden (Popkin, 1979,

S.10), wobei diese Formulierung meiner Meinung nach zu extrem ist, da auch durch ökonomische Anreize Menschen in den Markt eingegliedert werden können – nur dass dies für Individuen gilt und für ganze Gesellschaften in der Geschichte eher selten vorgekommen ist (vgl. Bockhorn/Grau/Schicho, 1998).

John Holloway gibt Karl Marx' Geschichte von Herrn Peel wieder, der reich an Geld war und mit 3000 Menschen aus der Arbeiterklasse von England nach Australien zog, um diese dort für ihn arbeiten zu lassen. Dort gab es jedoch genug Grund und Boden für alle, sodass die Arbeiter_innen es vorzogen, diesen für sich selbst zu bestellen, statt für Herrn Peel zu arbeiten, also ihre Arbeitskraft für jemand anderen zu veräußern: er hörte damit auf, Kapitalist zu sein. Eine Lösung für sein Problem wäre es, die Menschen, so wie es in England bereits der Fall war, von ihren Produktionsmitteln zu trennen und durch die Einführung von begrenztem Eigentum ihr Überleben von ihm abhängig zu machen (Holloway, 2000, S.237). Diese Lösung wurde durch die Einführung der Ujamaa-Dörfer als neuer Siedlungsform und der Loslösung der Bäuer_innen aus ihrer Subsistenz auch in Tanzania angestrebt.

Da die materiellen Anreize nicht den gewünschten Umfang an Umsiedlungen in Ujamaa-Dörfern nach sich zogen, wurde die Devise „To live in villages is an order“ propagiert und die Umsiedlungen auch mit Zwang umgesetzt. Dies geschah sogar in Gebieten, in denen bereits Menschen ansässig waren und Widerstand gegen ihre Enteignung leisteten (Schneeweis, 2002, S.79). Schon ab 1969 war Ujamaa das Projekt der staatlichen Einverleibung der zivilen Gesellschaft (Jennings, 2008, S.171, Boesen, 1979, S.140), 1973 wurde das Ujamaa-Dorf zur einzig zulässigen Siedlungsform erklärt (Schneeweis, 2002, S.77) – keine_r sollte dem Staat entgehen und ein Rückzug in die Subsistenzwirtschaft verhindert werden (Schneeweis, 2002, S.64). So kam es auch zu der Auffassung, die Gründung der Siedlungen wäre eine staatliche Angelegenheit, Eigeninitiative war nebensächlich, wenn nicht unerwünscht (Boesen, 1977, S.14).

Gewünscht waren quantitative Erfolge, worunter auch die eigentliche Qualität der Ujamaa-Dörfer litt, nämlich deren kooperative Produktionsweise (Schneeweis, 2002, S.103), welche im Laufe der Zeit immer mehr zur Nebensache geriet, auch weil es für die „Erfolgsstatistiken“ bezüglich der erwarteten vorweisbaren Siedlungsgründungen der ausführenden Bürokrat_innen unerheblich war. Um ihre Machtposition zu legitimieren, mussten sie Erfolge vorweisen. Nur mehr die Geschwindigkeit des

Unterfangens zählte für die staatlichen Institutionen und vor allem ab 1973-1974 kann nur mehr von einer Umsiedlungspolitik, statt einer sozialistischen Transformation der Produktionsverhältnisse, gesprochen werden (Boesen, 1979, 128). Davon, dass, wie Nyerere 1968 noch selbst ausführte, die Bevölkerung selbst das Tempo vorgeben sollte, war zu diesem Zeitpunkt schon nichts mehr zu sehen (vgl. Nyerere, 1975, S.24). Dies ist mit ein Grund für das Scheitern von Ujamaa (Schicho, 2004, S.329), der Staat – und nicht die Bevölkerung selbst – gab das Tempo nach seinen eigenen Bedürfnissen vor (Boesen, 1979, S.129).

Quantitative Erfolge waren aber nicht nur im Bezug auf Neugründungen gefordert, sondern auch im Bezug auf die Produktivität, wodurch die kooperative Produktionsweise, obwohl ein Kernstück der Ujamaa-Ideologie, ein weiteres Mal in den Hintergrund geriet (Jennings, 2008, S.55, S.171). Die neu gegründeten Siedlungen wurden nicht einmal mehr unter dem Label Ujamaa geführt, sondern wurden als „planned villages“ oder „development villages“ bezeichnet:

„The party stand was now that production had to be overcome at any cost; the form of production was relegated to secondary importance.“ (Hyden, 1980, S.143)

Schon 1975 hielt die Weltbank in einem ihrer Berichte fest, dass die Regierung keine kommunale Landwirtschaft mehr förderte (Freyhold, 1979, S.112):

„This assessment of official policies was correct. By 1972 there was already a government directive advising the regions to promote blockfarms rather than communal farms and the big resettlement campaigns launched in 1974 had nothing to do with communal production and destroyed most of the communal enterprises that had been created in the preceding period.“ (Freyhold, 1979, S.112)

Da durch die Umsiedlungen, der kolonialen Tradition folgend, die bäuerlichen Produktionsverhältnisse aufgebrochen und unter staatliche Kontrolle gestellt wurden, konnte die rurale Ökonomie besser in den Weltmarkt eingegliedert werden (Baldus, 1976, S.18). Staat und Markt bedürfen Menschen, die ihrer bedürfen und ihr Erfolg hängt davon ab, die Menschen von ihnen abhängig zu machen (Esteva/Prakash, 1998,

S.122). Im Falle eines Entwicklungsstaates hat dieser darüber hinaus das Interesse, dass seine Untertanen durch Produktionssteigerungen immer mehr Devisen erwirtschaften, um die versprochene ökonomische Entwicklung auch bewerkstelligen zu können. Grundlegende Strukturen in Produktion, Distribution und Herrschaft wurden aufgrund der Exportausrichtung aus der Zeit des Kolonialismus übernommen (Boesen, 1979, S.131). Ujamaa war eine Weiterführung des transformation approaches (Jennings, 2008, S.48). Diese weiter bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse förderten auch das Aufkommen eines Phänomens, dass Shivji und Raikes als „Kulak Ujamaa“ bezeichnet haben: Reiche Bäuer_innen nutzten die Ujamaa-Dörfer durch das Erlangen von Führungspositionen für ihre eigenen Zwecke und pervertierten damit die ursprüngliche Intention kommunalen Zusammenlebens (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.68, Hyden, 1980, S.77). Als Fortführung dieser Machtstrukturen kann im Zusammenhang mit Ujamaa auch die Tatsache gesehen werden, dass die Umsiedlungen vor allem auf die ökonomisch ärmeren Schichten der Bäuer_innenschaft abzielten und jene mit engen Verbindungen zur Führer_innenschaft unbehelligt blieben (Boesen, 1979, S.130).

Wenn ich von Ujamaa auch als Ideologie gesprochen habe, wollte ich damit auch hervorheben, dass die in diesem Diskurs formulierten normativen Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft nichts mit jenen Normen von Produktionssteigerung, staatlicher Umsiedlung und der Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt zu tun hatten und diesen widersprachen. Nichtsdestotrotz legitimierten sie die repressive Politik national und international, obwohl Tanzania letztendlich einen ähnlichen Weg wie alle anderen afrikanischen Staaten einschlug (Schicho, 2009, S.184, Boesen, , 1979, S.136):

„In dem Maße, in dem der Staat die Kontrolle über die dezentralen Entwicklungen übernahm, trat auch der Diskurs zu Ujamaa immer mehr in den Vordergrund“ (Schicho, 2009, S.185)

Der Diskurs zu Ujamaa diente im autoritären Modernisierungsprojekt des Entwicklungsstaates als Legitimation der Bürokratie, aber auch als ideologischer Kitt innerhalb dieser (Boesen, 1979, S.141). Als Aneinanderreihung humanistischer Ideale ohne konkrete Handlungsanweisungen, ließ sie den staatlichen (und internationalen) Akteur_innen jeden Freiraum, ihre eigene Interpretation, welche auch ihren eigenen

Interessen entsprach, umzusetzen (Baldus, 1976, S.34; Boesen, 1977, S.15; Boesen, 1979, S. 126; Rugumamu, 1997, S.129). Durch das Berufen auf eine vorkoloniale Vergangenheit, wodurch viele Menschen angesprochen wurden, wurden die tatsächlichen neokolonialen Verhältnisse in Tanzania verschleiert und/oder legitimiert (Stoger-Eising, 2000, S.14, Rugumamu, 1997, S.135).

Diese Diskrepanz zwischen Propaganda und dem staatlichem Streben nach Macht zeigt sich besonders am Beispiel der Ruvuma Development Association (RDA), welche bereits 1962 gegründet wurde und tatsächlich das Ziel kommunaler Zusammenarbeit verfolgte. Inspiriert von Nyereres Schriften und Reden, wurde versucht, seinen Idealen entsprechend eine alternative sozialistische Lebensweise auszuprobieren, was auch bedeutete, dass ökonomisches Wachstum nebensächlich war (Jennings, 2008, S.144, Hyden, 1980, S.75). Durch diesen Umstand wurde die RDA auch zur ideologischen Blaupause, wie ein Ujamaa-Dorf auszusehen hatte, nur widersprach dieses Ideal den Ansprüchen des Staates auf Wachstum und Kontrolle der Landbevölkerung. Hatte sie anfangs noch die Unterstützung Nyereres und der Entwicklungszusammenarbeitsorganisation Oxfam, fiel sie ironischerweise genau wegen ihrer Unabhängigkeit vom Staat, ihrer *self-reliance* und ihrer lokalen Entscheidungsfindung in Ungnade: „*self-reliance* hatte spätestens dort ihre Grenzen, wo der Einfluss der Staatsklasse gefährdet schien“ (Schicho, 2009, S.182).

Das Vorbild der RDA, zuerst als Ideal hochgehalten, gefährdete die wirtschaftlichen Pläne der Bürokratie, da ihre Prinzipien der Egalität und lokalen Entscheidungsfindung eine rasche Umsetzung der Ziele des tanzanischen Entwicklungsstaates entgegenstanden (auch im Hinblick auf die gewünschte Geschwindigkeit eben dieser). 1969 wurde die RDA durch den Staat aufgelöst und damit klar gemacht, dass es der Staat sein soll, der die Geschicke der Bevölkerung lenken sollte (Jennings, 2008, S.142).

Generell hatte der tanzanische Staat, so wie jeder andere auch, Bedenken ob unabhängiger Eigeninitiativen, die den Staat nicht brauchten und unabhängig von diesem agieren konnten (Jennings/Mercer, 2011, S.5). Auch bei den Kooperativen verhinderte der Staat ihre Unabhängigkeit, indem er sie auflöste und dann unter staatlicher Ägide wiedereröffnete (McHenry, 1994, S.175). Jede Freiheit wurde bei der Implementierung und Ausgestaltung von Ujamaa-Dörfern ausgeschaltet, es war ein staatliches Projekt (Hyden, 1980, S.99). Dies obwohl ideologisch gesehen, dieser

Prozess von unten nach oben vorstatten gehen hätte sollen (Hyden, 1980, S.117). Ujamaa wurde zum ideologischen Feigenblatt staatlich forcierter Entwicklung.

3.6 Die Situation der Arbeiter_innen

Nyerere wollte auch bezüglich der Situation der Arbeiter_innen mit kolonialen Traditionen brechen und die Arbeiter_innen in die Planung und Ausgestaltung der staatlichen Betriebe miteinbeziehen. Gleichzeitig gemahnte er sie ihrer Aufgabe, mit Disziplin am nationalen Entwicklungsprojekt mitzuarbeiten (Nyerere, 1975, .20). Da mit der Arusha Deklaration die Forderung nach Selbst- und Mitbestimmung als Ideologie, die nun auch die Politik vollends leiten sollte, staatlich ausformuliert wurde, war die (Bewusstseins-)Bildung und Partizipation der Arbeiter_innen auf der politischen Agenda. Gremien wurden in jedem Betrieb mit mehr als 10 Mitarbeiter_innen eingerichtet, um die Mitbestimmung der Arbeiter_innen sicherzustellen – wobei auch diese Institutionen eher eine ideologische Funktion erfüllten und zahnlos blieben (Musoke, 1988, S.88). Letztendlich waren diese Gremien auch nicht den Arbeiter_innen, sondern der Regierung rechenschaftspflichtig und die Arbeiter_innen alleine aufgrund ihrer Bildung und dem Macht- und Informationsgefälle innerhalb der Betriebe benachteiligt, wenn es um Entscheidungen ging:

„If, anything they are there to lure in the workers to think that they are part and parcel of the enterprise“ (Musoke, 1988, S.90)

In den Parteirichtlinien von 1971, *mwongozo*, wurde die Forderung nach Partizipation der Arbeiter_innen konkretisiert und es kam sogar zu Streiks. Manager_innen wurden aus den Betrieben ausgesperrt, um die Produktion selbstverwaltet fortzuführen. Doch die Bosse und Manager_innen verstanden ihre politischen Verbindungen zu nutzen, was dazu führte, dass durch die TANU und die staatlich kontrollierte Gewerkschaft NUTA der Selbstverwaltung der Arbeiter_innen ein Riegel vorgeschoben wurde. Die Gremien in den Betrieben wurden abgeschafft und durch solche, die durch die NUTA, also den Staat, kontrolliert und besetzt wurden, ersetzt. Der Staat hatte offensichtlich doch kein Interesse an freien Arbeiter_innenunionen (Musoke, 1988, S.92, S.93; Boesen, 1979,

S.142; Rugumamu, 1997, S.136). Selbstverwaltung wurde und wird als fehlende Disziplin interpretiert (vgl. Bana/McCourt, 2005, S.11). Tatsächlich stellten die Arbeiter_innen infolge von *mwongozo* ihre eigenen Interessen, wie zum Beispiel Besuche kranker Verwandter, statt derer des Betriebes oder der Nation, in den Mittelpunkt (Hyden, 1980, S.161), was dem Diktum nach Disziplin (dem Staat gegenüber), Produktionssteigerung und Selbstaufgabe dann doch widersprach. Dass auch *mwongozo* ein ideologisches Feigenblatt blieb, zeigt auch der Umstand, dass nicht nur die Arbeiter_innenpartizipation verhindert wurde, sondern auch die Einkommensschere zwischen Management und den Produzent_innen bestehen blieb (Musoke, 1988, S.94).

Wilbert B.L. Mapinga erklärt in „State Control of the Working Class through Labour Legislation“ (Mapinga, Wilbert B.L., 1986), dass die Arbeiter_innen durch zwei Strategien zu widerspruchslosen, produktiven Produzent_innen gemacht werden sollten. Einerseits sollte dies durch die Unterwerfung der Gewerkschaften unter das Diktat der Partei geschehen, um eine den staatlichen Entwicklungsweg störende politische Bewegung zu verunmöglichen. Andererseits sollte auch die individuelle Arbeitskraft diszipliniert werden. Ein Beispiel dafür stellt der Disciplinary Code dar, der den Arbeiter_innen ihre Pflichten vorgab (Mapinga, Wilbert B.L., 1986, S.87, S.96).

„The neocolonial state is thus enmeshed in an irreconcilable contradiction between the interests of labour and capital.“ (Mapinga, Wilbert B.L., 1986, S.103)

4. Staat und Sozialismus

Die eigentliche Frage, die wohl hinter meiner Arbeit steht, ist jene danach, ob Nyereres gesellschaftspolitische Ideale, seine Vorstellung von Sozialismus für Tanzania, mit einem Staat überhaupt möglich war, bzw. ist, denn auch heute ist diese Frage, vor allem im Bezug auf manche lateinamerikanische Staaten, von Bedeutung, da auch in der Diskussion zu deren Entwicklung der Staat noch eine zentrale Rolle einnimmt (vgl. Daiber, 2012, S.14). Es hat sich meiner Meinung nach gezeigt, dass der Staat durch jene Qualitäten und Mechanismen, die ihn zwangsläufig als Staat auszeichnen, nicht geeignet ist, Nyereres Idealvorstellungen umzusetzen. Dies soll nicht bedeuten, dass der Staat unfähig wäre, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen anzuregen und zu leiten, sondern, dass eine sozialistische Entwicklung, die von den Menschen und ihren Wünschen selbstbestimmt getragen wird, mit einem Staat (und vor allem mit einem Entwicklungsstaat) nicht vereinbar ist.

Vor allem ein Entwicklungsstaat muss seinen eigenen Ansprüchen nach autoritär werden und Macht auf sich konzentrieren, um sein Modernisierungsprojekt, auf der Fläche eines Nationalstaates, durchführen zu können und sich damit selbst zu legitimieren. Werden Machtpositionen geschaffen, wird es auch Menschen, Klassen, Bewegungen geben, die diese in ihrem Sinne nützen werden – wobei Macht der/des einen bedeutet, dass sie Macht über andere und deren Leben verfügen: „Macht bedeutet Scheitern für diejenigen, die ohne Mittel sind, andere zu befehligen“ (Holloway, 2006, S.42).

Nyerere hat gesagt, dass Machtkonzentration den revolutionären Geist und die Initiative von unten erstickt (vgl. Nyerere, 1975, S.86), nur sagte er es in diesem Fall im Kontext eines Gesetzes (der Dezentralisierung), das die Macht von oben erst recht in das Lokale einbringen wollte. So legte er die Zukunft der Bevölkerung in die Hände des Staates mit seinem Beamtenapparat, statt auf eine sozialistische Bewegung von unten zu vertrauen. Es ist ein Charakteristikum des Staates und seiner Parteien, die eigene Macht zu sichern und auszubauen:

„Jedes Parteigebilde ist eingestellt auf die Eroberung der politischen Macht, auf das Diktat von oben. Aus diesem Grunde stehen sie jedem organischen Werden, das sich aus den Tiefen des Volkes entwickelt, feindlich gegenüber, da sie schlechterdings kein Verständnis haben für die schöpferischen Kräfte

und Fähigkeiten, die im Volke schlummern“ (Rocker, 2012, S.111)

Zentralismus, also die Konzentration der Entscheidungsgewalt, paralyisiert die unterschiedlichen Strömungen und Bewegungen in ihrem Machtbereich. Nationale Integration durch einheitliche Vorgaben steht im Widerspruch zu lokalen Initiativen und deren Wunsch danach, eigenständige Entscheidungen treffen zu können (McHenry, 1994, S.62), da einer zentralen Macht alles suspekt ist, das nicht den Stempel ihrer Partei trägt (Rocker, 2012, S.78). Würde nämlich der Fortschritt der Gesellschaft aus dezentralen und lokalen Initiativen erwachsen, wofür bräuchte es dann einen Staat, seine Bürokratie und Institutionen? Die Führer_innen und Bürokrat_innen würden ihre Macht, ihre Posten, ihr Einkommen verlieren. So kam mensch auch zu der scheinbar paradoxen Einsicht, dass der „Erfolg“ des tanzanischen Sozialismus von jenen Parteifunktionär_innen abhing, deren Interessen diesem Projekt der lokalen *self-reliance* diametral entgegenstanden – sie hatten am meisten zu verlieren, sollte sich eine autonome sozialistische Gesellschaft entfalten (Jennings, 2008, S.135).

Nyerere übersah mit seiner Parole, dass die Veränderung in den Köpfen stattfinden müsse, die staatliche Eigendynamik und deren Mechanismen von Macht und Machterhalt. Er sah zwar selbst, dass mensch nicht den Staat und den lokalen Willen gleichzeitig repräsentieren könne, aber anscheinend nicht, dass dieser Widerspruch in einem Staat nicht aufzulösen war (McHenry, 1994, S.59). Ein Beispiel wäre jenes der Umsiedlungen, die zwar der offiziellen Ideologie folgend ohne Zwang ablaufen sollten, jedoch als von oben nach unten durchgesetzte Aktion in sich schon autoritär waren. Auch die Konstruktion der Partei förderte Zwang und Gewalt, da regionale Bürokrat_innen und Politiker_innen für ihren eigenen Machterhalt, oder auch nur um die quantitativen staatlichen Vorgaben zu erfüllen, gegen den Willen der Bevölkerung handelten (Jennings, 2008, 53). Das Individuum oder lokale Interessen werden der Nation untergeordnet.

Der Staat ist nach Joachim Hirsch die „institutional expression of fundamental societal relations“ und diese sozialen Verhältnisse können daher nicht mit Hilfe des Staates, mit dem Staat als Instrument, grundlegend verändert werden (Demirovic, 2012, S.36). Der Staat ist aber nicht nur Ausdruck der Verhältnisse, sondern auch selbst ein solches, mit eigenen Regeln und Dynamiken, etwa was die Logik der Parteiherrschaft angeht und

reproduziert sich in und mit den gesellschaftliche Verhältnissen weiter. Er ist in seiner bestehenden Form darauf angewiesen, dass die vorherrschenden gesellschaftlichen (Macht)Verhältnisse bestehen bleiben und kanalisiert somit politische Bewegungen in eine Richtung, die diese unangetastet lässt. Da der Schein erweckt wird, dass durch die Übernahme politischer Macht die Gesellschaft verändert werden kann, lässt er die, den Produktionsverhältnissen innewohnenden, Machtverhältnisse, welche wiederum die politischen Handlungsspielräume massiv einschränken, aus dem Blickfeld verschwinden (Holloway, 2006, S.114). Der Staat reproduziert somit nicht nur politische, sondern auch ökonomische Machtverhältnisse, egal welche Partei ihn führt. Er steht nicht für sich alleine, sondern garantiert die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, welche im Übrigen eben auch nicht an der Staatsgrenze aufhören (ebd, S.117). Er ist ein Knoten im Netz gesellschaftlicher Verhältnisse, wodurch das Verhältnis zwischen herrschender Klasse und Staat eben kein äußerliches ist und er kein Instrument ist, dass der Elite entrissen werden könnte (ebd, S.23).

John Holloway zeigt die Gefahren auf, die mit der Vorstellung, dass mit der Eroberung der Macht die Gesellschaft grundlegend verändert werden kann, einhergehen:

„Die Einführung in die Eroberung der Macht wird zwangsweise zu einer Einführung in die Macht selbst. Die Eingeweihten lernen die Sprache, Logik und Berechnung der Macht; sie lernen mit den vollständig machtfixierten Kategorien der Sozialwissenschaft umzugehen.“ (Holloway, 2006, S.26)

Eine fundamentale Umgestaltung der Gesellschaft sollte nicht durch die Erlangung von Machtposten erfolgen, sondern durch deren Auflösung! Nicht eine Person in einer bestimmten Position bringt Macht hervor, sondern jene instrumentelle Macht, die den Staat und das Wirken durch seine Institutionen auszeichnet, ist durch die Fragmentierung der Gesellschaft, die ja durch Revolutionen aufgelöst werden soll, bedingt. Bezieht eine Bewegung sich auf die Instrumente und Institutionen der Macht, die sie überwinden will, wird sie diese spiegelbildlich reproduzieren und es werden Personen an der Macht ausgetauscht, die Mechanismen jedoch weitergeführt (ebd, S.51). Die Konzentration auf den Staat stärkt nur dessen Position (Esteva/Prakash, 2001, S.163):

„Man kann von Disteln keine Weintrauben lesen, ebenso wenig, wie man ein Machtinstrument der Klassenherrschaft und des Monopols in ein Befreiungsinstrument des Volkes umwandeln kann.“ (Rocker, 2012, S.73)

„Das Proletariat muss sich frei machen von den bürgerlichen Ideengängen politischer Revolutionen, die stets mit einer Neubesetzung des politischen Machtapparates ihren Abschluss finden. Wer die Macht hat, missbraucht sie.“ (ebd., S.112)

Jede neue Form der wirtschaftlichen Organisation bedarf ebenso einer neuen Organisation des politischen Lebens und wie der Staat umgangen werden muss, um Ausbeutung zu verhindern, so muss auch die Ökonomie grundlegend umstrukturiert werden, was ohne Staat bedeutet, dass dies von unten geschehen, Produktion und Verteilung von den Produzent_innen selbst organisiert werden müssen (vgl. Rocker, 2012, S.62). Wie diese Organisation einer *bottom-up* Version von *self-reliance* aussehen soll, kann nicht durch staatliche Behörden mit einem *master-plan* diktiert werden, sondern wird sich durch multiple kollektive Erfahrungen ergeben (Lander, 2012, S.90). Eine andere Gesellschaft kann nicht in den Formen der abgelehnten Gesellschaftsverhältnisse aufgebaut werden, da bestimmte Formen gesellschaftlicher Verhältnisse bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse reproduzieren. So greift auch die Inbesitznahme der Produktionsmittel als revolutionäres Ziel zu kurz, wenn es doch eigentlich um deren Auflösung als entfremdende kapitalistische Kategorie geht (Holloway, 2006, S.242) und der Staat ist eben nicht das Mittel um die Arbeiter_innenklasse als Klasse aufzulösen, wenn es der Staat ist, der die Klassenverhältnisse ständig reproduziert (Rocker, 2012, S.72). Doch auch der tanzanische Sozialismus übernahm jene gesellschaftlichen Kategorien, welche eigentlich jene Verhältnisse reproduzierten, welche die TANU ihrer Rhetorik nach fundamental verändern wollte:

„Schon in der Ideologie der klassischen Arbeiterbewegung und erst recht unter den Zwängen einer „nachholenden Modernisierung“ in der Peripherie des Weltmarkts reduzierte sich der Begriff des Sozialismus auf eine Verstaatlichung der kapitalistischen Kategorien, statt ihre Abschaffung ins Auge zu fassen.“ (Kurz, 2009, S.6)

Abgesehen von diesen fundamentalen Widersprüchen zu Nyereres sozialistischer Rhetorik, möchte ich noch auf ein weiteres Problem, dass mit der Vorstellung, mithilfe eines Staates sozialistische Entwicklung einleiten zu können, einhergeht. Dean McHenry Jr. beschreibt dies durch Antagonismen innerhalb der jeweiligen *units-of-action*, also dass Zielvorgaben und Politiken von verschiedenen Gruppen, durch deren Interessenlage bedingt, unterschiedlich aufgenommen werden (McHenry, 1994, S.10). Solche *units-of-action* sind zum Beispiel der Staat, die Partei, eine Kooperative, ein Berufsstand, oder ein Individuum. Die Vorgabe von *self-reliance* ist ein Beispiel für dieses Problem, da die *self-reliance* einer unit-of-action mit jener einer anderen kollidieren und diese konterkarieren kann (McHenry, 1994, S.173).

Eine der Auswirkungen, wenn mensch sich auf den Staat als Triebfeder gesellschaftlichen Wandels stützt, ist der Widerspruch zwischen staatlichen und lokalen Interessen. Es ist fraglich, ob verschiedenste lokale Interessen allein aufgrund der staatlichen Größenordnung, was Bevölkerungszahl und Fläche angeht, auf nationaler Ebene überhaupt wahrgenommen und adäquat repräsentiert werden können (Esteva/Prakash, 2001, S.26, S.171). Demokratie, auch wenn mensch Nyereres Schriften folgt, bedeutet nicht, dass Macht an einen anderen Ort, als den der Betroffenen, transferiert wird: „It is not about “a government“ but about governance“ (ebd., S.159).

Baldus ergänzt das *unit-of-action* Problem mit der Unterscheidung einer mitgliederbezogenen und einer entwicklungspolitischen Effizienz. Die Bewohner_innen eines Ujamaa-Dorfes und die Politiker_innen/Beamt_innen, die mit der Durchführung der staatlichen Entwicklungsdirektiven betraut sind, haben unterschiedliche Zielvorstellungen oder unterschiedliche Vorstellungen, wie das Ziel erreicht werden soll (Baldus, 1976, S.230). Die Ujamaa-Ideologie ging aber zum Beispiel davon aus, dass die Interessen dieser beiden Gruppen die selben sind und jedes Mitglied eines Ujamaa-Dorfes von sich aus, aus der afrikanischen Tradition resultierend, sowieso mit den staatlichen Anforderungen an sich selbst konform ging (McHenry, 1994, S.235). Ujamaa wurde in höchstem Maße widersprüchlich, als es zur staatlichen Politik und der Staat zum hauptsächlichen Akteur gemacht wurde (Tsurata, 2006, S.11): kommunale Initiativen stehen im Widerspruch zu umfassender zentraler Staatskontrolle und einem Staat, der den Weg für die gesamte Bevölkerung vorgeben will (Schneeweis, 2002,

S.99).

In diesem Zusammenhang ist auch Nyereres Rolle als Vordenker und mwalimu (Lehrer) der Nation höchst fragwürdig. Der Beiname mwalimu wird sogar in offiziellen Dokumenten gebraucht (Nyerere, 1964, S.1) und suggeriert, dass die gesamte Staatsbevölkerung von ihm erzogen und belehrt werden müsste. Tatsächlich hatte Nyerere allein schon formal als Präsident eine enorme Machtfülle inne (Bana/McCourt, 2005, S.7), was übrigens auch wieder im krassen Widerspruch zu seiner propagierten Ideologie, dass Menschen sich selbst regieren müssten, stand (Stoger-Eising, 2000, S.8). Anscheinend sah sich Nyerere jedoch tatsächlich selbst in dieser Lehrer/Führer-Rolle (Hyden, 1980, S.130).

Diese Vorstellung, ein_e einzelne_r könne Lehrer_in einer Nation sein, fand ihre Fortsetzung in der Ideologie bürokratischer Modernisierung und des Developmentalismus, welche davon ausgehen, dass eine „gebildete“ Minderheit der „ungebildeten“ Masse den Weg in die Moderne zeigen muss (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.75). Da diese untere Schicht dieses Projekt oft nicht verstehen würde, wäre Zwang oft das einzige Mittel, diesen die Segnungen der Moderne zu gewähren und ihre Mitbestimmung würde dieses Projekt verzögern, oder gar verhindern (Boesen, 1979, S.141):

„As a result, the Ujamaa’s commitment to the modernization paradigm resulted in a situation where improving the conditions of the peasants meant alienating them from their cultural and social realities in favor of transplanted Western ways of life.“ (Ibhawoh/Dibua, 2003, S.61)

Das Mittel zu diesem Zweck ist der Staat und die Frage, wer eigentlich die Erzieher_innen erzieht, wird nicht gestellt. So meint auch Goran Hyden unkritisch, dass die Bourgeoisie jedes sozialistischen Staates die Landbevölkerung eben bevormunden muss, um wirtschaftlichen Fortschritt zu erreichen und das Modernisierungsprojekt voranzubringen (Hyden, 1980, S.228).

Nyerere hatte bestimmt Recht damit, dass Bewusstseinsbildung ein wichtiger Bestandteil im Prozess der Bildung einer selbstbestimmten Gesellschaft ist, nur ist es ein Widerspruch zu Eigenverantwortung und dem lokalen Erarbeiten von Lösungsansätzen zu den unterschiedlichen Problemen, wenn diese Bewusstseinsbildung von oben

oktroziert und nicht selbst erarbeitet wird. Menschen können nicht von Außen zur Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erzogen werden (Stoger-Eising, 2000, S.10).

Es ist ja nicht so, dass zum Beispiel Bäuer_innen kein Interesse an einer Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse hätten (vgl. Popkin, 1979), nur in welcher Form, zu welchem Preis und in welchem Ausmaß hätte ihre Entscheidung bleiben müssen, wäre Nyerere seiner selbst propagierten Ideologie gefolgt. Er hat in seinen Darlegungen zum tanzanischen Sozialismus zwar viele Punkte, die im heutigen Entwicklungsdiskurs aktuell sind, vorweggenommen (vgl. Ibhawoh/Dibua, 2003) und seine Vision einer Gesellschaft, die nach grundlegend anderen Regeln funktionieren sollte als in den Staaten des Kapitalismus bzw. Realsozialismus, war ein wichtiger Gegenentwurf zum damaligen Blockdenken, dass nur zwei Alternativen, wie sich eine Gesellschaft organisieren kann, bereitgestellt hat. Die Übernahme des Staates als Instrument und der Beibehaltung der bestehenden Kategorien und Ausrichtungen der Produktionsverhältnisse standen seinen Idealen eines tanzanischen Sozialismus jedoch entgegen, Mechanismen und Institutionen von Unterdrückung und Entfremdung blieben ausgeblendet. Nyerere wollte Tanzania von seinem kolonialen Erbe befreien, doch wie sich auch in den sozialistischen Projekten zeigte, ist dies mit kolonialen Mitteln der staatlichen und wirtschaftlichen Politik nicht möglich:

„The political projects associated with the idea of socialism are not easily compatible with the historical projects of decolonisation: they correspond to different notions about a desirable future. On the part of those who defend the validity of a form of socialism, this requires a penetrating criticism of the experience of 20th century socialism and of the struggles of the Latin American left of the last century, in particular its limited confrontation with patriarchy, its monocultural or colonial character components, and its developmentalist, predatory conception of a better future.“ (Lander, 2012, S.78)

Diese Kritikpunkte treffen, wie ich hoffe gezeigt zu haben, auch auf das Projekt des tanzanischen Sozialismus zu (dazu, dass der tanzanische Sozialismus auch ein zutiefst patriarchales Projekt war vgl. Carola Donner-Reichle: Ujamaadörfer in Tanzania – Politik und Reaktionen der Bäuerinnen!) und es wurde letztendlich doch alter Wein in neuen Schläuchen präsentiert.

5. Literaturverzeichnis

Althusser, Louis(1970): Ideologie und ideologische Staatsapparate - http://web.archive.org/web/20070929102715/http://www.marxistische-bibliothek.de/louis_althusser.pdf

Anderson, Perry(1976): The Antinomies of Antonio Gramsci, in: New Left Review I/100

Atac, Ilker/Lenner, Katharina/Schaffar, Wolfram(Schwerpunktredaktion)(2008): Periphere Staatlichkeit – Kritische Staatstheorie des globalen Südens, Journal für Entwicklungspolitik 2-2008, Wien

Bagchi, Amiya Kumar(2000): The Past and the Future of the Developmental State, in: Journal of World-Systems Research, 6/2, Special Issue: Festschrift for Immanuel Wallerstein – Part I <http://jwsr.ucr.edu/archive/vol6/number2/pdf/jwsr-v6n2-bagchi.pdf>

Bakunin, Michail(1984): Sozialismus und Freiheit, Berlin

Baldus, D. Rolf(1976): Zur operationalen Effizienz der Ujamaa Kooperative Tansanias. Reihe B/Band 13. Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Göttingen

Bana, Benson/McCourt, Willy(2005): Institutions and Governance: Public Staff Management in Tanzania, Manchester - <http://www.tanzaniagateway.org/docs/institutionsandgovernancepublicstaffmanagementintanzania.pdf>

Becker, Joachim(2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven, in Journal für Entwicklungspolitik 2-2008, Wien

Walden Bello(2010): Politik des Hungers, Berlin

Benzing, Brigitte/Schadeberg, Thilo C.(1971): Zur politischen Terminologie der Entschließung von Arusha, in Buske, Helmut: Theoretische Probleme des Sozialismus in Afrika: Negritude und Arusha-Deklaration , Hamburg - https://openaccess.leidenuniv.nl/bitstream/handle/1887/8795/5_1234891_004.pdf?sequence=1

Berg, Elliot J.(1964): Socialism and Economic Development in Tropical Africa, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 78, No. 4, Oxford

Bliss, Frank/Schlichting, Florian(1999): Julius Nyerere (1922-1999) - Ideale eines dörflichen Sozialismus, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 12 - <http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez1299-5.htm>

Bockhorn, Olaf/Grau, Ingeborg/Schicho, Walter(1998): Wie aus Bauern Arbeiter

wurden – Wiederkehrende Prozesse des gesellschaftlichen Wandels im Norden und im Süden einer Welt, Frankfurt a. M.

Boesen, Jannik/Madsen, Birgit Storgaard/Moody, Tony(1977): Ujamaa: socialism from above , Uppsala

Boesen, Jannik(1979): Tanzania: from ujamaa to villagization, in: Mwansasu, Bismarck U./Pratt, Cranford: Towards socialism in Tanzania, Toronto

Brennan, James(2006): Blood Enemies: Exploitation and Urban Citizenship in the Nationalist Political Thought of Tanzania, 1958-1975, in: The Journal of African History, 47 (3) - <http://eprints.soas.ac.uk/4155/1/BloodEnemies.pdf>

Coquery-Vidrovitch, Catherine(1998): Vom Bauern zum Arbeiter im Afrika südlich der Sahara, in: Bockhorn, Olaf/Grau, Ingeborg/Schicho, Walter(Hg.): Wie aus Bauern Arbeiter wurden – Wiederkehrende Prozesse des gesellschaftlichen Wandels im Norden und im Süden einer Welt, Frankfurt a. M.

Coulson, Andrew(1979): African socialism in practice: the Tanzanian experience. Nottingham: Spokesman

Cox, Kevin/Negi, Rohit(2010): The State and the Question of Development in Sub-Saharan Africa, in: Review of African Political Economy, Volume 37, Number 123

Daiber, Birgit(2012): Contradictory Transitional Experiences of Progressive Governments in Latin America: The Context of this Special Issue, in: Journal für Entwicklungspolitik 3-2012: Socioecological Transformations, Wien

Demirovi'c, Alex(2008): Das Problem der Macht bei Michel Foucault, Wien

Donner-Reichle, Carola(1988): Ujamaadörfer in Tanzania – Politik und Reaktionen der Bäuerinnen, Hamburg

Eagleton, Terry(2000): Ideologie – Eine Einführung, Stuttgart

Eckert, Andreas (2007): Herrschen und Verwalten: afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tanzania, 1020 – 1970. München: Oldenburg.

Esteva, Gustavo/Prakash, Madhu Suri(2001): Grassroots Post-Modernism – Remaking the soil of cultures, London

Fisahn, Andreas(2006): Kritische Staatstheorien - was bleibt, in: Sozialismus 4/2006 - <http://www.jura.uni-bielefeld.de/lehrstuehle/fisahn/veroeffentlichungen/2006/staatstheorie-artikel.pdf>

Freyhold, Michaela von(1979): Ujamaa Villages in Tanzania. - Analysis of a Social Experiment, London

- Friedland, William H./Rosberg, Carl G.(1964); African Socialism, Stanford
- Fritz, Verena/Rocha Menocal, Alina(2006): (Re)building developmental states, London – www.odi.org.uk/resources/docs/2328.pdf
- Guggenberger, Christian /Ndulu, Patrick /Shepherd, Gill(1989): After Ujamaa: Farmer Needs, Nuerseries and Project Sustainability in Mwanza, Tanzania - <http://www.odi.org.uk/resources/docs/956.pdf>
- Hafner, Annemarie(1998): Vom Feld in die Fabrik: Vertetigung und Lebensweise der Arbeiterschaft im städtisch-industriellen Milieu des kolonialen Indien, in: Bockhorn, Olaf/Grau, Ingeborg/Schicho, Walter: Wie aus Bauern Arbeiter wurden – Wiederkehrende Prozesse des gesellschaftlichen Wandels im Norden und im Süden einer Welt, Frankfurt a. M.
- Herkommer, Sebastian(1999): Ideologie und Ideologien im 'nachideologischen' Zeitalter, www.rote-ruhr-uni.com/cms/Ideologie-und-Ideologien-im.html
- Hirsch, Joachim(2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg
- Hobsbawn, Eric(1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien
- Hofmeier, Rolf/Hirschler, Kurt(2011): Zivilgesellschaftliches politisches Engagement in Tansania, Düsseldorf
- Holloway, John(2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster
- Holloway, John(2006): Die zwei Zeiten der Revolution, Wien
- Hyden, Goran(1980): Beyond Ujamaa in Tanzania: underdevelopment and an uncaptured peasantry in Tanzania, London
- Ibhawoh, Bonny & Dibua, J. I.(2003): Deconstructing Ujamaa: The Legacy of Julius Nyerere in the Quest for Social and Economic Development in Africa, in: African Journal of Political Science Vol.8 No. 1 - <http://archive.lib.msu.edu/DMC/African%20Journals/pdfs/political%20science/volume8n1/ajps008001004.pdf>
- Jennings, Michael(2008): Surrogates of the state: NGOs, Development and Ujamaa in Tanzania, Bloomfield
- Jennings, Michael/Mercer, Claire(2011): Rehabilitating nationalisms: conviviality and national consciousness in postcolonial Tanzania – www2.lse.ac.uk/geographyAndEnvironment/pdf/Jennings%20Mercer.pdf
- Kellermann, Philippe(2006): Vom Geist und geistlosen Zuständen Ein Versuch über den

Anarchisten Gustav Landauer , in Grundrisse 17/2006, Wien

Kurz, Robert(2009): Weltwirtschaftskrise, soziale Bewegung und Sozialismus- 12
Thesen: <http://www.exit-online.org/link.php?tabelle=autoren&posnr=429>

Lander, Edgardo(2012): The State in the Current Processes of Change in Latin America,
in: Journal für Entwicklungspolitik 3-2012: Socioecological Transformations, Wien

Lupogo, Herman(2001): Civil-military Relations and Political Stability, in African
Security Review Vol 10 No 1 - <http://www.iss.co.za/pubs/ASR/10No1/Lupogo.html>

Manji, Firoze(2010): Afrikas Entwicklung nach Kolonialismus und nationaler
Befreiung, in; Standpunkte 23/2010 -
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_23-2010_web.pdf

Marx, Karl(1869): Der 18. Brumaire des Louis Napoleon -
<http://gutenberg.spiegel.de/buch/4983/1>

Mbembe, Achille(2006): Afrika - die Verfügung des Hier mit dem Anderswo, in: Le
Monde Diplomatique vom 12.5.2006,
www.monde-diplomatique.de/pm/2006/05/12/a0038.text.name.asktPAsWI.n.0

McHenry, Dean E.(1994): Limited Choices: The Political Struggle for Socialism in
Tanzania, London

Mlimuka, A.K.L.J/Kibudi, P.J.A.M(1986): The State and the Party, in Shivji, Issa
G.(Hg.): The State and the Working People in Tanzania, Dakar

Muganda, Anna(2004): Tanzania's Economic Reforms - and Lessons Learned -
http://www.tanzaniagateway.org/docs/Tanzania_Country_Study_Full_Case.pdf

Musoke, Missa(1988): Towards a Critical Analysis of the Concept of Workers'
Participation as Introduced and Practised in Tanzania, in: African study monographs
9(2) - http://jambo.africa.kyoto-u.ac.jp/kiroku/asm_normal/abstracts/pdf/ASM%20%20Vol.9%20No.2%201988/Issa%20K.%20S.%20MUSOKE.pdf

Ngowi,Honest Prosper(2009): Economic Development and Change in Tanzania since
Independence: The Political Leadership Factor, in: African Journal of Political Science
and International Relations Vol. 3 (4) -
<http://www.academicjournals.org/ajpsir/pdf/Pdf2009/May/Ngowi.pdf>

Nyerere, Julius K.(1964): Adress by President, Mwalimu Julius K. Nyerere to
Parliament - 12/5/64, Wien

Nyerere, Julius K.(1968): Freedom and Socialism, Nairobi

- Nyerere, Julius K.(1975): Freiheit und Entwicklung, Stuttgart
- Nyerere, Julius K.(1977): Bildung und Befreiung, Frankfurt a. M.
- Nyerere, Julius K.(2001): Entwicklung aus eigener Kraft muß unser Grundsatz bleiben, in: Nyerere, Julius K.: Reden und Schriften aus drei Jahrzehnten, Bad Honnef
- Omoweh, Daniel A.(2012): The Feasibility of the Democratic Developmental State in the South, Dakar: CODESRIA, -
<http://www.codesria.org/spip.php?article1628&lang=en>
- Osterhammel, Jürgen(1995): Kolonialismus – Geschichte, Formen, Folgen, München
- Pitcher, M. Anne/Askew, Kelly M.(2006): African Socialisms and Postcolonialisms, in: Africa: The Journal of the International African Institute, Volume 76, Number 1, Cambridge
- Popkin, Samuel L.(1979): The Rational Peasant – The Political Economy of Rural Society in Vietnam, London
- Poulantzas, Nicos(1977): Die Krise der Diktaturen Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt a. M.
- Poulantzas, Nicos(2002): Staatstheorie, Hamburg
- Rauch, Theo/Alff, Ulrich(1997): Jenseits von Ujamaa-Sozialismus und neoliberaler Strukturanpassungspolitik: Entwurf einer neuen Strategie der ländlichen Entwicklung in Tanzania, afrika spektrum32
- Rist, Gilbert(1997): The History of Development: From Western Origins to Global Faith, London
- Rocker, Rudi(2012): Der Bankrott des russischen Staatskommunismus, Wien
- Rodney, Walter(1972): Ujamaa and Scientific Socialism -
<http://marxists.org/subject/africa/rodney-walter/works/ujamaaandscientificsocialism.htm>
- Rugumamu, Severine M.(1997): Lethal Aid – The Illusion of Socialism and Self-reliance in Tanzania, Asmara
- Sakamoto, Kumiku(2002): Social Development, Culture, and Participation: Toward theorizing endogenous development in Tanzania -
<http://www.tzonline.org/pdf/socialdevelopment.pdf>
- Sargent, Lyman Tower(2009): Contemporary Political Ideologies – A Comparative Analysis, Wadsworth

Schneeweis, Bettina(2002): Die Reform des tansanischen Bodenrechts unter besonderer Berücksichtigung der Rechtssicherheit der kleinbäuerlichen Landnutzung, Hamburg

Schicho, Walter(1998): Die Bergbaugebiete Katangas 1900-1980 – Koloniale Verwaltung, koloniale Wirtschaft und Mission machen aus Bauern Arbeiter, in: Bockhorn, Olaf/Grau, Ingeborg/Schicho, Walter: Wie aus Bauern Arbeiter wurden – Wiederkehrende Prozesse des gesellschaftlichen Wandels im Norden und im Süden einer Welt, Frankfurt a. M.

Schicho, Walter(2004): Tanzania, in: Handbuch Afrika Bd.3, Frankfurt/Wien

Schicho, Walter(2009): Ujamaa: Sozialismus und/oder Entwicklung, in: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy(Hg.): Sozialismen – Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere, Wien

Shivji, Issa G.(1986): The State and the Working People in Tanzania, Dakar

Spalding, Nancy(1996): The Tanzanian Peasant and Ujamaa: a study in contradictions, in: Third World Quarterly 17, 1

Sprinzak, Ehud(1973): African Traditional Socialism - A Semantic Analysis of Political Ideology, in: The Journal of Modern African Studies, Vol. 11, No. 4, Cambridge

Stoger-Eising, Viktoria(2000) : Ujamaa Revisited: Indigenous and European Influences in: Nyerere's Social and Political Thought, in: Africa, Vol. 17, No. 1 - http://findarticles.com/p/articles/mi_hb3103/is_1_70/ai_n28783000/

Svampa, Maristella(2012): Resource Extractivism and Alternatives, in: Journal für Entwicklungspolitik 3-2012: Socioecological Transformations, Wien

Talbot, Ann(2000): Nyerere's legacy of poverty and repression in Zanzibar - <http://www.wsws.org/articles/2000/nov2000/zanz-n15.shtml>

Tsuruta, Tadasu(2006): African Imaginations of Moral Economy: Notes on Indigenous Economic Concepts and Practices in Tanzania, in: African Studies Quarterly, Volume 9, Issue 1 & 2 Fall 2006 - <http://web.africa.ufl.edu/asq/v9/v9i1a8.htm>

Watzal, Ludwig(1985): Ujamaa – das Ende einer Utopie? - Die politische Bedeutung einer philosophisch-anthropologischen Konzeption, in: Politische Studien, 36: <http://watzal.com/Ujamaa.pdf>

Werner, Benjamin(2009): Kapitalismustheorie ohne Staat? Über den Mehrwert neo-marxistischer Staatstheorie: http://www.oegpw.at/tagung09/papers/AG3a_werner.pdf

Zusammenfassung

In „Staat, Sozialismus und Entwicklung in Tanzania“ möchte ich den Versuch, in Tanzania mittels staatlicher Institutionen ein selbstbestimmtes Leben für die gesamte Bevölkerung zu ermöglichen, untersuchen.

Zu diesem Zweck werden in meiner Diplomarbeit im ersten Kapitel die Begriffe Ideologie, Sozialismus, afrikanischer Sozialismus, Staat, Entwicklung und Entwicklungsstaat behandelt, um zu zeigen, wie diese im weiteren Verlauf von mir gesehen und verwendet werden.

Danach stelle ich im zweiten Kapitel die Grundprinzipien von Ujamaa, der dem Sozialismus in Tanzania zugrundeliegenden Ideologie, vor. Geistiger Urheber von Ujamaa war hauptsächlich Julius Nyerere, welcher Tanzania maßgeblich mit in die Unabhängigkeit führte und von 1962 bis 1985 Staatspräsident von Tanganyika und dem späteren Tanzania gewesen ist. Die meisten programmatischen Schriften und Reden wurden von ihm verfasst und das Bild von Ujamaa als Idee wurde dadurch durch ihn vermittelt. Ujamaa verweist auf das vorkoloniale Familien- und Dorfleben in Tanzania, in dem das Zusammenleben auf egalitärer Basis und ohne massive Einkommensunterschiede organisiert wurde. Nyerere selbst sieht drei fundamentale Säulen des traditionellen Lebens in Ujamaa: Anerkennung/Respekt, gemeinschaftlicher Besitz an Grund und Produktionsmitteln und drittens die Pflicht zu arbeiten, um damit einen Beitrag zum Wohle der Gemeinschaft zu leisten. Aufbauend auf diesen Prinzipien, sollte durch eine Einheitspartei TANU ein von lokalen Einflüssen gespeister sozialistischer Staat entstehen. Wie dieser auf der ideologischen Grundlage von Ujamaa ausgestaltet hätte werden sollen, ist ebenso Thema dieses Kapitels. Es wird dargelegt, wie Entwicklung bewertet wurde, welche Grundsätze die Wirtschaft hätten leiten sollen und wie das wirtschaftliche Zusammenleben organisiert hätte werden sollen. Als Abschluss des Kapitels werden das auch international beachtete Konzept der *self-reliance* und die Funktion der Einheitspartei behandelt.

Die Geschichte des Versuches einer praktischen Umsetzung dieses Projektes bildet den Bezugspunkt des dritten Kapitels der Diplomarbeit. Vor allem der Umstand, dass ein egalitärer Sozialismus innerhalb eines (kolonial beeinflussten) staatlichen Rahmens realisiert werden sollte, liegt hier in meinem Fokus. Dieser Rahmen schränkt die Handlungsräume der Akteur_innen ein und bestimmt damit den Weg, den die Menschen in einem Staat gehen können, zu einem großen Teil mit. Viele Prozeduren, Rezepte und Vorgaben wurden aus der kolonialen Zeit übernommen (auch in personeller Hinsicht) und so kam es auch, dass statt einem sozialistischen Staat, der sich aus der Gesellschaft heraus in einem *bottom-up* Prozess entwickeln sollte, ein autoritärer Entwicklungsstaat entstand. Es zeigt sich, dass ein auf Wirtschaftswachstum und Entwicklung ausgerichteter Staat, durch in seinem Inneren und in seinem Umfeld bestehende Sachzwänge, nicht in der Lage ist, eine

autonome Selbstorganisation der Gesellschaft, nach ihren eigenen Vorgaben, zu gewährleisten, oder gar zu akzeptieren, obwohl dies eigentlich ein proklamiertes Ziel des tanzanischen Sozialismus gewesen wäre. Als praktische Beispiele, um die Umsetzung des Sozialismus in Tanzania kritisch zu beleuchten, dienen die Ausgestaltung der Partei, die autoritäre staatliche Siedlungspolitik unter dem ideologischen Feigenblatt Ujamaa und die Situation der Arbeiter_innen.

Im vierten Kapitel wird auf der Basis meiner vorangegangenen Argumente herausgearbeitet, dass in und durch einen Staat, sei dieser kapitalistisch, sozialistisch, oder kommunistisch, keine selbstbestimmte und freie Gesellschaft erschaffen werden kann.

Summary

In „Staat, Sozialismus und Entwicklung in Tanzania“ I try to analyse the experiment in Tanzania to make a self-determined life for the whole population, through the use of state-institutions, possible. To this end, the concepts of ideology, socialism, African socialism, state, development and development state are treated in the first chapter, to show how they are seen and used in the course of my thesis.

In the second chapter I introduce the basic principles of Ujamaa, the underlying ideology of socialism in Tanzania. The intellectual mastermind of Ujamaa was mainly Julius Nyerere, who played a substantial role on the way of Tanzania to independence and has been president of Tanganyika and later Tanzania from 1962 to 1985 . Most programmatic writings and speeches were written by him and the image of Ujamaa as an idea was thus conveyed by him. Ujamaa refers to the pre-colonial family and village life in Tanzania, where the cohabitation was organized on an egalitarian basis and without massive income gaps. Nyerere himself sees three fundamental pillars of traditional life for Ujamaa: recognition/respect, community ownership of land and means of production and thirdly the duty to work in order to contribute to the well-being of the community. Based on these principles, a socialist state should arise through one single political party, informed by local influences. How this state should have been designed on the basis of Ujamaa ideology, is also subject of this chapter. It sets out how development was rated, the principles that ought to guide the economy and how the economic coexistence of the people should have been organized. As a conclusion of this chapter, the internationally acclaimed concept of self-reliance and the function of the unity-party will be treated.

The story of the trial of a practical implementation of this project is the reference point of the third chapter of the thesis. Above all, the fact that an egalitarian socialism should be implemented within a (colonial influenced) state framework, is here in my focus. This framework limits the scope of action of stakeholders and thus determines the way that people can go inside a state-framework in a large part. Many procedures, prescriptions and guidelines were adopted from the colonial period (also in terms of the officials) and so it happened, that instead of a socialist state, which should be formed in a bottom-up process through society, an authoritarian developmental state arose. It can be shown that a state, aligned on economic growth and development, is - through interior and externally constraints - not capable to ensure a society of autonomous self-organization according to its own specifications, or to even accept one of this kind, although this would actually have been a proclaimed objective of tanzanian socialism. For a critical illumination of the implementation of socialism in Tanzania, I will treat the design of the party, the authoritarian government settlement scheme under the ideological fig leaf Ujamaa and the situation of the workers.

In the fourth chapter it is shown (based on my previous arguments), that in and through a state (be it capitalist , socialist, or communist), no self-determined and free society can be created.

LEBENS LAUF

Peter, LATSCHBACHER

Schul- und Berufsbildung

1991-1995	Volksschule, Gresten
1995-1999	Hauptschule (Französisch-Zweig), Gresten
1999-2003	BORG-Scheibbs (Informatik-Zweig)
seit 2003	Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung an der Universität Wien

Beruflicher Werdegang

2007-2008	Zivildienst im Hauptlager des Roten Kreuzes Wien (Kommissionieren, Be- und Entladen, Verpacken)
2009-2013	Fahrer/Übersteller bei Europcar-Wien (auf geringfügiger Basis)
2009-2013	Stagehand bei der Vienna Event Crew (auf geringfügiger Basis)

Besondere Kenntnisse

Führerschein	B
EDV	gute Anwender_innenkenntnisse
Sprachen	Deutsch Englisch, in Wort und Schrift Spanisch, Maturaniveau Französisch, Hauptschulniveau